

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

11. Sitzung vom 29. Juni 2011

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Mag Jürgen Wutzlhofer	S. 44
		GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 47
		GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 50
		GR Mag Wolfgang Jung	S. 51
2. Fragestunde	S. 3	GRin Mag Dr Barbara Kappel (tatsächliche Berichtigung)	S. 52
1. Anfrage (FSP – 02187-2011/0001 – KFP/GM)	S. 3	GR Johann Herzog	S. 53
2. Anfrage (FSP – 02179-2011/0001 – KSP/GM)	S. 5	Abstimmung	S. 53
3. Anfrage (FSP – 02666-2011/0001 – KVP/GM)	S. 8		
4. Anfrage (FSP – 02664-2011/0001 – KGR/GM)	S. 13	10. 02032-2011/0001-GKU; P 31: Subvention an WUK	S. 53
5. Anfrage (FSP – 02185-2011/0001 – KFP/GM)	S. 17	Abstimmung	
3. AST/02668-2011/0002-KVP/AG Aktuelle Stunde zum Thema "Gemeinde Wien hungert die Jugendwohlfahrt aus – zu wenig Budgetmittel, zu wenig Dienstposten für einen hochsensiblen Bereich!"		11. 02164-2011/0001-GKU; P 32: Subvention an den Kulturverein einundzwanzig	S. 53
Rednerinnen bzw Redner:		Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 53
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 21	Redner:	
GRin Birgit Hebein	S. 22	GR Wolfgang Irschik	S. 53
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 23	Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 55
GRin Mag Sybille Straubinger	S. 24	Abstimmung	S. 55
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 25		
GR Senol Akkilic	S. 26	12. 02332-2011/0001-GKU; P 39: Subvention an den Verein Exil	S. 55
GR Dominik Nepp	S. 26	Abstimmung	
GR Heinz Vettermann	S. 27		
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 28	13. 02473-2011/0001-GKU; P 40: Subvention an die Kunst im öffentlichen Raum GmbH	S. 55
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 28	Abstimmung	
		14. 02328-2011/0001-GKU; P 42: Subvention an die Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes	S. 55
		Abstimmung	
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 28	15. VO-00331-2011/0001; P 3: Änderung des Marktgebührentarifes	S. 56
		Abstimmung	
7. 02512-2011/0001-MDLTG; P 1: Änderungen in der Gemeinderätlichen Personalkommission	S. 29	16. 02304-2011/0001-GIF; P 5: Subvention an LeEZA	
Abstimmung		02305-2011/0001-GIF; P 6: Subvention an die One World Foundation Wien	
8. 02277-2011/0001-MDLTG; P 2: Wahl der Mitglieder der Gemeindevermittlungsämtler	S. 28	02306-2011/0001-GIF; P 7: Subvention an die Österreichische Namibia-Gesellschaft	
Abstimmung		02307-2011/0001-GIF; P 8: Subvention an Jugend Eine Welt – Don Bosco Aktion Österreich	
9. 02408-2011/0001-MDLTG; P 77: Wiener Europadeklaration 2011	S. 29	02308-2011/0001-GIF; P 9: Subvention an das Österreichische Rote Kreuz	
Berichterstatter GR Ernst Woller		02309-2011/0001-GIF; P 10: Subvention an GEZA	
Rednerinnen bzw Redner:		02310-2011/0001-GIF; P 11: Subvention an die Caritas der Erzdiözese Wien	
GR Dr Matthias Tschirf	S. 29	02311-2011/0001-GIF; P 12: Subvention an Licht für die Welt	
GRin Dr Monika Vana	S. 31	02312-2011/0001-GIF; P 13: Subvention	
GR Mag Wolfgang Jung	S. 35		
GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch	S. 38		
GR Norbert Walter, MAS	S. 40		
GR Johann Herzog	S. 41		

an HORIZONT3000		7958: im 11. Bezirk, KatG Simmering	
02313-2011/0001-GIF; P 14: Subvention		Berichterstatter GR Dr Harald Troch	S. 61
an CARE Österreich		Redner:	
02314-2011/0001-GIF; P 15: Subvention		GR Anton Mahdalik	S. 62
an ADRA Österreich		GR Ernst Holzmann	S. 63
Berichterstatter GR Nurten Yilmaz	S. 56	Abstimmung	S. 64
Rednerin bzw Redner:			
GR Senol Akkilic	S. 56	24. 01934-2011/0001-GSK; P 58: Plan Nr	
GR Mag Wolfgang Jung	S. 56	6916E im 21. Bezirk, KatGen Groß Jed-	
GRin Susanne Bluma	S. 58	lersdorf II, Jedlesee und Strebersdorf	
Abstimmung	S. 59	Berichterstatter GR Karlheinz Hora	S. 64
		Rednerin:	
17. 02536-2011/0001-MDLTG; P 17: Ände-		GRin Dipl-Ing Sabine Gretner	S. 64
rung der Geschäftsordnung des Gemein-		Abstimmung	S. 64
derates der Stadt Wien			
Abstimmung	S. 59	25. 02167-2011/0001-GWS; P 67: Verkauf	
		einer Liegenschaft im 21. Bezirk, KatG	
18. 02366-2011/0001-GIF; P 18: Subvention		Stammersdorf	
an den Verein Homosexuelle Initiative		Abstimmung	S. 65
Wien			
Abstimmung	S. 59	26. 02115-2011/0001-GWS; P 69: Baureifges-	
		altung einer Liegenschaft im 3. Bezirk,	
19. 02302-2011/0001-GIF; P 19: Förderung an		KatG Landstraße	
den Verein Courage		Abstimmung	S. 65
Abstimmung	S. 59		
		27. 02116-2011/0001-GWS; P 70: Baureifges-	
20. 02256-2011/0001-GJS; P 25: Subvention		altung einer Liegenschaft im 11. Bezirk,	
an den Verein Rosa Lila Tipp		KatG Simmering	
Abstimmung	S. 60	Abstimmung	S. 65
21. 02383-2011/0001-GSK; P 60: Überein-		28. 02144-2011/0001-GFW; P 72: Beteiligung	
kommen mit der TINA Vienna Urban		der Stadt Wien an den Unterbringungskos-	
Technologies & Strategies GmbH		ten des Vienna Center for Disarmament	
Abstimmung	S. 60	and Non-Proliferation	
		Abstimmung	S. 65
22. 02384-2011/0001-GSK; P 61: Bewerbung			
für die Velo-City-Konferenz		29. 02249-2011/0001-GFW; P 74: Projekt	
Berichterstatter GR Siegi Lindenmayr	S. 60	Creative Industries	
Redner:		Abstimmung	S. 65
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 60		
GR Mag Christoph Chorcherr	S. 60	30. 02151-2011/0001-GFW; P 76: 5. GR-	
Abstimmung	S. 61	Subventionsliste 2011	
		Abstimmung	S. 65
23. 02021-2011/0001-GSK; P 62: Plan Nr			

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche einen guten Morgen und darf ersuchen, die Plätze einzunehmen.

Ich eröffne die 11. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt sind für den ganzen Tag der Herr GR Schuster, Frau VBgmin Mag Brauner, GR Mag Maresch, GR Dr Aichinger und der Herr Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny.

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP - 02187-2011/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Ing Udo Guggenbichler gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. *(Nach jahrelangem Ringen um eine Entscheidung in der causa "Tierschutzhaus" wird nun seitens Stadträtin Mag. Sima die Neuerrichtung eines Wiener Tierschutzkompetenzzentrums angekündigt. Der Wiener Tierschutzverein, der bislang die Hauptarbeit bei der Übernahme, Versorgung und Weitervermittlung herrenloser Tiere geleistet hat, wird offensichtlich beim Tierschutzhaus neu keine Rolle mehr spielen und auf dem kontaminierten Grundstück, das die Stadt Wien seinerzeit im Tausch gegen die von ihr begehrte Liegenschaft am Khlesplatz zur Verfügung gestellt hat, sitzen bleiben. Die massiven Bodenschäden und der Zustand der Gebäude des Tierschutzhauses ist seit längerem für Mensch und Tier gefährlich und auch mit laufenden Instandsetzungsarbeiten nicht vollständig reparabel. Die einzige wirksame Lösung des Problems wäre ein neues Haus auf einem neuen Grundstück. Wie wird die Stadt Wien konkret mit dem Wiener Tierschutzverein und dem Wiener Tierschutzhaus umgehen?)*

Ich bitte den Herrn Bürgermeister um die Beantwortung.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Auf die Frage, wie wird die Stadt Wien konkret mit dem Wiener Tierschutzverein und dem Wiener Tierschutzhaus umgehen, kann ich Ihnen zunächst eine ganz kurze Antwort geben: So wie bisher verantwortungsvoll.

Der Wiener Tierschutzverein beziehungsweise die Wiener Tierschutzhausbetriebsgesellschaft hat sich vertraglich verpflichtet, sich um jene Tiere zu kümmern, für welche die Stadt Wien rechtlich zuständig ist. Das sind vor allem herrenlose Tiere und Fundtiere. Der Wiener Tierschutzverein beziehungsweise die Wiener Tierschutzhausbetriebsgesellschaft erhält jährlich etwa 800 000 EUR von der Stadt Wien für die Übernahme, Versorgung und Weitervermittlung herrenloser Tiere sowie zur Sicherstellung der Unterbringung und Versorgung der Tiere. Daneben unterstützt die Stadt das Tierschutzhaus auch mit außerordentlichen Zahlungen, die im Gemeinderat ja auch beschlossen werden. Beispielsweise wurde im Juni 2010 beschlossen, für die bauliche Sanierung des Tierschutzhauses sowie für ein Resozialisierungsprogramm betreffend Problemhunde einen Betrag in der Höhe von 300 000 EUR bereitzustellen. Im Rahmen dieser baulichen Sanierung sind Maßnahmen wie ein umfassender Einbau moderner Lüftungsanlagen,

die Oberflächenbehandlung betroffener Gebäudeteile, die Neuerrichtung von Trockenbauwänden sowie Entfeuchtungsmaßnahmen vorgesehen.

Was die in Ihrer Anfrage erwähnte Kontamination des Grundstückes beziehungsweise den Ihrerseits angesprochenen Zustand des Gebäudes betrifft, ist zum wiederholten Male darauf hinzuweisen, dass der Wiener Tierschutzverein auf Basis des betreffenden Baurechtsvertrages aus dem Jahre 1996 von der Stadt Wien einen Betrag in der Höhe von 14,5 Millionen Schilling erhalten hat, um die auf Grund der Besonderheit des Grundstückes erforderlichen speziellen Fundierungsmaßnahmen vornehmen zu können. Im Hinblick darauf, dass sich die gegenständliche Liegenschaft in Niederösterreich befindet, ist in behördlichen Angelegenheiten derselben auch keine Verfahrens- beziehungsweise Entscheidungszuständigkeit der Stadt Wien gegeben.

Zu dem in der Anfrage angesprochenen Tierschutzkompetenzzentrum ist festzustellen, dass es keine große Neuigkeit ist, dass Wien die Neuerrichtung einer solchen Einrichtung plant. In diesem Zusammenhang wurde ein Masterplan „Tierversorgung Neu“ mit dem Ziel einer nachhaltigen Tierversorgung in Wien entwickelt, der aus verschiedenen Bausteinen besteht. Zum Start dieses Masterplans eröffnete die damals für den Tierschutz zuständige Stadträtin im Oktober 2010 das 1. Österreichische Tierheimsymposium, zu dem Tierschützerinnen und Tierschützer aus dem gesamten Bundesgebiet eingeladen waren. Danach hat die Tierschutzombudsstelle Wien mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet, um die verschiedenen Aspekte der Tierversorgung in Wien im Detail zu beleuchten. In diesen Arbeitsgruppen sind Expertinnen und Experten, Betreiberinnen und Betreiber von Tierschutzeinrichtungen sowie sonstige im Tierschutz engagierte Personen vertreten. Gemeinsames Ziel ist es, die Tierversorgung in Wien neu und modern auszurichten. Natürlich ist auch der Wiener Tierschutzverein in diesen Prozess entsprechend eingebunden. Vertreterinnen und Vertreter sitzen in den wichtigsten Arbeitsgruppen und können ihre Anliegen selbstverständlich dort einbringen.

Zum aktuellen Stand dieser Arbeiten ist schließlich festzustellen, dass einige Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit bereits abgeschlossen haben, deren Ergebnisse mittlerweile einer Evaluierung unterzogen werden. Ein entsprechender Abschlussbericht ist in Vorbereitung. Sobald dieser vorliegt, werden die weiteren in Betracht kommenden Schritte gesetzt werden.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 1. Zusatzfrage stellt der Herr GR Ing Guggenbichler. Bitte sehr.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Guten Morgen, meine Damen und Herren!

Hinter dem Wiener Tierschutzverein stehen auch tausende Spender und Erblasser und er hat auch in letzter Zeit bewiesen, dass er gerade im Tierschutz eine besondere Kompetenz beweist. Hier stellt sich die Frage, wie werden Sie in Zukunft damit umgehen mit dieser Verantwortung im Sinne der Spender und Erblasser und

auch mit der Verantwortung gegenüber der Kompetenz der Tiere des Wiener Tierschutzvereines? Wie werden Sie diese Verantwortung wahrnehmen und in Zukunft auch den Tierschutzverein unterstützen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Also sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich habe höchsten Respekt vor jenen, die Spenden überweisen oder auch ein Erbe dem Tierschutz hinterlassen, denn es ist ja auch mir nicht verborgen geblieben, dass es sich hier um eine außerordentlich traditionsreiche Einrichtung handelt, die natürlich in diesem Bereich auch besondere Kompetenz hat. Eine allumfassende Kompetenz leite ich daraus allerdings nicht ab. Denn ich empfehle Ihnen die Lektüre des Kontrollamtsberichtes. Und wenn Sie den Kontrollamtsbericht tatsächlich aufmerksam gelesen haben, sich damit auseinandergesetzt haben, ihn auch als objektiv betrachten, dann mindert das mit Sicherheit nichts am Respekt vor der Kompetenz des Geldeinsammelns für den Tierschutz, aber vielleicht an manch anderen Kompetenzen sehr wohl.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 2. Zusatzfrage stellt die Frau GRin Mag Feldmann.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen!

Wird die Leistungsvereinbarung mit dem Tierschutzhaus erweitert werden, erstens zur Abdeckung der noch immer vorhandenen größten baulichen Schäden und zweitens durch die durch den Kampfhundeschein gestiegene Aufnahme?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Zunächst einmal ist auch durch die Mitteilung des Tierschutzhauses respektive des Tierschutzvereines die Aufnahme sogenannter Kampfhunde in der Zwischenzeit wieder deutlich rückläufig. Abgesehen davon, wenn ich mir anschau, wie viele Tiere auf der einen Seite überhaupt abgegeben wurden und wie viele Hundeführscheine auf der anderen Seite in der Zwischenzeit gemacht wurden, so ist die Zahl derer, die verantwortungsvoll mit Hunden umgehen wollen, doch massiv größer als jene, die unverantwortlich handeln und auf Grund des Führscheines ihre Hunde abgegeben haben. Also so gesehen sei das als Zwischenbemerkung hier auch angemerkt dazu.

Ich wiederhole noch einmal: Es gibt eine jährliche Zuwendung auf Grund dieses Leistungsvertrages von 800 000 EUR für den Tierschutzverein. Es gibt immer wieder auch Sonderzahlungen, die zur Abdeckung der Besonderheiten der Schäden des Gebäudes, wie etwa die 300 000 EUR im vergangenen Jahr beschlossen wurden. Und ich möchte schon in aller Deutlichkeit auch darauf hinweisen, dass die nicht kleine Summe von 14,5 Millionen Schilling zur Abdeckung der Besonderheiten des Grundstücks an den Tierschutzverein auch überwiesen wurden. Also so gesehen kann uns mit Sicherheit niemand vorwerfen, dass wir den Tierschutzverein im Stich lassen würden.

Noch einmal: Ich empfehle auch Ihnen die nochmalige Lektüre des Kontrollamtsberichtes dazu. Man kann wahrscheinlich dann erst die Großzügigkeit der Stadt Wien auch hier ermessen, wenn man diesen Kontrollamtsbericht gelesen hat.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die letzte Zusatzfrage stellt der Herr GR Ing Guggenbichler.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Aus Ihrer Antwort muss ich dann schließen, dass Sie den Tierschutzverein auf diesem Grundstück, das ihm von vornherein aufgezwungen wurde und wo die Gemeinde Wien auch gewusst hat, dass es kontaminiert ist, sitzen lassen und Sie parallel dazu ein Zentrum auf einem anderen Grundstück bauen. Ist das korrekt?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Nein, das ist nicht korrekt. Es beginnt schon damit, dass überhaupt keine Rede davon sein kann, dass dem Tierschutzverein dieses Grundstück aufgezwungen wurde. Der Tierschutzverein hat von Anfang an gewusst und hat diesem Grundstück zugestimmt, sogar mit besonderer Freude, wie angemerkt wurde, nicht zuletzt auch anlässlich eines Besuchs der Präsidentin, der damaligen Präsidentin, bei mir. Also von aufgezwungen oder abgepresst oder sonst was kann überhaupt keine Rede sein.

Zum Zweiten ist der Tierschutzverein überhaupt nicht im Stich gelassen worden, sondern hat auch noch eine Extradotation dafür bekommen, weil dieses Grundstück entsprechend einer Kontaminierung unterlegen ist und daher, um mit dem fertig zu werden, hier besondere bauliche Fundierungsmaßnahmen zu machen waren, nachdem diese Altlast ja abgespundet wurde und sohin nach Ansicht der niederösterreichischen Behörde auch entsprechend abgesichert gewesen ist. Auch das haben wir bezahlt dabei. Wir haben einen Vertrag, einen Leistungsvertrag, mit dem Verein abgeschlossen, der, würde ich sagen, namhaft ist, jedenfalls mit Sicherheit höher ist als das, was sich vergleichsweise sonst in Österreich auch dazu abspielt. Also von im Stich Lassen kann überhaupt keine Rede sein.

Und selbstverständlich ist es für mich und aus meiner Sicht, aus meinem Verständnis auch und aus Respekt vor der historischen Leistung des Tierschutzvereines völlig klar, dass er auch in Zukunft eingebunden wird.

Aber ich bitte Sie wirklich um Verständnis, was würden Sie mich fragen, wenn ich völlig kommentarlos diesen Kontrollamtsbericht aus dem Vorjahr übergehen würde und einfach sagen würde, den gibt es nicht, alles, was hier auch an Kritik geäußert wurde, das stimmt nicht und das gibt es nicht.

Selbstverständlich ziehen wir aus diesem Kontrollamtsbericht auch die Konsequenzen. Nicht die Konsequenzen, indem wir jemanden wie den Tierschutzverein aus den Aktivitäten rund um den Tierschutz ausgrenzen, wir werden ihn nach wie vor einbinden, aber es wird mit Sicherheit, gerade was bauliche Maßnahmen betrifft, diese Ausschließlichkeit in der Zukunft nicht mehr geben, die es in der Vergangenheit gegeben hat.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 2. Frage

(FSP - 02179-2011/0001 - KSP/GM) wurde von GRin Silvia Rubik gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es in Wien heuer erstmals ein erweitertes Betreuungsangebot während der Sommerferien. Wie stellt sich die Organisation im Detail dar und an welche Zielgruppe richtet sich dieses Angebot?)*

Bitte, Herr Stadtrat, Ihre Beantwortung.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Die Frage nach der Sommerbetreuung im heurigen Jahr ist ja ein durchaus wichtiges Vorhaben der rot-grünen Stadtregierung gewesen, hier das Angebot in Wien zu erweitern und obwohl wir im Vergleich zu allen anderen Bundesländern ja ein sehr dichtes Netz im Bereich der Sommerbetreuung für Kinder haben, haben wir uns entschlossen, dem ein besonderes Augenmerk zu widmen und haben hier ja auch im Gemeinderat eine entsprechende Ausweitung des Sommerbetreuungsangebotes entsprechend beschlossen. Wien wird in diesem Sommer über 10 000 Kinder in Wien betreuen, Schulkinder betreuen, die die Möglichkeit bekommen, eben in diesem Zeitraum der 2 Monate, wenn es die entsprechende Nachmittagsbetreuung an den Schulstandorten nicht gibt, sei es im Bereich der Offenen Schulen, aber auch bei der Notwendigkeit von berufstätigen Eltern im Bereich des normalen Halbtagschulwesens, hier einen entsprechenden Betreuungsplatz zu bekommen.

Die Frage der Organisation ist ja eine sehr komplexe. Es ist hier ja ein Zusammenspiel einerseits natürlich der gesamten Schulverwaltung notwendig, andererseits natürlich auch des Bereiches der MA 10 mit seiner Infrastruktur im Bereich der Horte. So liegt auch die Organisation der Sommerferienbetreuung bei der MA 10 und erfolgt seit Jänner 2011 durch die entsprechende Servicestelle für den 5. und 10. Bezirk beziehungsweise durch die Servicestelle für den 15., 17., 18. und 19. Bezirk. Es gibt hier eine klare Bezirksaufteilung der Zuständigkeitsbereiche.

Das Angebot der Ferienbetreuung selbst richtet sich natürlich vorrangig an Kinder von unselbstständig sowie selbstständig berufstätigen Eltern, deren Kinder während des Jahres laufend auch die Nachmittagsbetreuung in ganztägigen öffentlichen Volksschulen oder in Lern- und Freizeitklubs des Vereins Kinder- und Jugendbetreuung in Anspruch nehmen, also im Bereich der Offenen Schulen seitens der Stadt Wien beziehungsweise des Vereines entsprechend betreut werden. Selbstverständlich können nach der entsprechenden Maßgabe und der entsprechenden Prioritätenreihung die Plätze auch von Kindern nicht berufstätiger Eltern in den Sommermonaten in Anspruch genommen werden und diese Kinder natürlich auch entsprechend betreut werden. Die Anmeldung für einen Betreuungsplatz in den Sommerferienmonaten erfolgte durch die Eltern in den jeweiligen ganztägigen Schulen im Jänner 2011 und die entsprechend ausgefüllten Anmeldeformulare mit den beigefügten Arbeitsbestätigungen konnten in der Schule bei den Freizeitbetreuern bis spätestens 28. Februar entspre-

chend abgegeben werden.

Es ist hier notwendig, auf der einen Seite den Eltern natürlich auch einen entsprechenden Zeitraum einzuräumen, auf der anderen Seite aber natürlich auch eine entsprechende Nähe zum Sommerferienbetreuungsangebot zu haben, denn wir alle wissen und es ist ja wahrscheinlich auch in der individuellen Praxis nicht anders, dass man sehr oft im November oder Dezember gar nicht weiß, in welcher Zeit man das entsprechende Betreuungsangebot natürlich auch entsprechend benötigt. Die Servicestellen haben diese Anmeldungen laufend in dem für die Ferienbetreuung eigens neu eingerichteten EDV-Programm Kidfb erfasst und die Datenüberleitung für den Versand der entsprechenden Zahlscheine und das Reservierungsentgelt erfolgte an die zuständige Buchhaltungsabteilung 6 wöchentlich ab Mitte März 2011. Die Eltern erhielten auch eine dreiwöchige Zahlungsfrist. Mit der Einzahlung dieses Reservierungsentgeltes konnte den Eltern ein fixer Betreuungsplatz sichergestellt werden. Die Platzangebote wurden ab Ende April 2011 auch entsprechend an die Eltern versandt. Die Einschreibung und Vertragsunterzeichnung im Kindergarten beziehungsweise in der entsprechenden Betreuungseinrichtung, sei es Hort oder auch die entsprechend privaten Betreuungsangebote, erfolgt nun seit Mai 2011. Die Wiener Kinderfreunde, der Verein Kinder- und Jugendbetreuung sowie HighJump, die ebenfalls an einigen Standorten die Ferienbetreuung anbieten, haben bereits eine entsprechende Liste der ihnen zugeteilten Kinder zwecks der Bereitstellung natürlich des nötigen Personals auch erhalten.

In den Ferien werden von den KindergartenleiterInnen die An- und Abwesenheiten der Kinder laufend in die entsprechende Datenbank eingetragen und die komplette Verrechnung der Ferienbetreuung in einem städtischen Hort erfolgt mit einer Rechnung an die Eltern dann im September 2011. Die Verrechnung des Elternbeitrages bei den privaten Standorten beziehungsweise bei Standorten, die von privaten Einrichtungen angeboten werden, erfolgt direkt mit den jeweiligen Betreibern. Über den Ablauf und die Kriterien der Ferienbetreuung wird zur Sicherstellung der Vorgaben der Stadt Wien eine Vereinbarung zwischen der Magistratsabteilung 10 und dem jeweiligen privaten Betreiber abgeschlossen. Es muss auch hier natürlich eine entsprechende Betreuungsvereinbarung zwischen der Magistratsabteilung 10, den privaten Betreibern und den entsprechenden Eltern abgeschlossen werden und es leitet sich daraus natürlich auch der entsprechende Subventionsbetrag ab, den wir ja hier im Gemeinderat beschlossen haben.

Wir alle wissen, dass, wie gesagt, es hier in der Vergangenheit ja immer wieder sehr viele Anmeldungen gegeben hat, gleichzeitig aber die tatsächliche Inanspruchnahme davon sehr stark abgewichen ist. Das heißt, wir haben hier versucht, durch die Einführung des entsprechenden Reservierungsentgeltes einen sehr effizienten Weg auch zu wählen, das dann natürlich auch vom entsprechenden Betreuungsbeitrag entsprechend gutgeschrieben wird, aber das es möglich macht, auf der einen Seite das notwendige Personal für die Betreuung,

die qualitätsvolle Betreuung, entsprechend sicherzustellen, gleichzeitig aber auch einen effizienten und sparsamen Einsatz natürlich der entsprechenden Subventionsbeiträge möglich macht.

Wie gesagt, dieses Angebot wird von rund 10 000 Kindern im heurigen Sommer in Anspruch genommen und gerade die Ausweitung und damit das Angebot eines flächendeckenden Angebotes in Wien ist durchaus etwas, auf das die Stadt sehr stolz sein kann.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn GR Dr Aigner gestellt. Bitte sehr.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Sie haben vorhin gesagt, dass diese Ferienbetreuung in erster Linie für erwerbstätige Eltern gedacht ist. Ich möchte Sie in Bezug auf die Problematik von Menschen fragen, die beim AMS hier als arbeitssuchend vorge-merkt sind und ja dem Arbeitsmarkt auch zur Verfügung stehen müssen, denen vielleicht dann ein Kurs auch angeboten wird, welche Handhabung eben für diese Menschen geplant ist oder wie wird das hier bei als arbeitslos geführten Personen durchgeführt?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich bin sehr dankbar für diese Frage, denn bei der Schlusswortmeldung der entsprechenden Geschäftsgruppenebatte, nachdem ja der Zeitpunkt da schon etwas fortgeschritten war, bin ich ja durchaus mit meinem Fakten-Check nicht bis zum Ende gegangen, weil ich glaube, das hätte wahrscheinlich die Geduld vieler überstrapaziert.

Entgegen der immer wieder landläufig kolportierten Meinung, dass es hier keine Möglichkeit gibt, einen entsprechenden Platz in Anspruch zu nehmen, möchte ich schon festhalten, dass selbstverständlich für uns auch die im Bereich von in Maßnahmen des AMS befindlichen Personen für uns gleichgestellt zu der entsprechenden Berufstätigkeit sind und wir auch bei der entsprechenden Vermittlungsarbeit des AMS auch seitens der MA 10 und analog, es ist ja die MA 10, die letztendlich auch bei der Sommerferienbetreuung hier die entsprechenden Bestätigungen ausstellt, dass im Falle eines entsprechenden Arbeitsplatzangebotes und da zählen Kurse des AMS dazu, hier auch der entsprechende Betreuungsplatz in einem Kindergarten bereitgestellt werden kann, um hier letztendlich das formale Kriterium des AMS der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt auch sicherzustellen. Solche Bestätigungen bekommen Frauen bei uns. Sie bekommen selbstverständlich im Zuge der entsprechenden Suche nicht schon eine Zusage für den Kindergarten XY, wenn sie quasi arbeitssuchend sind und noch nicht klar ist, wo der Beruf oder der entsprechende Job gefunden wird, aber die entsprechenden Bestätigungen stellt die MA 10 diesen Eltern oder diesen Frauen, Männern, Elternteilen auch aus, wenn es notwendig ist, um hier tatsächlich auch nachweisen zu können, dass es die entsprechende Verfügbarkeit für ein Jobangebot oder ein Kursangebot gibt. Ich sage es immer dazu, für uns gibt es da die dementsprechende Unterscheidung nicht. Jede

AMS-Maßnahme ist hier gleich zu behandeln wie ein entsprechendes unmittelbares Jobangebot. Also die landläufig kolportierte Meinung stimmt schlicht und ergreifend nicht. Wenn die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitsbereitschaft nachgewiesen werden müssen und es eine Unterstützung für das AMS darstellt, stellt die MA 10 die entsprechenden Bestätigungen immer auch aus, um dann auch zu garantieren, dass wenn ein entsprechendes Job- oder Kursangebot für den Arbeitsplatz suchenden Elternteil verfügbar ist, hier auch der entsprechende Betreuungsplatz sichergestellt wird.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 2. Zusatzfrage stellt die Frau GRin Mag Wurzer.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Ich freue mich sehr, dass es uns so rasch gelungen ist, ein leistbares Angebot schon in diesem Sommer zur Verfügung zu stellen. Für viele Eltern sind die Sommerferien, die in keinem Land rund um uns herum so lang dauern wie in Österreich, ja weniger ein Sommertraum, sondern eher ein Albtraum auf Grund ihrer Berufstätigkeit. Besonders für berufstätige Mütter stellt das eine riesige Herausforderung dar.

Mich interessiert jetzt darüber hinaus noch, inwiefern für Kinder mit besonderen Bedürfnissen Plätze angeboten werden und wie viel sie schon über die Qualitätsstandards aussagen können, nämlich in Bezug auf Gruppengröße und BetreuerInnenschlüssel. Danke.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: In diesem Bereich ist es für uns selbstverständlich, dass wir hier auch in Wien einen besonderen Wert auf die entsprechende Betreuungsqualität auch bei Kindern mit Behinderungen legen, nicht nur in der Sommerzeit, sondern natürlich selbstverständlich im gesamten Betreuungszeitraum. Die entsprechenden Rahmenbedingungen, eben kleinere Gruppengröße bei der entsprechenden Betreuung von Kindern mit Behinderungen, sind für uns entsprechend selbstverständlich und wir nehmen dabei auch in unseren eigenen Einrichtungen entsprechend Rücksicht. Ich sage aber auch dazu, es ist ja das auch ein ganz wichtiges Vorhaben für uns, in diesen kommenden Jahren hier immer wieder das Angebot entsprechend zu verbessern. Wir arbeiten ja hier im Bereich der städtischen Kindergärten gerade auch an Modellen, dass wir hier auch mit Privaten die Kooperation suchen, denn bis jetzt ist das ja, wenn man so will, natürlich sehr stark durch die städtischen Einrichtungen sichergestellt. Wir tun das auch in einzelnen Bereichen bereits sehr intensiv und auch sehr erfolgreich. Wir haben uns auch in den letzten Monaten hier entschlossen, entsprechende Kontingente auch in Spezialeinrichtungen zu erweitern. Ich denke, dass wir hier auch für die Sommerferienbetreuung sicherstellen können, dass wir den Eltern eine entsprechende Betreuungsqualität anbieten können. Das, was in Zusammenarbeit und Kooperation mit den Privaten in diesem Bereich passiert, findet ja an Schulstandorten statt. Wir alle wissen, dass wir uns hier sehr oft in historischen Gebäuden befinden. Daher liegt diese Aufgabe derzeit nach wie

vor in erster Linie bei den städtischen Einrichtungen und sie tun das auch in diesem Sommer.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn GR Kops gestellt.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die Betreuung während der Sommermonate funktioniert in den derzeitigen Einrichtungen ja relativ gut, das kann man nicht abstreiten. Die einzige Problematik war, dass es bis jetzt nicht möglich war, seine Kinder neun Wochen in den Hort zu geben. Sie haben jetzt bei der letzten Sitzung einen Antrag eingebracht, dass die Wiener Kinderfreunde damit betraut werden, diese Möglichkeit anzubieten.

Meine Frage dahin gehend: Besteht von Ihrer Seite aus die Intention, dass hier jetzt nur mehr private Vereine eingesetzt werden, die teilweise sehr teuer wirtschaften, dass nur mehr die privaten Vereine diese Sommerbetreuung übernehmen oder ist das eine parallele Serviceeinrichtung Ihrerseits zu den bestehenden Einrichtungen?

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Es ist selbstverständlich eine ergänzende Maßnahme. Wir müssen sehen und ich versuche es noch einmal kurz zu erklären: Jene Kinder, die eine Halbtagschule in Wien besuchen und während der Schulzeit in einem Hort sind, ganz egal, ob städtisch oder privat, wir haben ja jetzt auch schon viele private Horte, sind in den Sommermonaten selbstverständlich in der Regel in ihrem Hort, manchmal gibt's Zusammenlegungen, et cetera, aber im entsprechenden Hort betreut. Bei der Ausweitung ging es ja vor allem um jene Kinder, die in einer Offenen Schule sind und damit letztendlich von den zwei Monaten Ferien unmittelbar betroffen sind, weil da die Schule zu ist und da haben wir uns entschlossen, hier ein Betreuungsangebot entsprechend sicherzustellen und auszuweiten, das natürlich in Zusammenarbeit mit Privaten; aber die städtischen Horte in diesem Bereich nehmen durchaus auch bereits jetzt Kinder aus diesen Offenen Schulen auf. Hier ist aber das Platzangebot klarerweise begrenzt. Ich kann es nicht für zwei Monate doppelt so groß aufmachen, als ich es das ganze Jahr über brauche. Da gibt es eben diese Kooperation mit Privaten, zumal vor allem natürlich die Sommermonate auch für die PädagogInnen eine wichtige Erholungszeit darstellen, sie in der Regel die Sommermonate für die Konsumation ihres Urlaubes nutzen, das heißt, hier das entsprechende Personal nicht entsprechend ausreichend da ist, um noch im eigenen Bereich auszuweiten. Insofern handelt es sich um ein ergänzendes Angebot, und darauf möchte ich schon auch hinweisen, das nicht teuer oder schon gar nicht teurer ist. Geld kostet es, 800 000 EUR sag' ich ganz grob in etwa, die wir für diesen Bereich bei Vollausslastung für die Zurverfügungstellung der Plätze sicherstellen. Es ist erstens ein marktkonformer und auch vergleichbarer Preis, weil er unter dem liegt, was mit der Infrastruktur in unseren Bereichen eine entsprechende Betreuung in den entsprechenden Horten kosten würde. Wir haben hier im Gemeinderat auch den entsprechenden Rahmenbetrag festgelegt. Die entsprechende konkrete Inanspruchnahme

der zusätzlichen Subvention seitens der Stadt, die hier gewährt wurde, werden wir erst im September dann in der Endabrechnung sehen, wie viele Kinder tatsächlich dieses Betreuungsangebot in Anspruch genommen haben, weil wir eben die Betreuung sehr stark auf die Zahl der Kinder abgestellt haben im Sinne der Sparsamkeit und Effizienz des Mitteleinsatzes des Wiener Steuerzahlers.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die letzte Zusatzfrage wird von der Frau GRin Rubik gestellt.

GRin Silvia **Rubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Nachdem ich selber Mutter eines Sohnes bin, freue ich mich und begrüße diese Erweiterung des Betreuungsprogrammes sehr. Meine konkrete Frage wäre: Wie viele Anmeldezahlen gibt es zur Zeit schon?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wir können grundsätzlich sagen, dass das Angebot sehr gut in Anspruch genommen wird. Wir sind in den städtischen Horten durch die so genannte - mir gefällt der Begriff nicht ganz - Gastkinderregelung entsprechend ausgelastet und werden hier natürlich auch die entsprechende qualitätsvolle Versorgung sicherstellen können. Mit Stand vom 17. Juni werden in den städtischen Horten zusätzlich, das ist ganz wichtig, zu den Kindern, die das ganze Jahr über schon im Hort betreut werden, im speziellen Bereich der Sommerbetreuung zusätzlich 963 Ferienkinder betreut werden, bei den Wiener Kinderfreunden 364 Ferienkinder, beim Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung 79 Ferienkinder und im Bereich von High-Jump, ein weiterer Anbieter, der hier die entsprechende Sommerbetreuung sichergestellt hat, 29 Ferienkinder.

Diese Zahlen basieren auf Basis der Berechnung des entsprechenden einbezahlten Reservierungsentgeltes. Hier muss man sagen, dass sich diese Einführung wirklich bewährt hat. Sie hat ja durchaus auch für Diskussionen gesorgt, dass dieses Geld eingehoben wird. Wir stellen aber damit fest, dass es zu einer wesentlich größeren Übereinstimmung kommen wird. In der nächsten Woche beginnt die entsprechende Maßnahme schon und entsprechend merken wir, dass wir hier tatsächlich zumindest auch nach Rücksprache mit den Eltern, deren Kinder in der nächsten Woche in die entsprechende Betreuung kommen und die dieses Reservierungsentgelt bezahlt haben, davon ausgehen können, dass sie dann auch erscheinen. Wir wissen aus den anderen Ferienbetreuungszeiten, die wir schon länger durchführen, Semesterferien, Osterferien, dass es hier in der Regel Abweichungen von rund 100 Prozent gegeben hat, also wenn sich 100 Kinder angemeldet haben, waren dann nur 50 da, nichtsdestotrotz wurde das entsprechende Personal natürlich bereitgestellt.

Die heuer um einige Schulstandorte erweiterte Ferienbetreuung wird selbstverständlich von uns auch entsprechend evaluiert werden. Es ist dies das erste Jahr in dieser Erweiterung und wir werden natürlich die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die Organisation

und die Verbesserung der Organisation auch entsprechend nutzen. Wir würden uns wünschen, dass wir in die Lage versetzt werden, organisatorisch sicherzustellen, vor allem den Zeitpunkt von Anmeldung, Einzahlung von Reservierungsentgelt und Platzzusage an die Eltern stark zu verkürzen. Das würde natürlich auch dem Wunsch der Eltern entsprechen, aber auch unserem Wunsch entsprechen. Auf der anderen Seite, wie gesagt, wissen wir gerade von der Organisation, aus der Elternsicht und von vielen Reaktionen der Eltern, dass selbst die Anmeldefrist im Februar für viele als zu früh gesehen wird, weil viele sagen, wir wissen noch gar nicht, was wir im Sommer wann wie tun, wann das Kind zur Oma fährt oder wo auch immer hin. Hier sind wir in einer schmalen Gratwanderung. Da alle zufriedenzustellen, wird uns nicht gelingen, aber wir arbeiten daran, das Beste daraus zu machen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke, Herr Stadtrat, für die Beantwortung.

Die 3. Frage (FSP - 02666-2011/0001 - KVP/GM) wurde von Herrn GR Dipl.-Ing Roman Stiftner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. *(Die Anhebung des Radverkehrs im Modal-Split ist ein begrüßenswertes Ziel, Rad fahren ist ein für eine moderne Großstadt eine relevante Fortbewegungsart. Leider missachten - wie auch eine ÖAMTC-Erhebung gezeigt hat und viele Wienerinnen und Wiener immer häufiger beklagen - viele Radfahrerinnen und Radfahrer in zu hohem Ausmaß die für sie maßgeblichen Verkehrsregeln. Sie selbst sprachen als Konsequenz von einem "Radfahrer-Knigge", den es zu erstellen gilt. Wie soll dieser von Ihnen propagierte 'Radfahrer-Knigge' konkret aussehen?)*

Bitte die Frau Vizebürgermeisterin zur Beantwortung.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Radfahrer, die die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung missachten, bringen in erster Linie sich selbst in Gefahr.

Das will heißen, dass es uns ein großes Anliegen ist, dafür zu sorgen, dass zwar die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung eingehalten werden, was sicher zu einer höheren Verkehrssicherheit auf den Wiener Straßen für alle Verkehrsteilnehmer beiträgt, dass es aber nicht richtig ist, die gesamte Verkehrssicherheitsdiskussion, die es in Wien zweifelsohne braucht, auf Radfahrer und Radfahrerinnen zu fokussieren, ja geradezu zu reduzieren. Ich muss an dieser Stelle sagen, ich halte überhaupt nichts davon, die einzelnen und unterschiedlichen Gruppen von Verkehrsteilnehmern aufeinander zu hetzen oder gegeneinander zu hetzen beziehungsweise das, was hier an Fehlleistungen im Alltag vorkommen, wenn man so möchte, gegeneinander aufzurechnen. Wir müssen sehen, dass die Stadt in Summe ein sehr hohes Ausmaß an Sicherheit im Verkehr hat. Also verglichen jetzt mit anderen, größeren oder vergleichbar großen europäischen Städten haben wir in Wien, Gott sei Dank, muss man sagen an dieser Stelle, eine rekordverdächtig

niedrige Anzahl von Unfällen im täglichen Verkehr mit schweren Verletzungen beziehungsweise gar mit Toten. Dennoch haben wir hier in Wien, genauso wie es der Fall in allen anderen Städten weltweit ist, es immer wieder mit Menschen zu tun, ich wiederhole an dieser Stelle, Menschen, die nunmal im Rahmen des täglichen Verkehrs ein rücksichtsloses Verhalten an den Tag legen. Ich spreche deshalb hier von Menschen, weil ich glaube, dass der Faktor Mensch hier die entscheidende Rolle spielt, das heißt, der Mensch in seinen Eigenschaften und in seiner Persönlichkeit und weniger die Tatsache, was er gerade fährt.

Was ich immer an dieser Stelle sage, ist, dass niemand von uns als Autofahrer geboren wird, als Radfahrer oder als sonst irgendetwas. Das heißt, ein Mensch, der rücksichtsloses Verhalten an den Tag legt, wird rücksichtslos Auto fahren, er wird rücksichtslos Rad fahren, er wird rücksichtslos Motorrad fahren und er wird daher in diesem Zusammenhang sich selbst und andere gefährden. Das heißt, es ist auch tatsächlich der Faktor Mensch, bei dem wir ansetzen müssen, wenn es wiederum darum geht, Sensibilisierungsmaßnahmen zu erreichen, mit denen wir ein Mehr an Sicherheit im täglichen Verkehr in unserer Stadt erreichen.

Für mich stehen im Fokus meiner Überlegungen in dieser Debatte der Fußgänger und die Fußgängerin deshalb, weil diese zweifelsohne die Schwächsten im täglichen Verkehr sind. Wir haben es in dieser Gruppe hier vor allem mit vielen Kindern zu tun, die täglich den Weg zur Schule bestreiten müssen. Wir haben es mit Seniorinnen und Senioren zu tun, die nicht gut zu Fuß unterwegs sind. Und wir haben es darüber hinaus übrigens auch mit vielen Wienerinnen und Wienern mit Behinderungen zu tun, nicht zuletzt auch mit einer besonders sensiblen Gruppe, nämlich mit Blinden und hochgradig Sehbehinderten, die sich vielfach auch den knappen Raum etwa am Gehsteig mit anderen Gruppen von Verkehrsteilnehmern teilen müssen und leider auch an vielen Stellen natürlich auch Radwege oder Radfahrstreifen zu überqueren haben, bis sie etwa jene Stelle erreichen, wo sie an der Ampel stehen bleiben können, um dann die Straße des weiteren queren zu können. Sie sehen, dass wir es hier also mit einer Situation zu tun haben, in der sämtliche Verkehrsteilnehmer und –teilnehmerinnen, und zwar einmal mehr egal, ob wir hier von Fußgängern sprechen, von Radfahrern, von Autofahrern, von Motorradfahrern, im Rahmen einer Kampagne der Stadt Wien erreicht werden müssen und sensibilisiert werden müssen für mehr Rücksicht aufeinander im täglichen Umgang im Verkehr.

Deshalb habe ich mir eben vorgenommen, im Herbst im Rahmen eines Gipfels, zu dem ich auch einladen werde, sämtliche Vertreterinnen und Vertreter von größeren Verkehrsorganisationen, das heißt, wir sprechen hier von Autofahrerklubs, von Motorradfahrervertreterinnen und –vertretern, von Radfahrinitiativen, von Fußgängervertretern, aber auch und nicht zuletzt von Behindertenverbänden, zusammenzubringen, gemeinsam zu diskutieren und gemeinsam einige wenige Fairnessregeln für den täglichen Umgang miteinander im Verkehr zu entwi-

ckeln. Ich werde an dieser Stelle immer gefragt: Was können diese Regeln sein beziehungsweise wozu braucht es diese Regeln, wo doch die Straßenverkehrsordnung ziemlich eindeutig alles regelt, was verboten und was erlaubt ist? Ich sage immer, die Straßenverkehrsordnung regelt tatsächlich, was verboten ist. Und für die Einhaltung beziehungsweise für die Abstrafung derjenigen, die sie nicht einhalten, gibt es auch eindeutige Zuständigkeit, und das ist die Polizei. Allerdings, was ist rücksichtsvoll? Was ist Fairness? Das machen Menschen untereinander aus. Das wissen jeder Einzelne und jede Einzelne von uns wahrscheinlich auch instinktiv. Das ist eine Frage von Charakter und eine Frage von Erziehung. Und Fairnessregeln kann man nicht von oben verordnen. Fairnessregeln kann man, wie gesagt, gemeinsam in einem sinnvollen Austausch entwickeln. Das heißt, was in dem Fall unter Verkehrsknigge meiner Meinung nach also mehr oder weniger jetzt als Bonmot in den Medien kursiert, ist nicht etwas, das einzig und allein auf Radfahrer abzielt, sondern es ist eine Maßnahme, wie gesagt, die sämtliche Verkehrsteilnehmer erfassen sollte und wo ich des Weiteren davon ausgehe, dass wenn diese Fairnessregeln gemeinsam entwickelt worden sind, jeder und jede im eigenen Wirkungsbereich dafür werben und gleichzeitig auch eine entsprechende Sensibilisierungskampagne der Stadt Wien als zusätzliche Unterstützung dafür sorgt, dass die Stadt sich zum Thema Fairness im täglichen öffentlichen Verkehr Gedanken macht.

Ein Letztes noch. Ich glaube, dass es einer Stadt gut tut, sich in regelmäßigen Abständen genau zu diesem besonderen Kapitel Gedanken zu machen, denn eines ist einmal mehr klar, Sicherheit im Alltag und im Verkehr können wir eben nur erreichen, wenn wir alle einen kleinen Beitrag über die Normen, über die der Staat eh bereits verfügt, selbst leisten.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 1. Zusatzfrage stellt der Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen schönen guten Morgen, Frau Stadträtin!

Es freut mich, dass wir wenigstens in einem Punkt Übereinstimmung erzielen, nämlich dass offenbar auch Sie der Meinung sind, dass Fußgänger die schwächsten Verkehrsteilnehmer sind und auch mir liegen da vor allem die Kinder und Jugendlichen am Herzen. Wir haben die Ferienzeit vor uns und Sie werden vermehrt auf der Straße auch ohne Rad unterwegs sein und sind dann mit Sicherheit dann die schwächsten Verkehrsteilnehmer.

Was mich etwas verwundert, ist, dass Sie jetzt den Radfahrknigge, den Sie selbst ja entsprechend hier promotet haben, offenbar ausdehnen wollen. Was mich deshalb verwundert, weil das Gefährdungspotenzial des Fußgängers, wenn er sich fehlverhält, wirklich ihn selbst betrifft. Hier stimme ich nicht überein beim Radfahrer. Der ist sehr wohl ein sehr gefährliches Instrument, vor allem, wenn er schnell unterwegs ist. Hier gibt es auch, ich verwende es durchaus ganz bewusst, Aggressivradler, die hier ganz bewusst auch gefährdend unterwegs

sind. Und der Autofahrer wird ohnehin kontrolliert. Es gibt ja heute keine Chance, wenn man ein paar Kilometer zu schnell fährt oder irgendwo länger falsch parkt, kein Ticket zu bekommen. Also da ist die Kontrolle da.

Wo sie nicht da ist, ist bei den Radfahrern. Und da wundert es mich besonders, weil Ihr eigener Fraktionskollege Karl Öllinger selbst zugegeben hat - offenbar ist das Rechtsbewusstsein Ihrer eigenen Fraktion ein sehr eigenes, besonderes -, nämlich: „Ich fahre auch öfters am Gehweg, obwohl ich weiß, dass das verboten ist.“, wird Öllinger in der Zeitung undementiert zitiert. Auch Ihr Kollege und Mandatar dieses Hauses Maresch sagt: „Ich brauch' keinen Knigge.“ Offenbar ist es also so, dass bei Ihnen das Unrechtsbewusstsein bei anderen Verkehrsteilnehmern ein sehr ausgeprägtes ist. Wenn es um den Radfahrer geht, ist man offenbar vogelfrei.

Meine Frage in dieser Richtung ist ganz klar: Wenn 68 Prozent der Radfahrerinnen und Radfahrer auch sagen, sie benützen öfters den Gehsteig, was werden Sie konkret tun, um die schwächsten Verkehrsteilnehmer, nämlich die Fußgänger, die Kinder, die Familien, vor aggressiven Radfahrern in Zukunft zu schützen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Zunächst eines. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es meinerseits nirgendwo eine Stellungnahme gibt, wonach ich gemeint hätte, es braucht diesen vielzitierten Knigge nur für Radfahrer. Ich weiß, dass dies in mehreren Zeitungsmeldungen ostentativ behauptet wird. Ich habe allerdings mehrfach und auch schriftlich dargelegt, dass es von Anfang an meine Absicht war, und dieser Plan ist bereits auch schon in der Vergangenheit mehrfach öffentlich präsentiert worden, diesen gemeinsamen Gipfel aller Verkehrsteilnehmer im Herbst abzuhalten. Das werde ich auch tun. Ich bin überzeugt davon, dass es ein zusätzlicher Beitrag für mehr Sicherheit in der Stadt sein wird. Und ich bin überzeugt, davon, dass sowohl Fußgänger als auch Radfahrer als auch Autofahrer als auch und ganz besonders einmal mehr die Vertreterinnen und Vertreter von Behindertenorganisationen davon nur profitieren können.

Und jetzt zu Ihrer Frage im engeren Sinne. Ich meine, dass es hier gilt, überall dort, wo es vermehrt vorkommt, dass Radfahrer auf dem Gehsteig fahren, sich zunächst einmal anzuschauen, was führt zu diesem Verhalten?

In der Regel und zwar in der überwiegenden Anzahl der Fälle handelt es sich um eine konkrete Fahrtbehinderung auf der Fahrbahn, die dazu führt, dass man über den Gehsteig ausweicht. Deshalb haben wir auch auf alle Fälle und stets betont, dass es hier gilt, sich zunächst einmal mehr anzuschauen, was ist es, was dieses Verhalten überhaupt überzeugt? Und hier mittels baulicher Veränderungen nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass es nicht mehr zu diesem Verhalten kommt. Es gibt viele solche Stellen, ich kann es Ihnen auch aus meiner eigenen Erfahrung bestätigen, nachdem ich auch selbst nahezu täglich mit dem Rad unterwegs bin.

Dennoch kommt es auch an vielen Stellen dazu, dass es eben zum Fahren auf dem Gehsteig ohne einen ersichtlichen Grund kommt. Dieses Verhalten ist nicht zulässig. Es ist nicht fair. Es ist darüber hinaus in der Straßenverkehrsordnung ausdrücklich verboten. Und dafür, wie auch für alle anderen Vergehen im Zusammenhang mit der Straßenverkehrsordnung, gibt es eine klare Zuständigkeit, das ist die Polizei. Wenn die Polizei vor Ort anwesend ist, straft sie. Das gilt nicht nur für Radfahrer, das gilt genauso für rücksichtslose Autofahrer. Und einmal mehr, ich bin überzeugt davon, dass dieselben Menschen, die gerade rücksichtslos Auto fahren auch diejenigen sind, die ein paar Stunden später vielleicht auch rücksichtslos mit dem Rad unterwegs sind. Dennoch, wenn Sie sich auch genau anschauen, wie sieht es mit der Verkehrssituation in Wien aus, dann werden Sie feststellen, es kommt selbstverständlich in einer großen Stadt geradezu laufend zu Übertretungen der Straßenverkehrsordnung, also zu Fehlleistungen oder zu rücksichtslosem Verhalten.

Ich rufe zum Beispiel in Erinnerung, dass ein Schulkind im 19. Bezirk auf dem Weg zur Schule auf einem Zebrastreifen mitten in der Stadt vor ungefähr einem Jahr getötet wurde, weil ein rücksichtsloser Autofahrer genau das getan hat, nämlich sich nicht an die Regeln gehalten hat und mit dem Auto viel zu schnell unterwegs war. Jeder und jede von uns, die in einer Tempo-30-Zone wohnen, wissen aus eigener Erfahrung zu berichten, dass es nicht stimmt, dass das Tempo 30 eingehalten wird. Ganz im Gegenteil, dass man ständig damit konfrontiert ist, dass Menschen durchrasen und dass dieses Verhalten sich ganz, ganz seltsamerweise im Nichts auflöst, wenn entweder die Polizei mit einer kleinen Radarvorrichtung an der Ecke steht und abstraft oder wenn wir zumindest diese mobilen Tafeln haben, wo man selbst ablesen kann, mit welchem Tempo man gerade unterwegs ist. Das heißt, tun wir doch bitte nicht so, als ob es in der Stadt keine Probleme mit dem Autoverkehr gäbe, die seien weitestgehend gelöst und das einzige Problem, das es jetzt gilt zu fokussieren und zu lösen, sind die Konflikte, zu denen es zweifelsohne auch zwischen Radfahrer und Fußgänger kommt. Für mich ist jeder Konflikt einmal mehr ein Konflikt zu viel. Der einzige Weg, den ich sehe, um mehr Sensibilisierung zu erreichen, um ein faireres Verhalten zu erreichen und vor allem, um etwas gegen diese Situation zu unternehmen, wogegen sich jeder und jede beschweren - Sie werden wahrscheinlich auch die Erfahrung gemacht haben, in Wien beklagt sich jeder, dass die Sitten, wenn Sie so wollen, im Umgang miteinander im täglichen Verkehr im letzten Jahrzehnt immer rauer geworden sind. Der einzige Weg also dorthin ist nicht nur die Straßenverkehrsordnung, ist nicht nur das Abstrafen, sondern ist darüber hinaus eine dringend notwendige Debatte über Fairness und über Rücksicht. Diese wollen wir führen und diese werden wir im Herbst führen und zwar mit allen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Ellensohn gestellt.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vizebürgermeisterin!

Sie haben jetzt angesprochen, dass im 19. Bezirk auf einem Zebrastreifen leider nicht nur Schwerverletzte, sondern dass es im Verkehr auch zu Todesfällen kommt. Ich glaube, es sind sich alle im Haus einig. Das, was wir jedenfalls im Verkehr wollen, sind weniger Verletzte und am besten kein einziger Todesfall.

Jetzt ist Tempo 30 – um aufzugreifen, was der GR Stifter gesagt hat – bei FußgängerInnen natürlich nicht das Problem, weil wenn nicht gerade der Usain Bolt um die Ecke geschossen kommt, kommt keiner von uns hier auf Tempo 30. Ein Rad kann wohl Tempo 30 erreichen, wenn jemand fleißig hineintritt oder wenn es abwärts geht, und mit dem Auto ist es natürlich ein Leichtes. Jetzt wissen wir, dass wir an vielen Orten Tempo-30-Zonen haben, die für alle gelten, zu Fuß, mit dem Rad und mit dem Auto.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Todesfällen im Straßenverkehr? Kann man das in Wien nachweisen, dass Tempo 30 in dem Fall nützt, nämlich weniger Todesfälle? Weil dann wäre es ja logisch, dass wir alle sagen, das ist es uns wert, dass ein paar Leute ein bisschen langsamer fahren müssen, aber dafür ein paar Menschen ein längeres Leben genießen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

In der Tat gibt es zwei Erkenntnisse von Verkehrssicherheitsexperten, die für uns sehr relevant sind. Das eine ist die Erkenntnis, dass Tempo 30 zu einer spürbaren drastischen Reduktion der Unfälle mit schweren Verletzungen oder mit Todesfolge führt. Das zweite ist übrigens, dass die Zunahme des Radverkehrsanteils ebenfalls zu einer Reduktion der Unfälle mit schweren Verletzungen oder mit Todesfolge führt. Deshalb ist es unser Vorhaben, in diesem Zusammenhang nicht nur im Sinne des Klimaschutzes, sondern auch im Sinne der Verkehrssicherheit genau auf diese zwei Maßnahmen zu setzen, den Radverkehrsanteil zu erhöhen und darüber hinaus flächendeckend Tempo 30 in Wien in allen Wohngebieten zu erreichen.

Im konkreten Falle etwa, wo eben das Schulkind vergangenes Jahr im 19. Bezirk getötet wurde, liegt eine Empfehlung der Magistratsabteilung 46 zur Verordnung von Tempo 30 genau in diesem Areal, in dem der Unfall passierte, vor. Das heißt, der Weg einmal mehr ist hier, erstens, Tempo 30 zu verordnen mit einigen natürlich begründeten Ausnahmen die Hauptdurchzugsstraßen betreffend, zweitens, den Radverkehrsanteil zu erhöhen, drittens und einmal mehr, das will ich auch betonen, weil es eigentlich unsere ureigenste kommunale Aufgabe ist, die Infrastruktur, die derzeit für den Radverkehr vorhanden ist, zu verbessern, das heißt, überall dort, wo Platz vorhanden ist, dafür zu sorgen, dass es zu einer klaren und nach Möglichkeit auch baulichen Abgrenzung kommt, wo Platz vorhanden ist, überall dort, wo Platz vorhanden ist. Und Sie wissen ganz genau, dass es in gründerzeitlichen dicht verbauten Vierteln schwer ist, diesen Platz auch vorzufinden. Trotzdem haben alle gemeinsam an einem Strang zu ziehen und hier, wie

gesagt, nach Möglichkeit solche Radfahranlagen entstehen zu lassen, die eben nicht dazu angetan sind, Konflikte unter den Verkehrsteilnehmern zu erzeugen oder zu erhöhen. Dort, wo das nicht der Fall ist, sind weitere Entlastungsmaßnahmen vorzunehmen. Etwa zum Beispiel ist die Frage der Radstraßen, die wir von hier aus bereits mehrfach diskutiert haben, eine sehr wesentliche, weil sie genau auch dazu führt, nämlich eine Entflechtung der Verkehrsströme und ein Hinleiten der Radfahrer und Radfahrerinnen auf einige Routen überall in der Stadt, die primär für den Radverkehr vorgesehen sind, die daher auch für die Radfahrer mehr Sicherheit bedeuten und auch die Möglichkeit, rasch von A nach B zu kommen, ohne an jeder Kreuzung stehen bleiben zu müssen.

Es gibt ja die Konzepte und nun ist es unsere Aufgabe, diese Konzepte in den nächsten Jahren konsequent umzusetzen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn GR Mahdalik gestellt.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte eingangs auf das Vorgesagte kurz eingehen und klarstellen, dass dieser besagte tragische Unfall mitnichten durch überhöhte Geschwindigkeit passiert ist. Das Ganze ist bei sehr geringer Geschwindigkeit passiert. Es war ein Teppichhändler aus dem arabischen Raum, der unter schwerem Medikamenteneinfluss gestanden ist und dort das Kind mit leider tragischen Folgen mit sehr niedriger Geschwindigkeit niedergeführt hat. Da muss man das Kind auch beim Namen nennen.

Zum Zweiten möchte ich daran erinnern, dass der Verfassungsgerichtshof seit einiger Zeit sinnlose 30er Zonen ohne rechtliche Grundlage wieder aufhebt.

Aber jetzt zu einem anderen Thema, nämlich zu dem von mir in der Planungs- und Verkehrsdebatte bereits angesprochenen geplanten Merzweckstreifen zwischen Schwarzspanierstraße und Rooseveltplatz, wo sich gestern auch wieder ein tragischer Unfall ereignet hat. Ich habe das schon angesprochen. Sie sind aber als Berichterstatterin hinter mir gesessen. Darum möchte ich das in höflicher Form heute wiederholen.

Es ist gestern eine Frau in eine Straßenbahngarnitur gelaufen, aus Unachtsamkeit oder auch vielleicht – das habe ich nicht herausbekommen – weil sie vielleicht über diese angesprochenen Schwellen gestolpert ist, weil ... (*Zwischenruf von GR Karlheinz Hora.*) Hast du dich für eine Zusatzfrage gemeldet? Nein! Tu nicht immer eineg'scheitln, das geht mir schon echt am Nerv!

Diese Unfälle, und ich habe gewarnt, weil diese Schwellen nicht ersichtlich sind, die sind nicht gekennzeichnet, irgendwann wird es einen Toten geben.

Darum ist unser Vorschlag auch, diese Schwellen zu entfernen, die Straßenbahn trotzdem zu bevorrangen vor den Autofahrern, damit der öffentliche Verkehr beschleunigt wird, oder den geplanten Mehrzweckstreifen über Votivpark und nachher über den Sigmund-Freud-Park zu legen.

Darum frag' ich Sie, Frau Stadträtin, sind Sie bereit, diesen Überlegungen zu folgen und diese Situation noch

einmal zu prüfen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Nun sehen Sie, wir befinden uns mitten in dieser Debatte, die jetzt auch gerade im Zusammenhang mit baulich abgegrenzten Radwegen von Gehsteig oder von der Fahrbahn geführt wurde. Schlussendlich ist eine bauliche Maßnahme wie auch diese Schwellen immer dann erforderlich, wenn Menschen sich an die Regeln nicht halten. Das heißt, diese Schwellen sind bei der Straßenbahn deshalb erforderlich, weil wir alle ebenfalls aus der eigenen Erfahrung wissen, dass sich in diesem Fall rücksichtslose Autofahrer nicht an das, was sie eigentlich tun sollen, halten, nämlich die Schienen nicht zu befahren. Das heißt, es führt dazu, dass sich dann der Stau auf den Schienenbereich ausweitet und dass dann sowohl die öffentlichen Verkehrsmittel als auch die Autos, also das heißt der gesamte Verkehr, steht.

Ja, ich finde es tragisch und darüber hinaus auch wirklich sehr schlimm, dass es dazu gekommen ist, dass auf Grund einer Unachtsamkeit eine ältere Dame gestolpert ist und jetzt Opfer noch dazu eines tödlichen Unfalls geworden ist. Andererseits einmal mehr, würden wir in einer anderen Welt leben, in einer besseren Welt leben, in der mehr Fairness da ist und wir uns alle an die Regeln halten, würden wir diese Schwellen nicht brauchen. Es kann aber nicht die Konsequenz sein, dass wir auf Grund eines Unfalls, der sich ereignet hat, sämtliche Schwellen jetzt entfernen und daraufhin alle Beschleunigungen, die wir mühsam in den vergangenen Jahrzehnten für die öffentlichen Verkehrsmittel erreicht haben, wieder rückgängig machen. Sie werden auch nicht allen Ernstes behaupten können, dass das Entfernen der Schwellen nicht dazu führt, dass dann einmal mehr die Autos genau dort fahren, wo sie nicht fahren dürfen. Das ist meine Antwort.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 4. Zusatzfrage stellt der Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin!

Irgendwie wird man bei Ihnen und Ihrer Fragebeantwortung immer mehr das Gefühl nicht los, dass Sie mit zweierlei Maß messen. Da wird versucht, ein aggressives Verhalten quasi zu entschuldigen, weil es irgendwo einen Fall gibt, wo ein anderer Verkehrsteilnehmer sich mit einem anderen Verkehrsfahrzeug eben schlechter verhalten hat. Ich glaube, wir sollten schon darauf insistieren, dass wir genau auf dem Punkt bleiben, den gerade Sie sich zur Politik gemacht haben, nämlich den Radfahrerverkehr zu erhöhen. Deshalb ist es jetzt ausschließlich das Thema wie der Konflikt, der in zunehmendem Maße zwischen Fußgänger und Radfahrer entsteht und der heute evident ist - wenn Sie sich heute umhören, und wenn Sie das ehrlich machen und nicht nur in Ihrer grünen Lobby bleiben, dann werden Sie sehen, dass sich viele von Radfahrern belästigt fühlen oder auch Angst davor haben, eine Kreuzung zu überqueren, weil man einfach nicht sicher sein kann, dass der schwächere Verkehrsteilnehmer, in dem Fall der Fußgänger, durch

den Radfahrer geschützt wird und der abbremst. Der Radfahrer versucht durchzufahren, der Autofahrer ist gesetzlich dazu verpflichtet abzubremsen und er tut es auch im Regelfall, weil die Konsequenzen doch eine viel größere Zahl sind. Und das ist jetzt der Punkt, den ich Sie wirklich hier bitte, auch klar in die Pflicht zu nehmen und nicht mit zweierlei Maß zu messen.

Und wenn Sie diesen Knigge ansprechen und das ist auch meine Frage, ich freue mich über einen Gipfel. Nur sind wir uns doch ehrlich, ein Gipfel ist ein Diskussionsforum, das einen Bruchteil der Menschen erreicht. Wir müssen das ja hinausbringen. Die Frage ist auch, die Polizei hat eingeschränkte Kapazitäten. Wir müssen einfach hier auch erzieherisch wirken. Wir haben im kommunalen Bereich sehr viele Überwachungskörper, die ja ohnehin auf der Straße sind durch die Überwachung des ruhenden Verkehrs, wo vielfach auch Radwege sind. Können Sie sich vorstellen, erstens, dass dieser Radfahrknigge auch rechtsverbindlich wird und nicht nur ein Bundesdruckwerk sein wird, und zweitens, dass auch Einrichtungen der kommunalen Überwachungskörper, die Sie heute als Vizebürgermeisterin dieser Stadt mitverantworten, herangezogen werden, um Radfahrer, die sich hier vor allem besonders auffällig und aggressiv verhalten, in Zukunft abstrafen zu können?

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Also zunächst, sehr geehrte Herr Gemeinderat, es gibt eine einzige Gruppe im täglichen Verkehr, wo ich tatsächlich mit zweierlei Maß messe, und das sind Kinder, weil sie aus dem Vertrauensgrundsatz ausgenommen sind und weil daher auf sie besondere Rücksicht zu nehmen ist. Für alle anderen Personen, das heißt, vorausgesetzt wir sprechen hier von erwachsenen Personen, die nicht aus dem Vertrauensgrundsatz auszunehmen sind, gibt es keinerlei zweierlei Maß meinerseits. Ich erwarte von jedem Einzelnen von uns rücksichtsvolles, faires Verhalten und zwar nicht nur im Verkehr, sondern darüber hinaus in allen Lebenssituationen, aber ich gehe ja auch davon aus, das ist eine Binsenweisheit. Das erwarten wir doch hoffentlich alle. Wenn es jetzt darum geht, wie gehen wir damit um, dass es trotzdem, wie gesagt, diese Rücksicht und diese Fairness im Alltag immer wieder nicht gibt? Einmal mehr, wenn es darum geht, Maßnahmen gegen strafbares, konkret strafbares Verhalten zu ergreifen, das ja auch in der Straßenverkehrsordnung normiert ist. In der Straßenverkehrsordnung steht sehr wohl, dass man nicht rasen darf. Es steht sehr wohl, dass man nicht drängeln darf. Es steht sehr wohl, dass man Motorräder und Fahrräder nicht schneiden darf. Es steht sehr wohl, dass man nicht mit dem Handy telefonierend Autofahren darf. Es steht, dass man nicht auf dem Gehsteig Radfahren darf. (GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Nicht Fahren mit den Stöpseln!) Danke. Es steht, dass man als Fußgänger nicht bei Rot über die Kreuzung laufen darf. Es steht sehr viel. (GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Sie messen mit zweierlei Maß!) Es steht sehr viel. Sie sehen alle Verkehrsteilnehmer, auch Fußgänger sogar, die erwachsen sind und die ganz genau wissen, was man darf und was man nicht darf, neigen immer wieder dazu, es zu missachten. Es steht daher ziemlich präzise, was man darf und was man

nicht darf. Und es steht auch, dass es strafbar ist, wenn man das tut und wir haben in diesem Land eine ganz klare Instanz für das Abstrafen solcher Handlungen. Einmal mehr, diese Instanz ist die Polizei. Und ich sage Ihnen eines: Ich stehe dazu, dass das Gewaltmonopol in einem Staat in den Händen der Polizei und nur der Polizei liegt und liegen muss. (GR Mag Wolfgang Jung: Ja, die Radfahrer!) Ich habe für Pseudopolizeien aller Art überhaupt nichts übrig. Ich will keine Kommunalpolizei, ich will keine Ausweitung der Befugnisse für Weißkappler. Es ist gut und richtig so, dass sie den ruhenden Verkehr zu überwachen haben. (GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das ist Anarchie!) Sie sind aber nicht zuständig für die Regelung anderer Aufgaben. Ich habe nichts übrig für Bürgerwehren aller Art. Ich habe nichts übrig für schlecht ausgebildete, schlecht bezahlte Pseudoor-gane, die sich dann anmaßen, zentrale Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen und die darüber hinaus auch in Situationen zu urteilen haben, in denen es sehr wohl um die Wahrung wesentlicher Bürgerinnen- und Bürgerrechte geht. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Das heißt, ich will ausreichend Polizei. Ich will eine gute Polizei. Ich will eine gut ausgebildete und eine gut bezahlte Polizei. Ich will eine Polizei, die sich sehr gut auskennt nicht nur in Fragen der Straßenverkehrsordnung, sondern in Fragen der Wahrung der Bürgerrechte und der Menschenrechte. Ich will daher eine Polizei haben, die in allen Situationen korrekt handelt. Ich will eine Polizei, die nicht auf Grund eines schlechten Personalstandes und vieler Überstunden überlastet ist. Ich will eine Polizei, die in der Stadt ausreichend präsent ist und ihre Aufgabe wahrnehmen kann. Das ist es, woran ich arbeite, nicht als Stadträtin, weil das nicht in meinem Kompetenzbereich liegt, aber seit vielen, vielen Jahren als Politikerin. Das heißt einmal mehr, für das Abstrafen von strafbaren Handlungen ist die Polizei da und sie wird von mir ersucht, auch ihre Aufgabe wahrzunehmen, überall dort, wo dies möglich ist.

Ansonsten, was, wie gesagt, besagten Knigge betrifft, so handelt es sich einmal mehr um Fairnessregeln, um Rücksichtnahme. Und Sie wissen ganz genau, lieber Herr Gemeinderat, dass man Rücksichtnahme und Fairness nicht verordnen kann und man kann sie auch nicht abstrafen dort, wo sie vorkommt. Es ist genau ein Verhalten, das es an jedem und jeder von uns liegt, es freiwillig an den Tag zu legen, weil wir Manieren haben, weil wir gut erzogen worden sind, weil wir einen guten Charakter haben, weil wir gelernt haben, andere Menschen zu respektieren und auch wahrzunehmen in ihren Bedürfnissen und in ihren Sicherheitsbedürfnissen im Alltag. Das ist es, worum es geht. Und leider, leider kann man es nicht verordnen.

So gesehen geht es nicht darum, etwas zu erarbeiten, das dann verbindlich übernommen wird – wie soll denn so etwas verbindlich übernommen werden –, worum es aber sehr wohl geht – das habe ich auch eingangs erwähnt –, ist, diese Fairnessregeln, die wir hoffentlich gemeinsam erarbeiten werden, im eigenen Wirkungsbe-reich zu bewerben. Und ich bin überzeugt davon, wenn

die Autofahrerklubs mit ihren eigenen Medien und Publikationen im eigenen Bereich dafür werben, wenn die Motorradfahrerklubs im eigenen Bereich werben, wenn die Radfahrerinitiativen, die übrigens ebenfalls über eigene Medien verfügen, das übernehmen und massiv bewerben im eigenen Bereich – etwa im Zusammenhang mit dem Anliegen, das Ihnen so sehr am Herzen liegt, nämlich nicht auf dem Gehsteig fahren –, wenn die Stadt Wien das mit einer Fairnesskampagne auch noch zusätzlich unterstützt, in der angesprochen wird, worauf es ankommt (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Nicht mit dem Handy telefonieren!*) – ja, genau das alles, nicht mit dem Handy telefonierend, nicht drängelnd, nicht rasend, nicht auf dem Gehsteig fahren und vieles andere mehr, was wichtig ist –, wenn wir aufhören, auf eine einzelne Gruppe zu fokussieren und zu sagen, die sind schuld an allem, wenn wir endlich begreifen, einmal mehr, dass auch in diesem Fall der Mensch im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen muss und dass es gilt, mit einer Kampagne möglichst alle zu erreichen, dann bin ich überzeugt davon, dass wir die Probleme nicht gelöst haben, aber dass wir einer Lösung einen Schritt nähergekommen sind. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 4. Anfrage (*FSP - 02664-2011/0001 - KGR/GM*) wurde von Frau GRin Mag Martina Wurzer gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. (*Sehr geehrter Herr Stadtrat! Welche Konsequenzen leiten Sie aus den Ergebnissen des ersten Wiener Lesetests ab und welche Maßnahmen zur Förderung der Lesekompetenz sind für das kommende Schuljahr und darüber hinaus konkret geplant?*)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Sie fragen nach den Wiener Lesetests. Die Wiener Lesetests sind ja eine Maßnahme, die bei der Wiener PISA-Konferenz im Anschluss und als erste Maßnahme als Reaktion auf die sehr enttäuschenden und nachdenklich machenden Ergebnisse der PISA-Studie ins Leben gerufen wurde und eine Konferenz war, zu der nicht nur alle SchulpartnerInnen geladen waren, sondern auch die Partner und Partnerinnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Konferenz hat eben als erste Maßnahme die Wiener Lesetests vereinbart.

Die Details dazu – ich glaube, ich kann es mir jetzt in diesem Kreis ersparen, sie noch mal bekannt zu machen – wurden ja von der amtsführenden Präsidentin sowie dem BIFIE-Direktor Dr Haider präsentiert, aber unterscheiden sich in den Eckdaten, in Detaildaten durchaus nicht maßgeblich von der PISA-Studie.

Die PISA-Ergebnisse selbst, die für ganz Österreich – und ich betone das auch bewusst – ernüchternd waren, müssen natürlich Anlass sein, entsprechende Maßnahmen zu setzen, und als besonders problematisch stellte sich eben die Kompetenz im Bereich des Lesens dar. In diesem Bereich haben wir uns im letzten Viertel der entsprechend untersuchten Länder gesehen.

Der Wiener Lesetest für die SchülerInnen der 4. und

8. Schulstufe wurde, vom BIFIE unterstützt, vom Stadtschulrat durchgeführt, um den SchülerInnen, LehrerInnen, aber natürlich auch den Eltern eine genauere Orientierungshilfe zu geben, als PISA das kann. PISA war ja eine Studie, die sich nur an ausgewählte SchülerInnengruppen gerichtet hat. Im Unterschied dazu waren die Wiener Lesetests für alle Schülerinnen und Schüler der entsprechenden Schulstufen vorgesehen und geben daher sehr individuell den Eltern, Lehrern und Schülern entsprechende Auskunft über die Kompetenz im Bereich des Lesens und damit eine klare Information darüber: Wo stehe ich? Wo steht mein Kind? Wo steht meine Schülerin und wo steht mein Schüler? Auf Basis dieses Tests können natürlich entsprechend gezielte Maßnahmen gesetzt werden, um die Lesekompetenz bei Kindern und Jugendlichen zu steigern, vor allem natürlich bei jenen, die sie dringend benötigen.

Ein im Zuge der PISA-Konferenz Wien ins Leben gerufener Beirat mit den Interessenvertretungen von Wirtschafts- und ArbeitnehmerInnenseite, also Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund, hat darüber hinaus klar gezeigt, dass alle am Wiener Schulwesen Beteiligten gewillt sind, hier tatsächlich an einem Strang zu ziehen, und so werden die Ergebnisse des Lesetests sowie weitere Anstrengungen zur Förderung der Lesekompetenz auch in diesem Beirat besprochen und entsprechend abgestimmt.

Diese Lesetests sind nun tatsächlich, vor allem natürlich für das kommende Schuljahr, als erste unmittelbare Maßnahme ein entsprechender Anlass für eine große Zahl von Maßnahmen, deren Ziel die Förderung und die Stärkung der Lesekompetenz bei den Wiener Schülerinnen und Schülern ist. Und genau solche Maßnahmen wurden ja auch in den vergangenen Monaten im Rahmen einer Sonderkommission – wir haben sie „SOKO Lesen“ genannt – erarbeitet.

Ziel war und ist es, dass auf Basis eines Aktionsplans an allen Schulen lesefördernde Projekte verwirklicht und spezielle Förderhilfen für leseschwache SchülerInnen angeboten werden.

Wir haben darüber hinaus in Wien, unabhängig von den entsprechenden Lesetests, mit noch einer Maßnahme einen sehr großen Erfolg erzielen können, vor allem auch im Bereich eines ehrenamtlichen Engagements, nämlich mit unserem Projekt der LesepatInnen, einem Projekt, wo ich vor rund einer Woche die Gelegenheit hatte, 300 LesepatInnen Danke zu sagen für ihr Engagement in den Schulen. Besonders erfreulich war es eigentlich, dass diese 300 Personen – gemeldet haben sich ja insgesamt über 500, die im kommenden Jahr schon flächendeckend in den Schulen im Einsatz sein werden –, dass jeder einzelne Lesepate, jede einzelne Lesepatin, bei denen ich mich auch an dieser Stelle sehr herzlich bedanken möchte für ihr Engagement, die Bereitschaft signalisiert haben: Wir wollen wieder dabei sein, wir wollen hier weitermachen!

Es ist dies ja ein Projekt, das von den Kindern gut angenommen wird, das gleichzeitig auch Bevölkerungsgruppen, die mit Schule nicht mehr so intensiv in Kontakt

sind, das Engagement von Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen klar und eindrucksvoll zeigt. In erster Linie sind es Pensionistinnen und Pensionisten, aber nicht nur, die bereit sind, eben in diesem Bereich zu unterstützen.

Darüber hinaus werden wir als Konsequenz aus den Lesetests als ersten Schritt an den 5. Schulstufen mit dem Beginn des kommenden Schuljahres flächendeckend eine spezielle Startwoche Lesen haben, um damit auch klar zu signalisieren, wie wichtig Lesen und Lesekompetenz sind, quer über alle Fächer. Das heißt, es soll hier von Anfang an, vor allem in jener Zeit, in der der Lernstress, Prüfungsstress noch nicht so groß ist, sowohl den Schülerinnen und Schülern, aber auch vielen Lehrerinnen und Lehrern bewusst gemacht werden: Es gilt, in der Zukunft dem Lesen ein spezielles Augenmerk zu widmen. Dies dient als Sofortmaßnahme, um bereits zu Schulbeginn eben auf diesen Schwerpunkt entsprechend vorzubereiten.

Im Zuge dieses Projekts werden bereits die ersten Schritte auch für gezielte Förderung von leseschwachen Kindern gesetzt, also hier greift auch die zusätzliche Unterstützung durch unsere LesepatInnen. Es geht ja nicht um eine, sage ich einmal, Lese- oder Vorlese- oder sonst irgendeine Stunde für die Klasse, wo halt irgendwie ein ehrenamtlicher Mitarbeiter kommt, der in diesem Bereich engagiert ist – viele davon sind ja auch pensionierte Lehrerinnen und Lehrer –, sondern es geht beim Projekt LesepatInnen tatsächlich um zusätzliche Unterstützung für all jene Kinder, bei denen die Lehrerinnen und Lehrer – hier ist der Lesetest natürlich eine gute zusätzliche Unterstützung – ein entsprechendes Defizit festmachen können. Diesen Kindern soll eine entsprechende zusätzliche Förderung gegeben werden.

Genau für diese Gruppe, aber auch für die leseschwachen Schülerinnen und Schüler der 6. bis 9. Schulstufe wird direkt nachfolgend ein Intensivkurs Lesen in lernunterstützenden Kleingruppen angeboten, und parallel zu diesen Maßnahmen gibt es in allen Unterrichtsfächern begleitende Leseförderungen.

Für Kinder, die erst später in unser Schulwesen eintreten, zugleich aber auch entsprechende Defizite in Deutsch besitzen, werden sogenannte zusätzliche Crash-Kurse eingerichtet. Ziel dieser Kurse, die wir ja bereits im, wenn man so will, Laborbetrieb im heurigen Jahr auch entsprechend getestet haben, ist es, dass durch sechs- bis achtwöchige Intensivübungen und lebenspraktische Beispiele die Sprach- und somit auch die Kommunikationskompetenz im alltäglichen Leben rasch verbessert werden. Dies ist natürlich eine weitere wichtige Grundlage für den Bereich Lesen.

Zu all diesen Maßnahmen werden von der SOKO Lesen auch die entsprechenden Lehr- und Lernmaterialien beziehungsweise Vorschläge entwickelt. Wir haben allen Kindern und Eltern parallel mit dem individuellen Testergebnis des Lesetests auch Ferienbroschüren mitgegeben, abgestimmt auf 1. bis 4. beziehungsweise 5. bis 8. Schulstufe, mit entsprechenden Lesetipps, Anregungen, um hier auch die Sommermonate zu nutzen.

Wir haben darüber hinaus natürlich auch das Ange-

bot der städtischen Büchereien sehr intensiv in den Fokus gestellt, weil wir wissen, dass natürlich gerade die Ferienmonate gute Monate sind, in denen zusätzlich Angebote in Anspruch genommen werden können.

Unabhängig von all diesen Neuerungen werden selbstverständlich die Sprachförderkurse für außerordentliche SchülerInnen unverändert in entsprechend großer Zahl weitergeführt.

Ich glaube, dass die Lesetests eine wirklich gute Grundlage sein werden, vor allem auch deshalb, weil ich überzeugt bin, dass gerade auch die Lehrerinnen und Lehrer, vor allem in der Zeitreihe dieser Lesetests, in die Lage versetzt werden, selbst zu erkennen: In welchen Bereichen habe ich gut gearbeitet? Mit welchen Methoden habe ich Erfolge erzielt und mit welchen vielleicht weniger?

Also ich glaube, der Lesetest ist – und das ist ja auch wichtig gewesen für uns – keine punktuelle Maßnahme, wo wir sagen, wir testen jetzt alle, und das war's dann, sondern es finden diese Lesetests ja zukünftig jährlich statt, um damit auch den Lehrerinnen und Lehrern ein bisschen ein Instrumentarium in die Hand zu geben, selbst feststellen zu können: Wo habe ich gut gearbeitet? Was war vielleicht gut gemeint – was ja nicht immer automatisch mit gut gleichzusetzen ist –, und wo hat vielleicht eine Maßnahme nicht gegriffen?

Daher halte ich gerade diese Standardisierung für wesentlich – wir haben ja bei den Lesetests auch auf Standardisierungen internationaler Art zurückgegriffen, und hier gibt eben die entsprechenden Standardisierungen für die 4. beziehungsweise 8. Schulstufe, um hier Vergleichbarkeiten auch für die Zukunft zu haben –, damit wir mit diesen Lesetests einfach für die Zukunft sicherstellen können, dass es eine überprüfbare gute Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer gibt und der Lehrer und die Lehrerin, natürlich auch Eltern und Schüler, durch das entsprechende individuelle Feedback in die Lage versetzt werden, ihre eigene Arbeit zu hinterfragen und gegebenenfalls auch zu verbessern.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 1. Zusatzfrage wird von Frau GRin Mag Wurzer gestellt.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Vielen Dank, für die bisherige Beantwortung. Seit gestern liegt ja auch die Zusatzuntersuchung der PISA-Studie vor, das Lesen elektronischer Medien betreffend, und auch da haben wir wieder dasselbe Ergebnis, wie wir es schon kennen. Die Zahl der RisikoschülerInnen ist im OECD-Vergleich besonders hoch, aber auch die Zahlen der guten, der bestleistenden SchülerInnen besonders niedrig im OECD-Vergleich.

Ich bin ja der Meinung, dass das starre Festhalten am Frontalunterricht, an dieser militärischen Form des Unterrichts ein Grund dafür ist, warum gerade das sinnfassende Lesen in Österreich so wenig und so schlecht ausgeprägt ist.

Was können wir seitens der Stadt Wien den PädagogInnen anbieten, um hier Methodenvielfalt zu entwickeln, um andere Unterrichtsformen anzugehen? – Danke.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also ich glaube, dass eine ganz wichtige und wesentliche Grundlage und ein wichtiger Schlüssel letztendlich auch in den derzeit laufenden Diskussionen über einerseits das Dienstrecht, aber natürlich auch die entsprechenden Ausbildungsmodelle für PädagogInnen liegt. Wir haben ja gerade auf der Pädagogischen Hochschule Wien in den vergangenen Jahren bereits sehr intensiv einen sehr starken Schwerpunkt im Bereich der Aus- und Weiterbildung für reformpädagogische Ansätze gelegt. Wenn man sich das Kursprogramm der Pädagogischen Hochschule ansieht, kann man feststellen, dass man für alle pädagogischen Bereiche eigentlich entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildung finden kann und die auch gut in Anspruch genommen werden.

Wenn man die Wiener Schulen besucht, und ich glaube, das sollte man nicht übersehen, dann wird man dort feststellen, dass sich Lernen entgegen auch der unmittelbar landläufigen Meinung doch sehr stark weiterentwickelt hat und viele dieser reformpädagogischen Ansätze sich ja auch in der täglichen Arbeit der Wiener Lehrerinnen und Lehrer bereits tatsächlich wiederfinden.

Das, was wir nicht gewohnt sind, ist eben – und ich glaube, hier ist der Lesetest etwas ganz Wesentliches, neben vielen anderen wichtigen Reformschritten im Bereich der Bildungspolitik, die in den letzten Jahren gesetzt werden konnten – eine gewisse Standardisierung und Überprüfbarkeit, wie sich welche Maßnahme, welcher pädagogischer Zugang, welches Projekt wie für die Schülerinnen und Schüler auswirkt. Aber auch angesichts einer gewissen Skepsis, die natürlich auch bei solchen Dingen immer wieder formuliert wird, muss man feststellen, dass diese standardisierten Überprüfungen ein wesentlicher Grundpfeiler all jener Bildungssysteme sind, die gerade bei PISA oder vergleichbaren Tests – man muss jetzt nicht immer über PISA reden – eine entsprechende Grundlage darstellen, weil sie einfach eine gewisse Vergleichbarkeit und Überprüfbarkeit möglich machen. Zentralmatura und viele andere Maßnahmen sind ja auch Schritte in diese Richtung, die meiner Ansicht nach wichtig sind.

Wir sind das in Österreich nicht gewohnt, aber ich glaube, hier liegt ein weiterer wichtiger Schlüssel neben dem von Ihnen sicher als wichtig bezeichneten Bereich. Wir haben uns hier ja gerade auch vorgenommen, verstärkt mit der Pädagogischen Hochschule zusammenzuarbeiten, um noch stärker diesen reformpädagogischen Angeboten beziehungsweise Ansätzen Platz und Raum in der Aus- und Weiterbildung zu geben.

Also bleibt zu hoffen – ich denke aber, dass das nicht isoliert gesehen werden sollte –, dass insgesamt die Frage der Ausbildung für den pädagogischen Sektor einer wirklichen Neuordnung unterzogen werden kann. Die derzeit zumindest einmal über die öffentlich zugänglichen Stellungnahmen bekannten Inhalte lassen mich durchaus optimistisch sein. Also ich glaube, da gelingen wirklich wichtige und wesentliche Schritte.

Aber all das ist im Verbund zu sehen, und ich glaube, keine einzelne Maßnahme – da soll man sich keiner Illusion hingeben – wird hier tatsächlich einen kurzfristi-

gen sofortigen Switch bringen können, sondern wir brauchen hier ein Zusammenspiel, bessere Ausbildungen, neue Strukturen im Bildungssystem, ganztägige Schulformen und vieles andere mehr.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 2. Zusatzfrage stellt Herr GR Nepp.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Es sind ja Schummelfälle aufgetaucht im Rahmen dieses Lesetests, weil der Test eben so abgegeben wurde, wie es, wenn man den Schülern den vorgegebenen Zeitraum gelassen hätte, eben nicht möglich gewesen wäre. Die Meldung vom Stadtschulrat war dann, dass die Lehrer nicht gewusst haben, wie viel Zeit sie den Schülern zur Verfügung stellen mussten.

Jeder weiß allerdings auch, dass natürlich die Ergebnisse eines Lesetests einer Schule sich herumsprechen und dass das auch für die Anmeldezahlen der Schüler für die nächsten Jahre verhängnisvoll sein kann. Man sieht, der Konkurrenzdruck zwischen den Schulen war enorm. Selbst unter den Klassen war dieser Konkurrenzdruck schon enorm.

Und darum meine Frage: Können Sie ausschließen, dass weitere Fälle des Schummelns ans Tageslicht kommen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Angesichts der Tatsache, dass der von Ihnen angesprochene kolportierte Fall des Schummelns, den es an einer Schule gegeben hat, bei einer Testung von rund 35 000 Schülerinnen und Schülern im Vergleich sehr wenig ist – ich nehme jetzt nur ein bisschen meine Historie her, die ist zwar 35 Jahre her, aber ich glaube, soviel Realitätsverweigerung sollten wir alle nicht begehen, dass wir nicht wüssten, dass Schummeln ein gewisser Bestandteil der Schule ist –, das Bemerkenswerte dabei ist, da ist man draufgekommen. Wir kennen, glaube ich, alle viele Fälle, wo man nicht draufgekommen ist. Aber gerade das macht diesen Test ja auch aus, dass es hier gut feststellbar ist.

Das heißt, von mir zu verlangen festzustellen, ob es bei 35 000 Schülern irgendwo einen Schummelfall gegeben hat oder nicht, ist für mich nicht zentral, denn zentral ist für mich in erster Linie letztendlich, im Zeitverlauf eine Vergleichbarkeit herzustellen im Bereich der Lesekompetenz, um zu sehen: Greifen Maßnahmen, die wir setzen, oder greifen sie nicht? Das kann durchaus auch unangenehm sein. Im nächsten Jahr machen wir den Test, und er ist vielleicht nicht einmal um einen Zehntel Prozentpunkt besser. Aber dann weiß ich wenigstens, ob die Maßnahmen greifen oder nicht. Und ob darunter irgendwer sein sollte, der geschummelt hat oder nicht, ist bei 35 000 wahrscheinlich irrelevant, ich gehe aber davon aus, dass alle Lehrerinnen und Lehrer das größte Interesse haben und vor allem auch die Schülerinnen und Schüler letztendlich ein großes Interesse haben werden, dass diese Tests weiterhin gut ablaufen.

Aber wenn man sich die Quantität anschaut, was es da real in einer entsprechenden Klasse oder Schule gegeben hat, dann muss man sagen, dass es im Vergleich dazu wirklich eine vernachlässigbare Größe ist,

sowohl statistisch als auch methodisch für den Lesebereich. Denn, noch einmal, und das ist ganz wichtig: Die Ergebnisse unterscheiden sich ja nicht.

Ich würde Ihre Kritik verstehen, wenn der Wiener Lesetest herausgebracht hätte: Eigentlich haben wir keine Risikoschüler, in Wien sind wir eh super, und wir haben, im Gegensatz zu acht anderen Bundesländern, ganz andere Voraussetzungen. Sie unterscheiden sich nicht. Also kann man sehen, dass bei so einer Quantität Schummeln nicht ausgeschlossen werden kann, man soll daraus aber nicht eine große Dimension machen, denn ich glaube, es würde sich jeder in die Tasche lügen, wenn er nicht wüsste, dass das halt auch einen Bestandteil des Schülerlebens darstellt.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 3. Zusatzfrage wird von GR Dr Aigner gestellt.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Vielen Dank.

Herr Stadtrat, ich möchte zu Beginn, bevor ich zu meiner Frage komme, nur das zurückweisen, was die grüne Kollegin da in den Raum stellt, dass in österreichischen Schulen militärische Strukturen herrschen. Es fehlt ja gerade noch, dass behauptet wird, dass in den Schulhöfen im Turnunterricht exerziert wird. Ich glaube, Sie sind auch noch nicht in der Realität angekommen. Es wird in Kleingruppen gearbeitet, es gibt Teamworks, es gibt Projektmanagement und so weiter. Also ich glaube, Sie sollten mit Ihrer Propaganda die Kirche im Dorf lassen.

Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass die GRÜNEN den Kindern die Schulferien nicht gönnen, dass sie eigentlich quasi militärische Kasernen und Internatsstrukturen herbeireden wollen, gerade vor dem Hintergrund, dass vor Kurzem mit einer internationalen Vergleichsstudie hervorgekommen ist, dass die österreichischen Schulferien im Mittelfeld liegen und dass Länder wie Finnland bei Weitem längere Ferien haben. Das ist nur ein Beisatz, der mir gestattet sein möge.

Herr Stadtrat! Wir begrüßen es, wenn es Tests gibt, wenn es auch standardisierte Tests gibt. Es soll natürlich auch die Schulautonomie nicht zu kurz kommen. Dass dann als Reaktion auf die Tests auch individuelle Maßnahmen getroffen werden, ist auch etwas ganz Wichtiges.

Meine Frage an Sie: Gibt es Bestrebungen oder ist geplant – Sie haben ja auch vom Feedback für die Lehrer gesprochen –, sich ein bisschen auch eine Korrelation zwischen den Testergebnissen und der dazugehörigen Deutschnote anzusehen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also es steht jetzt einmal für mich zentral im Mittelpunkt der Lesekompetenz, den Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Eltern ein unmittelbares Feedback für diesen Bereich und eine sehr individuelle Beurteilung zu geben.

Ich will jetzt nicht die Notendiskussion beginnen, aber wir alle wissen, dass die Note natürlich – und ich sage das auch als betroffener Vater – als solches zwar ein

bisschen ein Hinweis ist, aber eigentlich jetzt für den Bereich des Lesens im Speziellen oder auch für bestimmte Bereiche in völlig anderen Fächern natürlich nur sehr, sehr bedingt aussagekräftig ist. Gewisse Korrelationen wird es da geben, aber es geht ja hier speziell um den Bereich Lesen.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass gerade hier natürlich auch der Vertraulichkeit der Daten entsprechend hohe Aufmerksamkeit geschenkt wurde, dass sich also der Datenaustausch tatsächlich nur im Bereich Eltern, Schüler und Lehrer bewegt und es hier nicht – das vielleicht auch noch zur vorhergehenden Frage als zusätzliche Anmerkung – zu Vergleichen, Rankings oder sonst was bei Schülerinnen und Schülern und bei den Schulen kommt.

Das war mir ganz besonders wichtig, damit eben genau der hier angesprochene Konkurrenzdruck nicht entsteht, sondern der Test soll sehr individuell dem Lehrer die Möglichkeit bieten einzuschätzen, was habe ich zusammengebracht, der Schüler soll einschätzen können, wo stehe ich, und vielleicht kann auch der eine oder andere Elternteil erkennen, es gibt hier Defizitbereiche, denen ich vielleicht ein spezielleres Augenmerk widmen sollte.

Also es geht mir hier wirklich um den Bereich Lesen, es geht hier nicht um eine Zusatzbeurteilung, eine zusätzliche Schularbeit, die dann in Korrelation mit den entsprechenden sonstigen Noten zu sehen ist, sondern um eine sehr spezielle zusätzliche Orientierungshilfe für alle am Schulgeschehen Beteiligten, nicht mehr und nicht weniger, aber es soll jetzt nicht eine Zentralschularbeit in der 4. Schulstufe werden. Ich glaube, gerade durch die lockerere Herangehensweise, die ich ja an vielen Schulen erlebt habe und wo ich von vielen Schulen auch das entsprechende Feedback bekommen habe, hat sich der Lesetest maßgeblich von einer Schularbeit unterschieden. Das möchte ich auch weiterhin beibehalten, das ist mir ganz besonders wichtig dabei.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die letzte Zusatzfrage wird abermals von der Frau GRin Mag Wurzer gestellt.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Wie entgegnen Sie der Kritik oder zumindest der Frage nach dem Zeitpunkt der Lesetests, nämlich am Ende der 4. und 8. Schulstufe, wo man auf das erste Hinschauen sich denkt, das ist genau am Ende der jeweiligen Schuleinheiten, also am Ende der Volksschule in einem Fall – das wird dann sozusagen als Rucksack in die nächste Schulform mitgegeben – und am Ende der 8. Schulstufe, wo das häufig in die Oberstufe mitgegeben wird oder in die 9. Schulstufe. Das wirkt auf das erste Hinschauen als unpassender Zeitpunkt, um noch Sofortmaßnahmen ergreifen zu können. Also mir würde spontan eher einfallen, zumindest am Anfang der 4. Schulstufe oder in der 3. Schulstufe zu testen, um am Schulstandort noch Maßnahmen ergreifen zu können.

Wie reagieren sie auf diese Kritik?

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Gerade die Frage des Zeitpunkts der Testung war durchaus eine, die sehr intensiv vor allem auch mit den Expertinnen und Exper-

ten diskutiert wurde. Der Grundansatz dabei war – und darum habe ich auch im Einleitungsstatement bereits darauf hingewiesen –, den Lesetest natürlich vor allem nicht als Studie, als Untersuchung, sondern als schulische Maßnahme zu sehen und damit vor allem auch im Bereich der Zeitreihe ein wenig vergleichbare Ergebnisse zu bekommen, vergleichbare Ergebnisse natürlich aber auch nach entsprechenden internationalen Standardisierungen feststellen zu können. Es gibt international jedoch keine Standards für die 3. oder 6. oder 7. Schulstufen, sondern es sind die 4. und 8. Schulstufen. Das heißt, wir sind damit letztendlich in die Lage versetzt, den Ergebnissen nicht nur individuell mit den Schülerinnen und Schülern und den entsprechenden flächendeckenden Fördermaßnahmen entgegenzuwirken, sondern wir können auch sehen, ob es im internationalen Vergleich Bereiche gibt, in denen wir größere Defizite haben. Lesen ist auch nicht ein monolithischer Block, sondern hier gibt es, wie wir und Sie auch richtigerweise festgestellt haben, auch noch unterschiedliche Bereiche, und auch da können wir sehen, wie wir im internationalen Vergleich stehen.

Daher hat man sich dafür entschlossen, um vor allem auch in weiterer Folge zu sehen, nämlich auch innerhalb des entsprechenden Schulsystems und vor allem in der Zeitreihe: Habe ich gute Arbeit in vier Jahren in diesen Bereichen geleistet oder nicht? Es geht eben nicht darum, jetzt zu schauen, dass wir das in der 4. Klasse noch irgendwie hinbringen, sondern durchaus auch darum, eine grundlegende Diskussion darüber führen zu können, ob im Bereich der entsprechenden Schultype – es waren ja nicht nur der Pflichtschulbereich, sondern auch AHS-Unterstufen beteiligt – dem Bereich Lesen die entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Denn wir alle wissen, viele der Maßnahmen, auch jene, die wir jetzt machen, sind natürlich Reparaturmaßnahmen. Wir brauchen eine grundsätzlich andere Herangehensweise, und hierzu dienen natürlich internationale Standards sehr gut, weil wir dann in die Lage versetzt werden, diese Schultypen auch international zu vergleichen. Daher glaube ich, dass es durchaus ein guter Ansatz war, diese Schultypen zu nehmen.

Aber ich sage auch ganz offen, man kann das immer diskutieren, das ist keine Glaubensfrage. Jetzt spricht für mich in erster Linie der Umstand sehr maßgeblich dafür, dass neben dem individuellen Feedback an Lehrer, Schüler und Eltern und damit auch der entsprechenden Aufmerksamkeit gerade vor dem Übertritt in eine nächste Schultype den Schülerinnen und Schülern eine Orientierung gegeben wird. Auch die internationale Standardisierung spricht dafür. Wir brauchen nicht das Rad neu zu erfinden, denn wenn in 30 Ländern schon diese Testungen in dieser Schultype stattfinden, dann werden wir wahrscheinlich die Weisheit nicht mit dem Löffel gefressen haben und dann nimmt man sich durchaus Best-Practice-Beispiele.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke für die Beantwortung. Bevor wir zur 5. Frage kommen, darf ich nachtragen, dass Herr StR David Lasar in der Zeit von 11 Uhr bis 14.30 Uhr entschuldigt ist.

Die 5. Anfrage (FSP - 02185-2011/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Mag Wolfgang Jung gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personals gerichtet. (Mit der letzten Regierungsumbildung wurde das Ressort eines Integrationsstaatssekretariats geschaffen. Der neue Staatssekretär erklärte in seinen ersten Stellungnahmen, unverzüglich mit allen für Integration relevanten Stellen Verbindung aufnehmen zu wollen, um deren, wie er sich ausdrückte, "Best-Practice"-Modelle für ihre Arbeit kennen zu lernen. Wien ist zweifellos größter Problemfall und damit auch wichtigster Bedarfsträger für Integration von Zuwanderern und hat auch die weitaus höchste Zahl an mit städtischen Mitteln geförderten Vereinen, die, nach eigenen Angaben, im Bereich Integrationsförderung tätig sind. Wurden vom neuen Staatssekretär zu Ihnen oder einer der Ihnen unterstellten Dienststellen schon Verbindung aufgenommen?)

Bitte um die Beantwortung.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrter Gemeinderat!

Auf Ihre Frage betreffend den neuen Staatssekretär für Integrationsfragen und seine Vorhaben und die Best-Practice-Modelle, die es in Wien gibt, darf ich Ihnen Folgendes mitteilen: Herr Staatssekretär Sebastian Kurz hatte schon Anfang Mai ein Gespräch mit dem Wiener Bürgermeister Dr Michael Häupl, um die Situation in Wien, die langjährige Erfahrung und die erfolgreichen Best-Practice-Modelle einmal zu besprechen und zu diskutieren. Er hat uns auch darüber informiert, dass 2011 von ihm geplant ist, einen Integrationsbericht zu verfassen, einen Integrationsbericht, bei dem er die Stadt dazu eingeladen hat, eben unsere Best-Practice-Modelle in diesen Bericht einzuarbeiten. Dem haben wir sehr, sehr gerne zugestimmt.

Das haben wir auch schon 2009 gemacht, denn da gab es den Nationalen Aktionsplan, wo wir als Stadt aufgefordert worden sind, diesen Plan mit den Maßnahmen aus den Ländern zu ergänzen und auch Modellprojekte zu nennen.

Nun wird dieser Nationale Aktionsplan von uns für diesen Integrationsbericht 2011 erweitert, und zwar in diese Richtung, dass wir noch vier ganz konkrete Projekte einbringen werden.

Das eine ist der Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor, den wir in unserem Integrationskonzept in der Säule Messbarkeit gemacht haben, um eben den Erfolg unserer Integrationsmaßnahmen auch messbar zu machen.

Der zweite Punkt, den wir einbringen werden, ist das Erfolgsprojekt „Start Wien“ – mittlerweile planen schon mehrere, es zu kopieren –, an dem ja 90 Prozent der NeuzuwanderInnen teilnehmen, den Bildungspass bekommen, Unterstützung bekommen für die Sprachmaßnahmen – im Bildungspass sind auch Sprachgutscheine drinnen – und Module angeboten bekommen in sieben verschiedenen Themenbereichen. Für den Besuch der Module gibt es dann auch einen Sprachgutschein, also nicht für jedes Modul, sondern für die ersten drei Module,

die besucht wurden. Das wird also auch Gegenstand in diesem Bericht sein.

Dann werden wir noch unsere Sprachförderprojekte einbringen, die wir ja sehr zielgruppenspezifisch gemacht haben. Wir sagen, Sprache ist der Schlüssel zur Integration, und der nächste Weg ist dann die eigenständige Existenzsicherung über Bildung und Arbeit. Dieses Ziel soll damit erreicht werden.

Dann wird in diesem Bericht selbstverständlich auch noch unser Projekt „Sei dabei!“ drinnen sein. Das ist ein Projekt, für das es auch sehr viele Interessenten gibt, auch aus dem Bereich des Städtebundes. Mit diesem „Sei dabei!“-Projekt sind wir in der Säule Zusammenleben den Schritt in Richtung Dialogisierung gegangen. Das ist uns ganz, ganz wichtig. Es ist ja auch in unserer Projektförderung in der MA 17 grundsätzlich so, dass der Dialog im Vordergrund steht und dass hier auch Beiträge geliefert werden. Und das soll auch da drinnen sein.

Also die Maßnahmen, die wir in diesem Bericht drinnen haben, werden sich insgesamt natürlich auf das Integrationskonzept beziehen, weil wir ja im Fundament haben, Zuwanderung klar und transparent zu regeln, es ist die Zuwandererkommission – auch die werden wir noch genauer erläutern mit dem Herrn Staatssekretär –, es sind die Sprachensäule, die Bildungs- und Arbeitsmarktsäule, die Zusammenlebensäule und die Messbarkeitssäule.

Ich denke mir, der Herr Staatssekretär ist das Ganze sehr engagiert angegangen und hat sich auch gleich einmal mit Wien in Verbindung gesetzt. Wir haben ein sehr hohes Interesse, das Thema Integration auf einer sehr versachlichten Ebene anzugehen, um diese Herausforderung Integration gut zu bewältigen, auch gemeinsam mit dem Bund zu bewältigen. Wir sind da, glaube ich, auf einem sehr, sehr guten Weg.

Ich gebe es auch zu, ich finde es super, dass es jetzt einen Integrations-Staatssekretär gibt, wenn er auch aus meiner Sicht am falschen Platz ist.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn GR Mag Wolfgang Jung gestellt.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender!

Zunächst einmal danke für die sehr ausführliche und – was nicht immer der Fall ist bei manchen Fragen, die wir stellen – sachliche Antwort. Sie war sehr umfassend. Ich werde das dann teilweise im Protokoll nachlesen müssen, um diese ganzen Maßnahmen dann auch in weiterer Folge mitverfolgen zu können.

Eine grundsätzliche Frage der Integration – wir haben das ja immer wieder in der Debatte – ist die Frage der Deutschkenntnisse, und da sagt der Herr Bürgermeister in einem Artikel in einer Wiener Wochenzeitung: „In Wien wird Bildung großgeschrieben.“ Und er sagt ausdrücklich: „Es ist bereits sichergestellt, dass kein Kind ohne entsprechende Deutschkenntnisse vom Kindergarten in die Schule wechselt.“ Also, es ist sichergestellt, dass kein Kind in die Schule wechselt, das nicht Deutsch kann.

Nun haben wir völlig andere Ergebnisse von den

Volksschullehrerinnen vorliegen. Die Problematik besteht bei den Deutschkenntnissen, wie gesagt, in der Masse bei Kindern, die aus dem Integrationsbereich sind. Haben Sie da eine Umfrage oder eine Statistik, die das bestätigt? Denn das, was wir, wie gesagt, von den Lehrern zu hören kriegen, ist was anderes.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: In diesem Bereich ist es sehr gefährlich zu pauschalieren, denn die Aussage stimmt. Es stimmt die Aussage, dass ein Kind, das in einen Wiener Kindergarten gegangen ist und in die Schule wechselt, Deutsch kann.

Was Sie hier aber ansprechen, ist – und die Situationen gibt es sehr wohl auch –, dass wir natürlich im gesamten Bildungssystem immer wieder SeiteneinsteigerInnen haben. Das heißt, habe ich ein Kind im Kindergarten, dann ist der Kindergarten integrationspolitisch, bildungspolitisch ein ganz, ganz wichtiger Schritt und bereitet die Kinder auch sprachlich, aber nicht nur sprachlich, sondern auch sozial, motorisch et cetera, et cetera auf die Schule vor. Das heißt, habe ich ein Kind mit nicht-deutscher Muttersprache, das in den Kindergarten geht und überwechselt in die Volksschule, dann hat dieses Kind dieselbe Ausgangsposition und dieselben Chancen und wird auch keine Probleme im Unterricht haben.

Habe ich ein Kind, das aber zum Beispiel nicht in den Kindergarten gegangen ist, sondern ein Seiteneinsteiger ist, vielleicht nicht einmal im ersten Jahr, sondern im zweiten Jahr ein Seiteneinsteiger ist, dann habe ich natürlich zu tun, dieses Kind sehr rasch sprachfit zu machen. Da gibt es aber auch natürlich immer wieder.

Das ist jetzt das Regelsystem: vom Kindergarten in die Schule, von der Schule dann in die – aus meiner Sicht am besten, aber gut – gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen. Das wäre der Schulweg.

Und dann hast du aber die SeiteneinsteigerInnen. Da hast du im Kindergarten Maßnahmen, und es gibt natürlich auch in den Schulen Maßnahmen. Das sind nicht nur die FremdsprachenlehrerInnen, die da begleiten, sondern da gibt es natürlich auch im Schulsystem genug Initiativen, Projekte, Modelle, Elternarbeit, zusätzlichen Sprachförderunterricht et cetera, et cetera, um dieses Defizit, das das Kind hat, ganz, ganz schnell wettmachen zu können.

Wir haben, um das zu belegen, was hier die klare Aussage ist, nämlich es geht kein Kind, das im Kindergarten war, in die Schule und kann nicht Deutsch, Statistiken insofern, dass wir ja die Sprachstandserhebungen machen. Das ist ja in unserem 1+1-Modell eine Grundlage dafür, dass sich die Schule eben über die Kinder ein Bild macht.

Worauf man auch noch aufpassen muss, ist – das ist in der Sprachstandserhebung ganz vehement herausgekommen –, dass es kein migrantisches Problem ist. Es gibt viele Kinder mit Sprachproblemen, die keinen Migrationshintergrund haben.

Ich möchte nur zum Abschluss noch eine Sache erzählen. Ich habe einen Sohn, der ist gerade Taferlklassler. Er war im Kindergarten und ist mit vielen Kindern aus

dem Kindergarten in diese 1. Klasse gekommen. Aber natürlich sind auch andere Kinder dazugekommen, und es gibt einen sehr hohen MigrantInnenanteil in der Klasse. Aber das Schöne war: Zu Weihnachten haben sie alle miteinander lesen können und gemeinsam ein Theaterstück gespielt. Und das ist einfach super. Das ist einfach eine ganz normale supertolle öffentliche Schule, ein super bemühter Lehrkörper, und das zeigt eben, dass es stimmt: Wenn die Kinder vom Kindergarten in die Schule gehen, dann geht das.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Dr Mayer gestellt.

GR Dr Alois **Mayer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Frau Stadträtin, die vielen erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Stadt Wien, gemeinsam mit der Zuwandererkommission, sind eine Erfolgsgeschichte. Wie wird das Ergebnis behandelt beziehungsweise wie wird die weitere Vorgangsweise sein?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Die Zuwanderungskommission gibt es ja jetzt schon seit zwei Jahren, und wir, die SPÖ, haben uns jetzt in einem breiten Bündnis gemeinsam mit der ÖVP, den GRÜNEN entschieden, diese Zuwanderungskommission fortzuführen, und zwar jetzt nicht auf ein Jahr oder auf zwei Jahre, sondern wir haben uns ausgemacht, wir machen das jetzt für die gesamte Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates und sind mit der Zuwanderungskommission übereingekommen, dass deren Mitglieder weiter als ExpertInnen zur Verfügung stehen.

Und das ist das Wunderbare. Man muss sich vorstellen, diese Kommission hat eine hohe Expertise, arbeitet einzelne Themenbereiche aus, in Zukunft auch in sogenannten Expert Units, die ganz besondere Herausforderungen der Integration betreffen, wie zum Beispiel eben – wir haben es gerade besprochen – den Spracherwerb. Da soll es eben auch möglich sein, dass wir uns mit den ExpertInnen anschauen: Was braucht die Stadt? Was muss die Kommune noch beitragen? Was kann die Kommune leisten, um sozusagen diese Herausforderung zu bewältigen? Aber sie wird eben auch permanent begleitet von diesem politischen Bündnis, wo es darum geht, auf einer sehr, sehr versachlichten Ebene das Thema der Integration gemeinsam zu bewältigen und besprechen.

Das ist eigentlich der Kern dieser Zuwanderungskommission: Versachlichung und Expertise und sozusagen ein Brain-Trust zu sein, viele gute Ideen einzubringen, über den Tellerrand in andere europäische Städte zu schauen, sich international anzuschauen, was sich da tut, was andere Städte machen, und uns auch Vorschläge zu machen. Ziel ist es – das geht natürlich sehr stark auch in die Wirtschaft hinein –, die besten Hände und Köpfe für Wien zu gewinnen.

Ich glaube, da sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg, und ich weiß auch von anderen Ländern, ich weiß auch von anderen Bundesländern, die sehr interessiert daran sind, wie wir in der Zuwanderungskommission

arbeiten.

Ich werde im Juli auch ein Gespräch mit dem Herrn Staatssekretär Kurz haben, bei dem ich sicher auch versuchen werde, diesen Wiener Weg einzubringen, denn unser Ziel wäre es, dass es auch auf der Bundesebene eine solche Zuwanderungskommission gäbe, weil natürlich viele, viele Maßnahmen, Richtlinien, Handhabungen des Themas auf der Bundesebene rechtlich verankert sind.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 3. Zusatzfrage wird gestellt von Frau GRin Ing Leeb.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Zunächst einmal möchte ich mich für das Lob bedanken, das Sie dem Sebastian Kurz hier gezollt haben. Ich werde es ihm gerne ausrichten.

Sie haben davon gesprochen, dass im Vordergrund der Integrationspolitik der Dialog und das Fördern stehen. Das kann ich nur vollinhaltlich unterstützen. Sie haben auch davon gesprochen, dass Sie die Dinge gemeinsam mit dem Bund angehen wollen. Ich glaube nur, dass ein Aspekt bei Dialog und Fördern ein bisschen unter den Tisch fällt. Das vermissen wir in Wien. Da, wo gefördert wird, muss auch ganz klar eingefordert werden, nämlich der Wille, diese Maßnahmen auch anzunehmen.

Es ist geplant, dass Integrationsprojekte und Vereine, die hinkünftig vom Bund subventioniert werden – das ist auf eine Initiative von Staatssekretär Kurz zurückzuführen –, an Leistung gebunden sind, an Eigenleistung und in die Richtung Eigenverantwortung gehen.

Und wenn Sie davon sprechen, dass Sie die Dinge gemeinsam mit dem Bund angehen wollen, jetzt meine Frage: Werden auch in Wien Leistung und Eigenverantwortung in Hinkunft ausschlaggebend für Subventionen in Wien werden, oder soll auch in Hinkunft nach einem – wie wir es ja jetzt erleben – Gießkannenprinzip subventioniert werden und auch die Nähe zur SPÖ entscheidend sein für die Höhe der Subvention?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Also zuerst einmal muss ich mich dagegen verwehren, dass es die Parteinähe ist, die ausschlaggebend ist, ob jemand eine Förderung kriegt oder nicht. Das wird auch vom Kontrollamt immer wieder genau angeschaut und genau kontrolliert. Das kann ich einfach zurückweisen, und das zeigt auch jeder einzelne Kontrollamtsbericht.

Da bin ich jetzt schon bei dem Punkt: Knüpft Wien die Leistung einer Subvention, einer Förderung an einen Verein an Bedingungen? Na, sehr wohl tut das Wien, und ich denke, das ist auch eine Sache, die wir gerne mit dem Bund erörtern können, denn wir haben sehr klare Förderkriterien erarbeitet, die auch sehr transparent sind. Die kann man von der Homepage der MA 17 herunterladen und kann sofort sehen, was da verlangt wird. Was muss sozusagen eine Institution, ein Projekt, ein Verein tun, um überhaupt Geld zu bekommen. Das sind jetzt einmal sozusagen die strukturellen Förderbedingungen, die wir hier an Förderungen knüpfen.

Das andere – das ist mir aber auch noch ganz wich-

tig – sind die politischen, die integrationspolitischen Vorgaben. Wir haben es so organisiert, auch in unserem Regierungsübereinkommen mit den GRÜNEN, dass wir gesagt haben, wir möchten in Zukunft unsere Schwerpunktsetzung in der Integrationsarbeit auch sehr stark auf den Förderbereich umlegen.

Wir haben im Jahr 2010 zum Beispiel den Förder-schwerpunkt Partizipation gehabt. Das heißt, wir haben Integrationsprojekte gefördert, wenn sie die Förderkriterien erfüllt haben und darüber hinaus eben ein Projekt eingebracht haben, das ein dialogisierendes Projekt ist, das ein partizipatives Projekt ist.

Das ist ein guter Weg, den wir hier in Wien gehen, denn uns ist es wichtig, diese vielen Partnerinnen und Partner zu haben, um in der Integrationspolitik etwas weiterzubringen, dass sozusagen der kommunalpolitische integrationspolitische Weg auch unterstützt wird durch diese vielen Ideen, Vereine und Projekte, aber natürlich unter sehr konsequenten Vorgaben, denn es ist unsere Verpflichtung auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, hier transparent und korrekt vorzugehen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 4. Zusatzfrage wird von Herrn GR Akkilic gestellt. – Bitte.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben gesagt, dass der Herr Kurz im Mai beim Herrn Bürgermeister war und sie über Integrationsthemen diskutiert haben. Wir wissen allerdings, dass Antidiskriminierungspolitik und antirassistische Politik auf Grund der Tatsache, dass es leider in Österreich sehr viele solche Vorfälle gibt, ein Teil der Integrationspolitik ist.

Meine Frage ist: Sind diese Themenbereiche vom Herrn Kurz im Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister angesprochen worden? Hat der Herr Kurz Pläne vorgestellt, wie er gegen Rassismus und Diskriminierung in Österreich vorgehen will?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Herr Staatssekretär Kurz hat in diesem Gespräch genauso, wie er es, glaube ich, auch in den Medien einige Male gemacht hat, klarstellt, dass er sich zuständig fühlt für Menschen, die schon hier sind, und nicht für das Thema Asyl und nicht für das Thema der Steuerung der Zuwanderung.

Das ist etwas, wo ich glaube, dass wir uns mit dem Herrn Staatssekretär noch auseinandersetzen werden müssen, denn wir hier in Wien haben natürlich die Anforderung, auch über die Struktur der Integration, dass heißt, über die Struktur der Zuwanderung und ihre Regulationsmechanismen zu diskutieren, und wir haben natürlich als Stadt, als Land Wien eine sehr konkrete Vorstellung davon.

Wenn wir in der Zuwanderungskommission darüber diskutieren, dass wir den Wettbewerb um die besten Hände und Köpfe gewinnen möchten, dann finden wir zwar, dass zum Beispiel die Rot-Weiß-Rot-Karte ein erster Schritt in die richtige Richtung war, aber dass es natürlich grundsätzlich Änderungen braucht in der Regelung der Zuwanderung.

Da würden wir uns schon auch sehr gerne mit dem Herrn Staatssekretär einmal darüber verständigen, wie denn so klare, transparente Regeln ausschauen können, denn wir können uns zwar in Wien Gedanken darüber machen und können auch sagen, was für uns das Beste wäre, aber der Regelungsgegenstand befindet sich im Bund. Der Bund ist es, der letztendlich dann auch die Gesetze macht.

Wenn wir uns jetzt zum Beispiel anschauen, dass wir derzeit mit Quoten arbeiten, die eigentlich überhaupt nicht dem gerecht werden, was wir zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt brauchen, dann wäre es aus meiner Sicht schon wünschenswert, dass auch der Herr Staatssekretär mit uns darüber spricht oder sich auch ein Stück weit mehr dafür zuständig fühlte, dass wir zum Beispiel über kriteriengeleitete Zuwanderung sprechen und wie diese ausschauen könnte.

Das gehört aus meiner Sicht unabdingbar zu dem gesamten Integrationsthema dazu.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 5. Zusatzfrage hat Herr GR Jung. – Bitte.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Sie haben offenbar wirklich Glück mit der Schule Ihres Sohnes. Ich kann nur gratulieren, wenn die in der 1. Klasse zu Weihnachten lesen konnten. Ich habe keine schlechte Volksschule gehabt, wir haben damals zu Weihnachten gerade die Druckbuchstaben durchgenommen gehabt.

Das Echo allerdings, das wir von Lehrern und auch aus den Kindergärten und Horten über deren Erfahrung zurückbekommen, ist ein anderes. Es wird dort eher gesagt, dass für einen beträchtlichen Teil der Kinder dieses eine sozusagen Vorschuljahr nicht ausreicht.

Wie stehen Sie zur Frage, einen Sprachtest bei Kindern durchzuführen, und zwar zu einem früheren Zeitpunkt, der notfalls ergibt, dieses Kind müsste eigentlich ein zweites Kindergartenjahr besuchen?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Ich bin, wie Sie sich vorstellen können, gegen Sprachtests, aber es gibt ja ein gutes Instrument der Sprachstandserhebung in diesem 1+1-Modell. Wenn Sie mich fragen, wie ich zu einem zweiten Kindergartenjahr stehe, nun, dann muss ich einmal sagen, grundsätzlich war ich eigentlich immer Verfechterin der verpflichtenden Vorschuljahre. Wir haben jetzt dieses erste Kindergartenjahr. Das wird wohl auch – das weiß ich von unserem Herrn Bildungsstadtrat – evaluiert.

Aber ich kann Ihre Erfahrungen bezüglich der Schule nicht teilen. Ich kann Ihre Erfahrungen weder bezüglich Schule noch Kindergarten teilen. Denn ich muss sagen, ich habe mit sehr, sehr vielen LehrerInnen und natürlich auch KindergärtnerInnen im Bezug auf das Integrationsthema zu tun, und ich sehe, dass hier sehr große Bemühungen und Anstrengungen da sind, die Kinder auch wirklich sprachfit zu machen. Was ich zum Beispiel auch von diesen PädagogInnen rückgemeldet bekomme, ist, dass es wirklich sehr sinnvoll ist, in diesem Dreieck zu

arbeiten: Eltern, Schule oder Kindergarten und Kinder.

Ich glaube, dass zum Beispiel gerade, was das Lesen betrifft, unsere ganzen integrationspolitischen Projekte in Richtung Elternarbeit sehr, sehr wichtig sind. Wir machen zum Beispiel jetzt ein wunderschönes Projekt, da machen wir mit „Mama lernt Deutsch“-Frauen in den Wiener Büchereien Projekte, wo die Frauen, weil sie ja Deutsch lernen, auch zum Lesen in die Bibliothek gebracht werden, aber ihre Kinder in der Kinderecke von PädagogInnen betreut werden und dort auch das Lesen erlernen. Gleichzeitig versuchen wir aber, in der Schule auch sehr intensiv den muttersprachlichen Bereich zu stärken. Das heißt, es greift alles ineinander.

Ich sage jetzt nicht, dass es keine Probleme gibt, ich sage jetzt nicht, dass es nicht dort und da Defizite gibt. Wir haben diese Ergebnisse des Lesetests schon hinreichend diskutiert, auch hier in diesem Haus diskutiert, aber ich möchte Ihnen auch sagen, dass es wirklich viele, viele Initiativen und Projekte gibt, pädagogische Maßnahmen gibt, wo wir genau diesen Integrationsweg gehen möchten und die Sprache stärken möchten.

Eines muss ich auch sagen: Wenn man die Elternarbeit mit MigrantInnen beobachtet, stellt man fest, es gibt keine Eltern, die nicht ein großes Interesse daran haben, dass ihre Kinder es gut haben, eine gute Zukunft haben sollen, weshalb sie die Kinder auch unterstützen. Das ist ganz wichtig.

Und es gibt ganz, ganz viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen. Wenn man sich das anschaut – darüber kann man auch mit der Stadtschulratspräsidentin reden –, in diesen Sprachstandserhebungen und in dieser 1+1-Phase, wo eben die Schuleinschreibung stattfindet, da gibt es eine große Anstrengung und ein großes Bemühen.

Ich glaube, dass wir da auf dem richtigen Weg sind und dass wir auch die richtigen Konzepte verfolgen. An dieser Stelle muss ich sagen, wir alle können den Pädagoginnen und Pädagogen nur eine große Hochachtung entgegenbringen, weil sie Tolles leisten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Damit sind die Anfragen beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Gemeinde Wien hungert die Jugendwohlfahrt aus – zu wenig Budgetmittel, zu wenig Dienstposten für einen hochsensiblen Bereich!“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt.

Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Dr Aigner, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das Thema ist aktuell, wie es aktueller nicht sein könnte. Es gibt immer wieder tragische Fälle, aus denen hervorleuchtet, dass das Personal in der Wiener Jugendwohlfahrt schlichtweg überfordert ist und die Jugendwohlfahrt nicht ausreichend mit Dienstposten aus-

gestattet ist.

„Gewalt in der Familie: Wie Angelina durchs Netz fiel.“, ein ganz aktueller Fall. Ein kleines Kind ist schon in der Betreuung durch das Wiener Jugendamt, und es werden offenkundig Misshandlungen nicht rechtzeitig entdeckt, obwohl die sichtbaren Zeichen eigentlich nicht zu übersehen gewesen hätten sein sollen.

Es geht überhaupt nicht darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes an den Pranger zu stellen, sondern es offenbaren sich hier strukturelle und personelle Defizite, Defizite, die in der mangelnden personellen Ausstattung begründet sind.

Ich habe mir ein paar Zeitungsmeldungen allein der letzten zwei, drei Jahre zu diesem Thema herausgesucht.

„Jugendamt. Grüne fordern mehr Personal. Die Grünen verlangen restlose Aufklärung“ – auch damals hat es einen Fall gegeben – „und die Aufstockung des Jugendamtes um zumindest 36 weitere Fachkräfte.“

So wie bei vielen anderen Forderungen ist es auch bei der Forderung nach mehr Personal für das Jugendamt seitens der GRÜNEN sehr still geworden, und das, obwohl Sie ja beim Schaffen von zusätzlichen Dienstposten durchaus Kreativität an den Tag legen. Es ist ein Universitätsbüro eingerichtet worden, das auch ordentlich dotiert worden ist, für einen gewählten Gemeinderat, der eigentlich kein Büro bräuchte, denn sein Arbeitsplatz wäre hier im Wiener Gemeinderat, meine Damen und Herren. Hier haben Sie einen zusätzlichen Posten geschaffen für den Prof Van der Bellen, von Personal für die Jugendwohlfahrt, da hört man nichts mehr, vielmehr suchen Sie jetzt verzweifelt nach einem Fahrradkoordinator.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich den Bericht der Volksanwaltschaft durchlesen, über den wir ja dann im Landtag noch diskutieren werden, dann müssten Sie eigentlich erkennen, dass jeder zusätzliche Euro in eine ordentliche Jugendbetreuung, in eine ordentliche Jugendwohlfahrt bestens angelegtes Geld ist. Es ist ein offenes Geheimnis und wissenschaftlich und empirisch erwiesen, dass es für schlecht behandelte Problemkinder, dass es für vernachlässigte Kinder dann sehr oft nur mehr ein kurzer Weg in die Kriminalität ist – mit entsprechenden volkswirtschaftlichen Kosten.

Herr Stadtrat! Sorgen Sie dafür, dass die Jugendämter entsprechend mehr Personal bekommen. Es ist zwar einiges passiert, aber die Zahl der Aufstockungen der Dienstposten hält in keinster Weise Schritt mit der explodierenden Zahl an entsprechenden Fällen. Wir haben es hier mit einem hochsensiblen Bereich zu tun. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, und es muss auch genug Personal dafür da sein, dass auch entsprechende Präventions- und Betreuungsarbeit geleistet werden kann.

Mein Kollege Wolfgang Ulm hat in der gestrigen Rechnungsabschlussdebatte schon den Befund ausgesprochen, dass Arbeiten für die Stadt Wien offenkundig in vielen Bereichen krank macht. Im Bereich der Jugendwohlfahrt hat auch die Volksanwaltschaft festgestellt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die spe-

ziell geschult sind für diese Tätigkeit, sich vielfach in andere Bereiche versetzen lassen oder überhaupt auf Grund von Burn-out-Syndromen ausscheiden. Es kann daher kaum mehr berufserfahrenes Personal für die offenen Planstellen in den Krisenzentren gewonnen werden, und es ist daher notwendig, SozialpädagogInnen ohne entsprechende Berufserfahrung in den Krisenzentren einzusetzen.

Meine Damen und Herren! Das kann nicht der Zustand der Jugendwohlfahrt einer Großstadt sein, die eigentlich eine gute Struktur geschaffen hat, aber es jetzt bei der personellen Ausstattung schlichtweg mangeln lässt. Es besteht die Gefahr, dass es zu einem Kollaps in den Krisenzentren kommt, die Krisenzentren sozusagen in der Krise, und diese Krise gilt es, möglichst rasch zu beseitigen. Hier müsste es doch möglich sein, bei zehntausenden Dienstposten, die im Bereich der Stadt Wien zu vergeben sind, auch durch interne Umschichtungen, ohne insgesamt den Personalstand zu erhöhen, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder in Ausnahmesituationen nicht in einem Matratzenlager untergebracht werden, dass sie nicht am Gang schlafen müssen und dass sie möglichst rasch dann in eine einigermaßen gegebene Geborgenheit eintreten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die eigene Personalvertretung, die vor drei Jahren in einer aufsehenerregenden Aktion, in einer öffentlichen Dienststellenversammlung auf ihre Misere hingewiesen hat, ist mit den Maßnahmen, die bisher gesetzt worden sind, ebenfalls noch nicht zufrieden. Ich zitiere einen Personalvertreter, der nach wie vor über Personalmangel und Geldnot im Kinder- und Jugendamt klagt. „Wir brauchen vor allem im stationären Bereich und in der Prävention mehr Personal. Es gibt aber von Seiten der Politik einen totalen Geld- und Personaldruck, und es ist immer wieder von Umschichtungen die Rede.“, sagt der genannte Personalvertreter. Im Bereich der Prävention spricht er gar von einem bevorstehenden Kollaps. Also die Prävention ist schon kollabiert, und dort, wo Maßnahmen ergriffen werden müssen, gibt es Zustände, wie sie eben von der Volksanwaltschaft auch dargestellt worden sind.

Herr Stadtrat! Das ist eine ganz dramatische Situation, und es liegt in Ihrer Verantwortung, rasch dafür zu sorgen, dass der nächste Volksanwaltschafts- oder Kontrollamtsbericht entsprechend anders aussieht.

Wir müssen das Personal entsprechend unterstützen. Die Kinder sind in den Krisenzentren nur so kurz wie möglich unterzubringen, und das Ambiente, das dort genau für diese traumatisierten Kinder geschaffen werden muss, sollte eigentlich so sein, wie die Campusschulen, die Sie jetzt mit sehr viel Geld schaffen. Die Kinder, die man in einer Krisensituation den Eltern wegnehmen muss – und das ist ein massiver Eingriff –, die sollen dann vielleicht in einem Dorf mit Dorfcharakter, in einem Iglu sitzen, die sollen eine Wellnessatmosphäre bekommen, denn die haben es sich wirklich verdient, die haben offenkundig in ihrem bisherigen Leben noch nicht sehr viel Gutes miterlebt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Thema ist viel zu ernst, um hier in irgendeiner Form in Populismus ab-

zugleiten. Es ist auch nicht angebracht, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann, wenn Fälle kommen, in den Focus gerückt werden – warum hat der Mitarbeiter nicht öfter nachgeschaut –, wenn es einfach zu wenig Personal gibt.

Das heißt, sehen wir die Jugendwohlfahrt – Wohlfahrt ist ein etwas antiquierter Begriff, aber Wohlfahrt hat auch mit Wohlfühlen, mit Betreuung, mit Service zu tun – als einen ganz wichtigen kommunalen Bereich und tragen wir im Endeffekt auch der Tatsache Rechnung, dass sich die gesellschaftlichen Zustände natürlich auch dahin gehend auswirken, dass die Fallzahlen entsprechend steigen werden. Wenn man auf der einen Seite die Scheidungsraten anschaut, wenn man sich die Probleme in den Familien, die ja auch statistisch dokumentiert sind, anschaut, dann ist nicht davon auszugehen, dass es weniger Arbeit für die Jugendwohlfahrt geben wird. Es wird eher mit einer Zunahme zu rechnen sein, so traurig das ist, und diese Zunahme sollte sich auch im Dienstpostenplan und auch in der ganzen Ausstattung entsprechend niederschlagen.

Ich glaube, hier ist Zuwarten ganz furchtbar, denn längeres Zuwarten bedeutet, dass die Folgekosten und das Leid der Kinder entsprechend gesteigert werden. Wir wollen in erster Linie das Leid möglichst minimal halten – das ist unsere Aufgabe –, und wir wollen natürlich dann auch den gesamtgesellschaftlichen Kontext nicht aus den Augen verlieren.

Daher auch der Appell noch einmal an die grüne Regierungspartei: Vergessen Sie Ihre Forderungen nach Aufstocken des Personals nicht und überlegen Sie sich, ob es nicht dringendere Aufgaben gibt als einen Fahrradkoordinator für die Stadt Wien.

Einen Tipp im Jahr der Freiwilligkeit: Vielleicht findet sich auch in diesem Bereich einmal jemand, der etwas ehrenamtlich für diese Stadt macht. Es gibt in so vielen anderen Bereichen ehrenamtliches Engagement, es müsste doch in der Fahrrad-Community auch ehrenamtliche Aktivisten geben, die nicht darauf warten, dass sie ein Büro, Geld und am Ende auch noch ein Dienstauto bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Für die weiteren Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten beschränkt ist. Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Hebein gemeldet.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne anders, als ich es mir vorgenommen habe, nämlich mit Ihrem Schlussplädoyer, Herr Abg Aigner, dass jetzt ehrenamtliche – ich verkürze es ein bisschen – Fahrradfahrer hier aktiv werden könnten. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, mir ist das zu wichtig, als dass ich es hinnehmen könnte, wie Sie hier mit einer Polemik und einem Zynismus agieren, die wirklich letztklassig sind.

Ich war während meiner Ausbildung bei einer Kindesabnahme dabei. Die Verzweiflung, die Sie da erleben, ist so enorm, dass ich als professionelle Sozialarbeiterin dieser Arbeit nicht würde nachgehen wollen, ich

würde es nicht verkräften. – Und Sie gehen jetzt her und sagen: Na, Fahrradfahrer, macht ein bisschen was! Da hätten wir eine Kindesabnahme, und da arbeitet doch ein bisschen für den Schutz! (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das hat er nicht gesagt!*) Es ist unverantwortlich, was Sie hier machen, nämlich das zu vermischen und als Anlass zu nehmen in einem Fall, wo einem Kind Gewalt angetan wurde.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass wir als rot-grüne Koalition selbstverständlich die Jugendwohlfahrt aufwerten wollen. Wir sehen die Herausforderungen, die da auf uns zukommen, und auch diese Entwicklung in den letzten Jahren. Wenn Sie das Koalitionsabkommen lesen würden, sähen Sie darin einige der Vorhaben, wie wir, aufbauend auf dem Bestehenden, weiterarbeiten wollen.

Das liegt in unserer Verantwortung, wir machen es. Sei es, indem wir die Frühförderung forcieren – das ist ein Projekt, das im 15. Bezirk begonnen hat, wo Eltern mit Säuglingen Unterstützung erfahren, das wird jetzt ausgedehnt –, sei es, indem wir in Familien-Coaching investieren. Da arbeitet ein Team an ExpertInnen einerseits präventiv, aber nicht nur das, sondern da werden auch Eltern unterstützt und begleitet, wenn Kinder in Wohngemeinschaften untergebracht worden sind, und die MitarbeiterInnen versuchen, diesen Kindern die Rückkehr ins Elternhaus zu ermöglichen.

Wir haben uns Schwerpunkte vorgenommen. Es geht einerseits um minderjährige Mütter, andererseits um Mädchen, die von Zwangsheirat und Genitalverstümmelung bedroht sind. Ein weiterer Schwerpunkt sind Familien mit behinderten Kindern. Da wird zur Unterstützung die Familienhilfe eingesetzt.

Wenn man genauer hinschaut und nicht oberflächlichen Populismus betreibt, erkennt man: Es ist eine irre Arbeit, die diese Menschen tagtäglich leisten. Sie ermöglichen, dass Eltern behinderter Kinder eine Auszeit nehmen können. Das ist ein wichtiger Schritt! Da passiert einiges.

Und, ja, es ist auch uns bewusst, dass die Krisenzentren immer wieder überfüllt sind und dass die Aufgabe, die die SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen und TherapeutInnen dort leisten, eine enorme ist. Aber das Ziel ist nicht, immer mehr Krisenzentren zu errichten, sondern das Ziel ist, dass möglichst wenig Kinder in Krisenzentren kommen, und wenn sie doch in Krisenzentren sind, dass sie auch rasch wieder in sozialpädagogische Einrichtungen kommen.

Das heißt, Prävention ist eine der Herausforderungen, vor denen wir stehen, und die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt – das stimmt –: Einerseits haben wir die Krisenzentren immer wieder überfüllt, andererseits hat es früher SprengelsozialarbeiterInnen gegeben, die Familien wirklich über Generationen begleitet haben. Diese Arbeitsbedingungen sind jetzt sehr verändert, und das ist eine Herausforderung.

Das heißt: Wir arbeiten dran, wir nehmen den Aufgabenbereich sehr ernst, wobei ich an die ÖVP gerichtet sagen möchte: Machen Sie das auch! Seit zwei Jahren liegt das Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz in der Schublade. Sie schaffen es innerhalb der ÖVP nicht, in

diesem Bereich die Standards zu vereinheitlichen. Das haben auch Sie, Frau Marek, als Staatssekretärin nicht geschafft. Schaffen Sie es, den Pflege- und Adoptionsbereich so zu erweitern, reduzieren Sie ihn nicht nur auf Vater, Mutter, Kind!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Darf ich um den Schlusssatz bitten.

GRin Birgit **Hebein** (*fortsetzend*): Machen Sie Ihre Aufgaben! (*GRin Christine Marek: Da ist die Justiz zuständig!*) Tragen Sie etwas Sinnvolles bei! – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Johann Gudenus zu Wort gemeldet.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar für das heutige Thema in der Aktuellen Stunde, weil es uns die Möglichkeit gibt, über das Thema Jugendwohlfahrt im Allgemeinen zu diskutieren, aber auch über das Thema Schutz der Kinder, der Jüngsten in unserer Gesellschaft, zu reden.

Es sagt sehr, sehr viel über eine Gesellschaft aus, wie sie mit ihren Kindern umgeht, und es sagt auch sehr, sehr viel über eine Gesellschaft aus, wie sie mit denen umgeht, die sich an ihnen vergreifen – sei es durch Gewalt, sei es durch sexuelle Übergriffe. Aber dazu komme ich erst in ein paar Minuten.

Es sagt aber auch sehr, sehr viel über die Regierungspolitik hier im rot-grünen Wien aus, wenn man sieht, wie dieser wichtige Bereich der Jugendwohlfahrt ausgehungert wird. Natürlich, da wird ein Verein unterstützt, der sich mit dem Problem der innerfamiliären Gewalt beschäftigt, die in hohem Ausmaß vorhanden ist – nur liegt dieser Verein in Albanien und nicht in Wien!

Dieser Verein bekommt 20 000 EUR unserer Steuergelder, und da frage ich mich wirklich: Warum wird die Jugendwohlfahrt in Wien ausgehungert, während Vereine im Ausland mit unseren Steuergeldern beschenkt werden? Wo ist hier die Prioritätensetzung, meine sehr geehrten Damen und Herren? (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Wir haben es schon gehört und konnten in den letzten Monaten in vielen Zeitungen lesen und mitverfolgen, dass die Krisenzentren in Wien überfüllt sind. Trotz steigender Anzahl der Fälle wird da nichts unternommen. Das Jugendamt in Wien warnt selbst davor, dass die Familien heutzutage kaputter sind als früher. Auf Grund psychischer Erkrankungen, aber natürlich auch auf Grund der Wirtschaftskrise gibt es immer mehr soziale Zerrüttung, doch wird da leider nicht sehr viel gemacht.

Leider gibt es auch Missstände in den Krisenfamilien selbst. Natürlich, die meisten machen ihre Sache sehr gut, aber man muss auch sehen, dass in den Krisenfamilien selbst leider oftmals die Wohnsituation nicht kindergerecht ist, dass manche Krisenpflegemütter selbst in ärztlicher Behandlung sind. Auch da gehört eben öfter nachgeschaut und vielleicht auch bei der Auswahl der Pflegefamilien angesetzt. Auch das wäre ein wichtiger Zugang, denn leider ist es oftmals traurige Realität, dass

Kinder vom Regen in die Traufe kommen. Das wollen wir Wiener Freiheitliche natürlich nicht, und ich bin mir sicher, dass da ein Konsens aller Parteien vorhanden ist.

Der jüngste Fall Angelina zeigt konkret, dass Zweifel am derzeitigen System des Kinderschutzes berechtigt sind. Ich will nicht genauer darauf eingehen, das wird mein Freund Dominik Nepp in seiner Wortmeldung tun. Man kann aber unterm Strich sagen, dass unter Renate Brauner und StR Oxonitsch die Jugendwohlfahrt kaputtgespart wird. Und da gehört angesetzt, da gehören personelle und finanzielle Aufstockungen durchgesetzt!

Es sollte eine interne Revision eingesetzt werden, die hier prüft. Denn so, wie das Jugendamt bisher aufgestellt ist, scheint es einfach nicht zu funktionieren.

Es bedarf auch einer Gewalttransparenzdatenbank, die natürlich auf Bundesebene eingerichtet werden sollte. Aber unser Dringlicher Antrag im Jänner wurde vom Bgm oder Lhptm Häupl mit einer wortreichen Erklärung leider abgelehnt. Unser Dringlicher Antrag zielt nur darauf ab, dass die Behörden zum Schutz der Kinder besser vernetzt werden, aber anscheinend ist der Schutz der Kinder hier im roten Wien kein großes Thema. Hier werden lieber die Täter geschützt – nämlich mit dem Datenschutz –, aber die Kinder bleiben auf der Strecke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich noch einen Gedanken bringen, warum es hier mit dem Täterschutz so aussieht, wie es leider der Fall ist. Der grüne Täterschutz hat einen Hintergrund. Ich darf hier kurz etwas zitieren aus einem Werk von Cohn-Bendit. Er hat einmal gesagt beziehungsweise geschrieben: „Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen. Es ist mehrmals passiert, dass einige Kinder meinen Hosensatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. Aber wenn sie darauf bestanden, habe ich sie dennoch gestreichelt.“

Das ist Ihr Cohn-Bendit im EU-Parlament, den Sie gerne nach Wien einladen. *(GR David Ellensohn: Ein politischer Freund von Ihnen wollte ein Kind vögeln! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das sind Ihre Leute, und ich frage mich, was Sie dazu sagen. Unterstützen Sie so etwas, Herr Ellensohn, ja oder nein? Was sagen Sie dazu, Herr Ellensohn? *(GR David Ellensohn: Ein FPÖ-Politiker wollte ein Kind vögeln!)* Sie haben anscheinend kein Problem mit Kindesmissbrauch und Pädophilie! Stehen Sie dazu, sagen Sie das den Leuten, wenn Sie Cohn-Bendit so hochhalten und hofieren. *(Beifall bei der FPÖ. – Lebhaftes Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie haben kein Problem damit, und das werden wir den Leuten auch mitteilen! Gehen Sie heraus und distanzieren Sie sich vom Herrn Cohn-Bendit, Herr Ellensohn! *(Anhaltender Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Lautstarke Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Ich darf um das Schlusswort bitten.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Ich komme zum Schlusswort: Gehen Sie heraus ...

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Herr Kollege Gudenus! Ihre Zeit ist abgelaufen. Ihr Schlusswort, bitte.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Wir sagen abschließend: Wir brauchen vor allem eine Stärkung der Familien, damit es gar nicht so weit kommt, dass Kinder missbraucht werden oder in eine schlechte Situation kommen. Und natürlich auch eine ...

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Herr Gudenus! Es tut mir leid, aber die Zeit ist vorbei. Ich kann Sie nicht weitersprechen lassen. *(Der Redner verlässt das Pult. Langanhaltender Beifall bei der FPÖ.)*

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Straubinger. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Sybille **Straubinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist immer wieder überraschend, dass Sie mich noch überraschen können, nämlich wie tief es noch gehen kann und was Ihnen nicht noch alles einfällt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist tief, ihre Leute, pfui!)*

Populismus ist, sich hierherzustellen und zu sagen, wie es auch die ÖVP getan hat, das ist kein Thema für billigen Populismus – und dann so eine Rede hier zu schwingen. 20 000 EUR für ein Projekt *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: In Albanien!)* gegen 233 Millionen EUR aufzurechnen und vom Aushungern zu sprechen! Ich meine, geht's noch? Wirklich! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Überhaupt zur Aktuelle Stunde: Wir können über die Jugendwohlfahrt gerne diskutieren, aber zu sagen, es gäbe zu wenig Dienstposten, keine Dienstposten, Aushungern von Dienstposten, von Plätzen und von Geld ... *(GRin Mag Ines Anger-Koch: Die Wahrheit!)* – Das ist die Wahrheit? – Dann erzähle ich Ihnen jetzt einmal etwas von Plätzen, von Dienstposten und von Geld. Sie können kurz zuhören und sich dann gerne melden.

Dienstposten: Vor zwei Jahren gab es eine Studie, die gemeinsam mit dem KDZ und der Personalvertretung entwickelt worden ist, um festzustellen, wie viel Personalbedarf es gibt. Da ist herausgekommen, dass zusätzlich 16 Dienstposten notwendig sind. Und wissen Sie, wie viele in den letzten zwei Jahren geschaffen wurden? *(GRin Mag Ines Anger-Koch: Zu wenig!)* 16 zusätzliche Dienstposten im Bereich der sozialen Arbeit mit den Familien. *(GRin Mag Ines Anger-Koch: Das sind zu wenig!)*

Kommen wir zu den Plätzen. Wissen Sie, was an Plätzen neu geschaffen worden ist? In den sozialpädagogischen Einrichtungen wurden 2008 61 neue Plätze geschaffen, im Jahr 2009 wurden 60 neue Plätze geschaffen, im Jahr 2010 wurden 87 neue Plätze geschaffen und 2011 sind 60 neue Plätze geplant. Ja, es ist zu wenig, ja, ich weiß. Können Sie auch etwas anderes als „zu wenig“ sagen? Ist das Aushungern in Ihren Augen? *(Beifall bei der SPÖ.)*

In den letzten Jahren werden um 500 Kinder mehr betreut. Die Zahl ist von 2 620 auf 3 150 gestiegen. Es

ist nicht super, dass es überhaupt notwendig ist, mehr Kinder zu betreuen, aber die Kapazität ist vorhanden. Es gibt zwei neue sozialpsychiatrische WGs, die im Mai 2011 eröffnet worden sind. Es gibt eine neue niederschwellige Einrichtung für Jugendliche, In_go, die eröffnet worden ist. Es gibt ein neues Krisenzentrum im 22. Bezirk, und es wird in Kürze eine neue, zusätzliche Wohngemeinschaft im 22. Bezirk eröffnet – und natürlich gibt es auch die dazugehörigen Dienstposten für diese Wohngemeinschaften und Krisenzentren! (*Beifall bei der SPÖ und von GR David Ellensohn.*)

Die Kollegin Hebein hat es schon erwähnt: Es gibt neue Angebote im Bereich von behinderten Kindern. Es gibt eine Familienhilfe sowie die Möglichkeit für Kurzunterbringungen bis zu vier Wochen, um die Eltern zu entlasten. – Das alles sind neue Plätze.

Was es an neuem, zusätzlichem Geld gegeben hat, kann ich Ihnen auch gerne im Detail sagen, weil Sie vom Aushungern sprechen. Im Jahr 2007 hat der Rechnungsabschluss der MA 11 161 000 EUR betragen. Im Jahr 2008 ist das gestiegen auf 171 000 EUR, 2009 waren es 183 000 EUR und der aktuelle Rechnungsabschluss, über den wir gerade erst debattiert haben, liegt bei 226 000 EUR. – Aushungern? Sicher nicht.

Wir haben eine Steigerung von 177 Millionen EUR im Jahr 2009, wo es diesen Volksanwaltschaftsbericht gegeben hat, den Sie hier als Anlass genommen haben, auf 233 Millionen EUR im Jahr 2011. Das ist nicht Aushungern, sondern das heißt, sich den Problemen zu stellen, den Bedürfnissen angepasst zu arbeiten, zu handeln. Das hat Wien in den letzten Jahren ganz deutlich gezeigt und gemacht! (*Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.*)

Wenn Sie die Volksanwaltschaftsberichte als Anlass nehmen, dann hoffe ich, dass Sie sich auch die Volksanwaltschaftsberichte der anderen Bundesländer angeschaut haben. Ich habe es getan. Es wurde nämlich erwähnt, dass die Fallzahlen gestiegen sind und dass nicht gehandelt wurde. Wien ist nicht wie ein anderes Bundesland, mit einem schwarzen Landeshauptmann, wo sich die Fallzahlen um 150 Prozent erhöhen und die Antwort darauf ist: Wir haben ja seit den 70er Jahren die Planstellen und die Dienstposten ohnehin gleich gelassen.

Das ist nicht unser Weg! In Wien gibt es mehr Geld, mehr Dienstposten und mehr Plätze, und darauf können wir, glaube ich, stolz sein! Wir können das immer noch verbessern, das wird auch weiter ausgebaut; aber vom Aushungern zu sprechen und gleichzeitig zu sagen, man wolle keinen billigen Populismus, das halte ich ehrlich gesagt für eine Frechheit! (*Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich glaube, ich muss da jetzt einige Dinge richtigstellen.

Zu den GRÜNEN: Ich glaube, Sie wollen Vorschläge einfach missverstehen. Mein Kollege Wolfgang Aigner

hat gemeint, der Fahrradkoordinator soll ehrenamtlich arbeiten und nicht 2 500 EUR netto kassieren, damit dieses Geld dort verwendet werden kann, wo es gebraucht wird. – Erstens.

Zweitens: Sie sind in der Regierung. Sie hauen, wenn Sie nicht weiterwissen, immer auf den Bund hin, aber Sie sind jetzt in der Regierung, Sie können mitgestalten! (*GRin Birgit Hebein: Wir arbeiten! Was tun Sie?*) – Sie tun es ja nicht! Sie wissen seit Jahren über die Missstände Bescheid. Seit 2003 wird immer aufgezeigt, was für Problematiken da sind, und bis dato wurde nichts gemacht oder doch – Sie haben recht, Frau Straubinger – ein bisschen herumgewerkt. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Sind 70 Millionen ein bisschen?*)

Trotzdem, es sind Missstände da! Reden Sie das nicht immer gut! Von mir aus können wir 100 Millionen EUR hineinhauen, und auch das wird wahrscheinlich zu wenig sein. Da müssen Sie eben dementsprechend die Ressource schaffen, das Personal ausbilden. Es gibt Vereine, die seit Jahren in diesem Bereich arbeiten, die Sie ignorieren. Sie geben ihnen nicht einmal Geld, damit sie die Ressourcen dementsprechend aufbauen können, personell und finanziell. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kennen Sie das Prinzip der Jugendwohlfahrt? Es geht darum, dass es Eltern und Kindern gut geht, das Kindeswohl muss aufrechterhalten werden. Aber Sie schaffen es seit Jahren nicht, die Rahmenbedingungen zu schaffen! (*Beifall bei der ÖVP. – Amtsf StR Christian Oxonitsch: Sind 70 Millionen für Sie ein bisschen?*)

Auch wenn Sie die 70 Millionen EUR erwähnen, die Statistik und die Berichte zeigen genau das Gegenteil. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: 70 Millionen! Zeigen Sie mir ein Bundesland, das so viel ausgibt! Wie viel gibt Oberösterreich aus? Ein Zehntel!*) – Wir sind in Wien und nicht in Oberösterreich. (*GR Kurt Wagner: Das Schreien ist ein Wahnsinn!*) – Sonst hören Sie es ja nicht!

Wir reden seit 2003. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen: Der erste Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft im Jahr 2003 weist auf Probleme und Mängel im Bereich der Psychotherapie für Kinder hin. Da heißt es, ich lese: „Somit ergibt sich oftmals eine Notlage betreffend die psychotherapeutische Versorgung von minderjährigen Gewaltopfern. Für Kinder, die Gewalt erlitten haben und psychotherapeutische Behandlungen benötigen und deren Eltern finanziell bedürftig sind, sind nicht genügend Psychotherapieplätze vorhanden.“ – Das war 2003.

Kommen wir zu 2005, wieder der Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht über die Probleme der Gewalt gegenüber Kindern: „Wie bereits in den letzten Berichtszeiträumen muss auch diesmal festgestellt werden, dass die sexuelle Gewalt bei den betroffenen Kindern mit 73,3 Prozent den größten Anteil darstellt. Unter hauptsächlich psychischer Gewalt litten 13,3 Prozent der Kinder und Jugendlichen.“

Im Bericht des Kontrollamtes vom November 2006 wird auf den massiven Anstieg der gemeldeten Übergriffe gegenüber Kindern hingewiesen, und es werden von Seiten der Stadt Wien entsprechende Maßnahmen eingefordert.

Wir stellen seit 2008 ständig – ich kann sogar schon sagen, quartalsweise – Anträge. Am 4. Juni 2008 gab es von uns den Antrag betreffend Personalmangel bei der Wiener Jugendwohlfahrt und beim Wiener Jugendamt. Unsere Frage war: Werden Sie dafür Sorge tragen, dass in den kommenden Monaten für die Arbeit im Bereich der Jugendwohlfahrt mehr Personal bereitgestellt wird?

Ihre Antwort: Die Versorgung und Betreuung aller in Wien lebenden Kinder, die Hilfe und Schutz der Jugendwohlfahrtsträger benötigen, ist gesichert. – Wo? – Jeder Meldung einer Gefährdung eines Kindes wird umgehend nachgegangen und der Schutz der betroffenen Kinder gewährleistet. – Wir haben doch wieder Meldungen gehabt!

Weiters, am 23. September 2009, Antrag unsererseits betreffend Personalmangel bei der Wiener Jugendwohlfahrt und beim Wiener Jugendamt. Antwort: ... um bei den steigenden Fallzahlen auch weiterhin eine qualitätsvolle Arbeit im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen in Wien sicherzustellen.

Die Wiener Volksanwaltschaft erhob den Vorwurf, die Qualität der sozialen Arbeit leide und fehlende Planstellen werden zurückgewiesen.

Soll ich weitermachen? (GR David Ellensohn: Ja!) Gerne. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie haben eh nur fünf Minuten!) Trotzdem, Sie sitzen da und ignorieren es! Es werden Anträge und Vorschläge eingebracht, und es kommen eigentlich nur Antworten unter der Gürtellinie. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie haben vom Herrn Stadtrat gehört, was geleistet wird, aber Sie ignorieren es!) Was heißt, wir ignorieren? Sie ignorieren!

Es wird doch ständig darüber gesprochen und geschrieben. Sie ignorieren und geben eigentlich überhebliche Antworten, dass in dieser Stadt alles in Ordnung sei – ist es aber nicht! Ich ersuche Sie, die Scheuklappen endlich abzunehmen und genau in diesem Bereich, der es wirklich notwendig hat, etwas zu tun! – Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrte Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir reden über ein sehr sensibles und sehr wichtiges Thema. Es geht um Kinder, um den Schutz der Kinder, um eine geschützte Atmosphäre für Kinder. Wir lehnen jede Form von Gewalt an Kindern ab – egal, in welchen Familien, in welchem Umfeld das passiert, wir lehnen das ab!

Nun muss ich Ihnen sagen, dass wir natürlich zu unserer Kritik von früher stehen. Wir sind in die Regierung gekommen, um das, wofür wir stehen, auch durchzusetzen. Wir sind erst seit acht Monaten in der Regierung. Wir werden uns die Jugendwohlfahrt genauer anschauen und die Verbesserungsschritte, die bisher gesetzt worden sind, fortsetzen. Wir sind schon vor der Koalition in ständigem Kontakt mit Jugendwohlfahrtsarbeitern gewesen, wir haben mit ihnen Gespräche geführt und versucht, ihre triste Situationen in Angriff zu nehmen beziehungsweise zum Ausdruck zu bringen.

Ich weiß, dass die Situation sehr vieler JugendwohlfahrtsmitarbeiterInnen trist ist. Wir wissen aber auch, dass die Arbeit der Jugendwohlfahrtsträger um einiges schwerer gewesen wäre, wenn die Stadt Wien die Präventionsmaßnahmen in der Jugendarbeit nicht gesetzt hätte, wenn also die zahlreichen Jugendeinrichtungen, die im Namen der Stadt arbeiten, nicht arbeiten würden.

Meine Damen und Herrn von der Freiheitlichen Partei! Erkennen Sie endlich einmal, dass die Jugendarbeit in Wien die Last der Jugendwohlfahrtsbehörde reduziert! Daher bitte ich Sie auch, in den entsprechenden Ausschüssen in Zukunft den Anträgen dieser Vereine zuzustimmen.

Zum Herrn Cohn-Bendit. Ich teile seine Aussagen überhaupt nicht. Daran ist auch nichts schönzureden. Ich halte nichts davon, wenn man solche Sachen von sich gibt, wie Flirt mit Kindern und so weiter. Das schließe ich aus, das brauchen Sie uns nicht um den Hals zu hängen.

Aber ich möchte noch einmal zu den Jugendwohlfahrtsträgern kommen. Die Arbeit dieser Leute kann nicht genug gelobt werden! Sie gehen zu den Familien, zu Kindern, zu Eltern und versuchen in den tristesten Situationen, den Kindern zu helfen, aber auch die Eltern dafür zu gewinnen, dass sie mit ihren Kindern auskommen.

Sie wissen genauso wie ich, dass der beste Platz für ein Kind zu Hause bei den Eltern ist. Daher müssen wir bei den Familien unterstützend eingreifen. Natürlich müssen wir auch beschäftigungspolitisch bessere Voraussetzungen für Familien schaffen, damit sie genug Einkommen haben zum Leben haben, damit der psychische, der finanzielle Druck auf die Familien reduziert werden kann.

Als Letztes möchte ich noch einmal ein Lob an die Jugendwohlfahrtsträger aussprechen. Sie wissen, ab 1. Juli tritt das neue Fremdenrecht in Kraft. Es sieht vor, dass Kinder bei Abschiebungen von ihren Familien entfernt werden sollen oder dass Kinder abgeschoben werden können.

Die Jugendwohlfahrtsträger haben im November 2010 beschlossen: Die Jugendwohlfahrtsbehörde darf in ihrem gesetzlichen Wirkungsbereich keine Unterstützung bei der Abschiebung einer Familie mit minderjährigen Kindern leisten. Allfällige diesbezügliche Anfragen im Wege der Amtshilfe sind daher abzulehnen. – Das ist einen Applaus wert, meine Damen und Herren. – Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Nepp gemeldet.

GR Dominik **Nepp** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist traurig, dass wir wieder einmal aus aktuellem Anlass das Thema der Jugendwohlfahrt hier im Rathaus behandeln müssen, aber man darf nicht müde sein und nicht müde werden, wenn es darum geht, sich um das Wohl der Kinder zu kümmern. Die Zahlen in Wien sind erschreckend: Knapp 5 300 vernachlässigte Kinder, wo es keine Hygiene, keine Bildung gibt, wo Vernachlässigung herrscht. Das ist in Wien möglich! 2 500 Kinder sind physischer Gewalt im Rahmen der Familie ausgesetzt.

Sogar Sie haben das noch 2009 bekräftigt, meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN. Frau Kollegin Smolik hat schon damals gesagt, das Jugendwohlfahrtssystem steht vor dem Kollaps. Nur jetzt sind Sie genauso wie die Sozialdemokraten: Sie negieren das Problem der Jugendwohlfahrt und reden es auch noch schön. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Das letzte Mal, als in diesem Haus diese professionelle Schönrede stattgefunden hat, war im Jänner. Damals waren es wir, die Freiheitlichen, die wiederum gewarnt haben, dass das System der Jugendwohlfahrt im Argen liegt. Wir haben Ihnen damals sinnvolle Vorschläge unterbreitet. Wir haben einen Dringlichen Antrag an Herrn Bgm Häupl gestellt – der übrigens heute wieder einmal durch Abwesenheit glänzt, so wichtig sind ihm anscheinend die Kinder in Wien –, und er hat uns damals geantwortet, dass eigentlich alles bestens ist, dass keine Änderungen notwendig seien, dass die Ressourcen ausreichen und die Kinder bei uns bestens geschützt und versorgt sind.

Anscheinend hat der Herr Bürgermeister damals genau gewusst, dass das Gegenteil der Fall ist, aber Sie haben wieder einmal unsere freiheitlichen Forderungen abgeschmettert, nur weil Sie und Ihre Partei zu eitel sind einzugestehen, dass Sie Fehler gemacht haben und wir die besseren Ideen haben. Man sieht wieder einmal: Ihnen liegt die Partei mehr am Herzen als das Wohl unserer Kinder. Das ist die grausliche Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber, wie gesagt, es gab schon ähnliche Fälle, bei denen genau das Gleiche gemacht wird wie jetzt: Sie bleiben untätig. Schon damals gab es die gleichen Forderungen nach Gewaltprävention, nach Schutz für die Wehrlosesten unserer Gesellschaft, nämlich der Kinder. Damals wie auch heute ist nichts geschehen.

Jeder von Ihnen kann sich an den Fall Luca erinnern. 2006 geboren, wurde nur eineinhalb Jahre alt, verstarb im November 2007. Grund dafür war auch damals häusliche Gewalt. Ihm wurden in unfassbarer Brutalität schwerste Verletzungen zugefügt. Er erlag einige Zeit später im Spital den schweren Kopfverletzungen. Ich weiß, das war zwar nicht in Wien, sondern in Niederösterreich und Tirol, aber die Meldesysteme sind identisch. Die Jugendwohlfahrt meinte damals, dass nie das Gefühl da war, dass eine Gefährdung des Kindes vorliegt.

Davor gab es den Fall Melvin, auch daran können Sie sich sicher erinnern: Auch in diesem Fall hat man nicht rechtzeitig eingegriffen, auch da ist leider ein kleiner Junge zu Tode gekommen.

Ich hoffe, Sie lenken jetzt, nach dem Fall Angelina, endlich ein und setzen unsere Forderungen um, dann müssen wir dieses grauenvolle Thema in Zukunft vielleicht nicht mehr aus aktuellem Anlass behandeln. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Was ist die Forderung für die Angelina?)* Kommt sofort.

Um solche Fälle zu verhindern, muss sich jeder fragen: Welche Stellen sind frühzeitig konfrontiert? *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Was hätten Sie gerne für die Angelina? Was schlagen Sie vor im Fall Angelina?)* Wo

bestehen Lücken im System? Und: Wie kann man dieses System optimieren? Daher fordern wir als ersten Schritt, genauso wie wir es schon im Jänner gefordert haben, eine Aufstockung der Ressourcen und eine sinnvolle Einsetzung der jetzt möglichen Mittel.

Wir fordern auch eine personelle Aufstockung. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Das klingt alles super, nur was hat das mit dem Fall Angelina zu tun? Sagen Sie nur eine Antwort!)* Herr StR Oxonitsch, wir fordern eine finanzielle Aufstockung, eine materielle Aufstockung der Jugendvorsorge um jeweils 30 Prozent, aber – jetzt sage ich Ihnen, was das damit zu tun hat –: Man muss das Problem grundsätzlich an den Wurzeln packen.

Man muss die Stellen, die von Anfang an damit zu tun haben, vernetzen. Das sind die Polizei, die Spitäler, die Jugendwohlfahrt, die Bildungseinrichtungen wie Schule, Hort und Kindergarten. Bei all diesen Stellen werden diese Fälle von Gewalt gemeldet, und das Problem ist ... *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Was hätte das beim Fall Angelina geholfen? Eine Antwort!)* Herr Stadtrat, hören Sie doch lieber zu! Können Sie auch einmal aufpassen? *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Keine Antwort!)*

Das Problem ist, dass diese einzelnen Einrichtungen nichts von einander wissen. Deswegen fordern wir eine Gewalttransparenzdatenbank, auf die diese betroffenen Stellen wie die Jugendwohlfahrt uneingeschränkt Zugriff haben sollen. Genau das haben Sie schon einmal verhindert. Sie wollen das nicht, Sie sträuben sich dagegen, Sie geben dem Täter mehr Schutz als dem Opfer, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eben der Unterschied zwischen SPÖ und FPÖ. Sie wollen die Täter schützen, wir die Opfer. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Vettermann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne gleich mit einer Frage: Warum gibt es eigentlich keine überfüllten Krisenzentren in anderen Bundesländern? – Weil es keine gibt. So schaut's aus! *(GR Mag Wolfgang Jung: Als Großstadt mehr Krisen!)* Nein!

Ich habe auch eine Geschichte, die dazu passt. Wir werden beim Volksanwaltschaftsbericht darüber sprechen. Wie heißt es da zum Schluss? „Diese hohe Qualität der Krisenabklärung sollte nicht aus budgetären Überlegungen gefährdet werden.“ Ja, um die hohe Qualität geht es, und die wird da bestätigt.

Dass sie natürlich trotzdem weiterentwickelt werden muss und dass auch weiterhin etwas geschehen muss, ist ja unbestritten. In diesem Sinn, wenn es nur darauf hinausläuft, dass man sagt: „Genug ist nicht genug!“ – damit zitiere ich Konstantin Wecker, so wie ich vorhin mit: „So schaut's aus“ den Ostbahn-Kurti zitiert habe –: Ja, soll schon sein, wird so sein.

Dass Wien da vorneweg ist, wenn man es im Vergleich sieht – wir leben nicht im Vergleich, ich sage diesen einen Satz, dann komme ich gleich zu Wien –, ist schon so, denn beim Entwurf des Bundes-Kinder- und

Jugendhilfegesetzes, wo es um das Vier-Augen-Prinzip geht, wo es aber auch um einen Hilfeplan geht, wo es überhaupt um professionelle Standards geht, da merkt man ja, dass Wien weit vorne ist und dass wir das eigentlich vorantreiben.

Es wurde ja schon gesagt, dass dieses Budget um 56 Millionen EUR auf 233 Millionen EUR erhöht wurde, was bei Weitem kein Aushungern ist.

Ich möchte auch ein bisschen darauf eingehen, was sonst noch gesagt wurde. Beim Personal hat es Forderungen gegeben. Sie haben ja einen Gewerkschafter zitiert. Auch ich kenne viele Gewerkschafter persönlich und dass die nie ganz zufrieden sind, ist klar. Aber: Gemeinsam mit der Gewerkschaft – übrigens gibt es eine KIV-Mehrheit dort – wurde vom KDZ – Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH eine Qualitätsanalyse durchgeführt. Diese ergab, dass 16 Dienstposten zu wenig sind. Diese 16 Posten wurden jetzt nachbesetzt.

Wir haben 11 neue Dienstposten für SozialpädagogInnen geschaffen, gerade jetzt im Juni, weil im 22. Bezirk ein neues Krisenzentrum, eine neue Wohngemeinschaft geschaffen wurde. Natürlich ist es so, dass Krisenzentren manches Mal überfüllt sind, gerade nach den zitierten Fällen. Da wird es immer wieder Spitzen geben, aber es wurde auch schon richtig gesagt: Wir wollen nicht immer neue Krisenzentren schaffen, sondern wir wollen schauen, dass die Verweildauer dort kurz ist. Man braucht also einen schnellen Abklärungsprozess und natürlich auch Plätze, wo man sie unterbringen kann.

Im Moment – gestern habe ich es mir angeschaut – waren in den Wohngemeinschaften 32 Plätze frei. Die Krisenzentren sind aber trotzdem voll, das muss man fairerweise sagen. Das ist natürlich etwas, was uns nicht freut. Wir versuchen, diesen Prozess zu beschleunigen.

Zur Kollegin Anger-Koch und zum Kollegen Nepp: Wir haben das Therapiebudget verdoppelt, nämlich auf 1 Million EUR. 950 Kinder sind in Betreuung, 9 964 Abklärungen hat es gegeben, weil es eben von Schulen, Kindergärten oder Nachbarn Meldungen gegeben hat. In einem Drittel der Fälle wurden Maßnahmen gesetzt. Maßnahme bedeutet natürlich nicht immer, dass das Kind gleich abgenommen wird. Wir versuchen, die Kinder in der Familie zu behalten und arbeiten gemeinsam mit der Familie, wobei diese Maßnahmen verpflichtend sind.

Weil Kollege Nepp uns immer wieder Beispiele aus Niederösterreich und Tirol bringt ... (*Zwischenruf von GR Dominik Nepp.*) Ich weiß, der letzte Fall war in Wien, aber in diesem Fall hätte selbst eine Verdoppelung des Personals nichts gebracht. Sie war im Kindergarten, ist beobachtet gewesen, ist aber dann nicht mehr gekommen. Da hat es zwei, drei, vier Versuche und sogar einen unangemeldeten Hausbesuch gegeben, aber da war das Kind schon im Spital. Diesem Fall wurde sogar massiv nachgegangen.

Solche Fälle kann man natürlich nie ausschließen. Gerade deshalb gibt es die Jugendwohlfahrt, und sie muss auch ausgebaut werden. Aber gerade dieses Beispiel zeigt eigentlich, wie schnell es geht, wie massiv das

System reagiert hat. Es hat gleich drei oder vier Versuche der Kontaktaufnahme gegeben, als sie nicht mehr in den Kindergarten gegangen ist und mit der Partnerschaft gearbeitet wurde. Ich will das jetzt nicht im Detail aufrollen, aber dass da viel geschieht, ist klar: Elterntrainingskurse, Familien-Coaching, frühe Förderung und die neue Positionierung in den Eltern-Kind-Zentren.

Andererseits – ich sage nur noch zwei, drei Sätze, weil das Licht schon blinkt, aber 14 Sekunden habe ich ja noch, super –: Wir schaffen teilweise unsere eigenen Engpässe, indem wir Bewusstseinsarbeit machen, indem wir sagen: Hinschauen, nicht wegschauen! Meldet es, macht es! Dann schaffen wir das! Da ist es klar, dass es das eine oder andere Mal eben zu einem Engpass kommt. Aber deshalb werden wir natürlich nicht aufhören, diese Arbeit zu leisten. Denn genau darum geht es uns: Wir versuchen, Bewusstsein zu schaffen und dann mit unseren Strukturen noch nachzuziehen.

Man kann also sagen, die Wiener Jugendwohlfahrt ist gut gerüstet, um sowohl personell als auch inhaltlich diese schwierige, aber auch wichtige Arbeit zu leisten. – Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen sechs des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und zwei des Klubs der Freiheitlichen eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Gemeinderatsmitgliedern vier Anträge des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt.

Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 4, 16, 20 bis 24, 26 bis 30, 33 bis 38, 41, 43 bis 57, 59, 63 bis 66, 68, 71, 73 und 75 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekanntgegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist. In der Präsidialkonferenz wurde nach entsprechender Beratung die Postnummer 77 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 1, 2, 77, 31, 32, 39, 40, 42, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 25, 60, 61, 62 und ergänzend zur Präsidiale die Tagesordnungspunkte 58, 67, 69, 70, 72, 74 und 76. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Wir kommen nun zu Post 1 und 2 der Tagesordnung. Sie betreffen Änderungen in der Gemeinderätlichen Personalkommission sowie die Wahl der Mitglieder der Gemeindevermittlungsamter.

Bevor wir über die vorliegenden Wahlvorschläge abstimmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 27 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung

sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Gemeinderat nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, die auf der Tagesordnung vorgesehenen Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren des Gemeinderates, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig angenommen.

Herr Michael Bauer ist als Dienstnehmervertreter aus der Gemeinderätlichen Personalkommission ausgeschieden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten schlägt für dieses Mandat Herrn Peter Lüger vor. - Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder der Gemeindevermittlungsamter. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 31. März 2011 wurde die Zahl der Vertrauens- und Ersatzpersonen der Wiener Gemeindevermittlungsamter mit acht Vertrauens- und acht Ersatzpersonen für jedes Gemeindevermittlungsamter festgesetzt. - Damit ergeben sich entsprechend dem Mandatsverhältnis für die SPÖ vier Vertrauens- beziehungsweise Ersatzpersonen, für die FPÖ zwei, für die ÖVP eine und für die GRÜNEN ebenfalls eine Vertrauens- beziehungsweise Ersatzperson. Die entsprechenden Wahlvorschläge wurden von den Fraktionen eingebracht und geschäftsordnungsgemäß zur Einsicht für die Mitglieder des Gemeinderates aufgelegt.

Ich bringe zunächst den Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Gemeinderates, die für diesen Wahlvorschlag stimmen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig angenommen.

Ich komme zum Wahlvorschlag des Klubs der Wiener Freiheitlichen. Ich bitte jene Mitglieder des Gemeinderates, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Wahlvorschlag des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien. Ich bitte jene Mitglieder des Gemeinderates, die dem zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zum Wahlvorschlag des Grünen Klubs im Rathaus. Ich bitte jene Mitglieder des Gemeinderates, die dem zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Hiermit sind alle in den Wahlvorschlägen angeführten Bewerber auf Grund der hiefür maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen zu Vertrauens- beziehungsweise Ersatzpersonen der Gemeindevermittlungsamter gewählt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 77 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Wiener Europadeklaration 2011 einschließlich der europapolitischen Leitlinien. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Woller, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Ernst **Woller**: Ich ersuche um Beschlussfassung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die

Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Tschirf. Ich erteile es ihm.

GR Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn die Europadeklaration heute diskutiert und beschlossen wird, dann ist es interessant, sich vor Augen führen, wie die erste Europadeklaration ausgesehen hat, die hier in diesem Haus am 25. Februar 1994 verabschiedet wurde. Sie zeigt deutlich die Entwicklung, die Europa für Wien und für Österreich genommen hat.

In der Präambel zu dieser Europadeklaration heißt es: „Als vor wenigen Jahren der Eiserne Vorhang verschwand, gingen für Wien Jahrzehnte einer geradezu extremen Randlage im westlichen Europa zu Ende.“ In der Folge ist davon die Rede, welche Chance Wien als Brücke in die Zukunft hat, welche Chance Wien gerade in Fragen der Demokratieentwicklung, der zukunftsorientierten Wirtschaftsentwicklung und so weiter hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns heute, knapp 20 Jahre später, die Situation ansehen, dann sind die Länder, die hier angesprochen worden sind, heute im Wesentlichen Mitgliedsländer der Europäischen Union, also im gemeinsamen europäischen Haus. Es liegt eine auch für Wien und die Wiener Wirtschaft extrem positive Entwicklung hinter uns. Wir sind bei dieser Entwicklung in vielem besser gelegen als andere Teile Europas, wir haben von dieser Ostöffnung unheimlich profitiert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage das deshalb, weil in diesen Tagen, wenn man die Zeitungen aufschlägt, zu Recht auch Angst herrscht. Die Situation in Griechenland ist eine, die in allen Parlamenten Europas, wahrscheinlich auch in allen Gemeindestuben diskutiert wird und die Bürger beschäftigt. Doch ein Rückschritt zur Situation, die vor 1989 bestanden hat, kann da nicht die Antwort sein! Es muss das Gegenteil der Fall sein.

Unser Ziel muss der Europagedanke sein, denn er ist der einzige, mit dem dieses Europa auch in der Welt überleben kann. Schauen wir uns doch nur die Märkte in einer globalisierten Welt an. Der Wettlauf mit den Großen, mit den Amerikanern, mit den Russen, mit den Chinesen, mit den BRIC. Vier BRIC-Länder gibt es heute, und man redet bereits davon, dass es in zehn Jahren deren elf geben wird. Da haben wir nur als Europa eine gemeinsame Chance.

Auch der Euro ist eine der ganz wenigen großen Währungen dieser Welt, das soll man nicht vergessen. Nur hat er im Gegensatz zu den anderen großen Währungen der Welt kein staatliches Gebilde hinter sich. Das ist in Wirklichkeit das Problem, das hier besteht. Während der Dollar die Vereinigten Staaten hinter sich hat, hat der Euro eben teilweise untereinander zerstrittene politische Länder.

Deshalb müssen wir einerseits den Mut haben, in der Wirtschaftspolitik viel stärkere Institutionen zu schaffen, damit dieses Europa gemeinsam auftreten kann. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Europa mitnehmen.

Wir haben in Europa ein anderes Konzept als andere

Teile dieser Welt und wir wollen das auch haben. (GR Mag Wolfgang Jung: Sie!) Was heißt, Sie? (GR Mag Wolfgang Jung: Sie wollen die Wirtschaftsregierung der EU! Sie wollen Österreich marginalisieren!)

Ich sage Ihnen eines, lieber Herr Kollege Jung: Wir haben in diesem Wien, in diesem Österreich eine Tradition, für die wir als Österreichische Volkspartei stehen, nämlich eine Friedens- und Wohlstandsordnung in Europa herbeizuführen. Wir wollen den Nationalismus des 19. Jahrhunderts nicht mehr! (GR Mag Wolfgang Jung: Den wollen wir auch nicht!) Das kann nicht die Antwort des 21. Jahrhunderts sein! (Beifall bei der ÖVP und von GRin Dr Monika Vana.)

Der Nationalismus hat uns in das 20. Jahrhundert mit vielen Millionen Toten geführt, er hat uns in viele Krisen geführt. (GR Mag Wolfgang Jung: Und jetzt machen wir, was uns die Franzosen vorschreiben!) Also Folgendes, was uns angeblich die Franzosen vorschreiben: Notwendig ist, dass wir gemeinsam für die Zukunft Europas arbeiten, so wie das um 1990 war, als wir glücklicherweise mit Helmut Kohl, Francois Mitterrand und Jacques Delors Personen hatten, die in die Zukunft zu gehen bereit waren.

Wir können nicht, weil heute eben manches nicht so gut funktioniert, sagen, gehen wir zurück ins 19. Jahrhundert, auf die Schlachtfelder von Sedan, auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges, wo unsere Großväter waren. Das wollen wir nicht! Wir brauchen ein Europa der Zukunft, und wir brauchen auch den Wunsch, dass dieses Europa tatsächlich in der Welt bestehen kann.

Ich glaube, gerade die nächste Generation hat mit ganz anderen Herausforderungen zu tun. Schauen Sie sich die gut ausgebildeten jungen Menschen in Shanghai an, schauen Sie sich die PISA-Studie zu Shanghai an, schauen Sie sich an, was sich in Indien abspielt. In diesem Wettbewerb befinden sich die Jungen in Europa, in Österreich.

Wir können nicht sagen, wir schotten uns ab, das machen ein paar Große. Gerade unsere klein- und mittelständische Wirtschaft zeigt ja, dass sie imstande ist, mit unseren Qualitäten nicht nur nach Mittel- und Osteuropa, sondern durchaus auch in andere Märkte zu gehen. Aber das geht nicht, indem wir sagen, Mauern rundherum, es ist uns wurscht, was irgendwo anders ist. Dazu ist dieses Europa, diese Welt viel zu stark zusammengewachsen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir wissen, dass die Anti-Europa-Stimmung steigt. Dem haben wir uns auch zu stellen, denn das ist viel zu ernst, als dass wir das auf die Seite schieben könnten. Aber das muss Aufgabe von jenen sein, die politische Verantwortung tragen, das können nicht jene sein, die irgendeinem alten nationalistischen Leitbild folgen oder glauben, man könne dadurch kurzfristig Stimmen lukrieren.

Wir müssen schauen, wie wir für die Zukunft entsprechende Lösungen schaffen. Dazu wird es notwendig sein, dass die Wirtschaftspolitik in Europa eben gemeinsam erfolgt. Doch müssen wir – das zeigt die Griechenlandkrise ganz deutlich – bei den Kriterien und bei der

Einhaltung der Kriterien ehrlicher sein. Denn wenn all das, was in Maastricht und später vereinbart worden ist, tatsächlich eingehalten worden wäre, hätten wir manche Probleme nicht, das muss uns ganz klar sein. (GR Mag Wolfgang Jung: Ihr Vizekanzler hat das immer abgenickt! Das ist eigentlich passiert!)

Nur muss man bitte klarzustellen: Es war die politische Entscheidung des Jahres 2004. Bei dieser politischen Entscheidung des Jahres 2004 braucht sich niemand in diesem Haus auszunehmen. Damals war ein Schröder dabei, ein Joschka Fischer und auch die Freiheitlichen, die damals in der Regierung waren. (GR Johann Herzog: Das haben sie ja hineingemogelt! Das hat ja niemand gewusst!) Das heißt, wir können darüber diskutieren, wie wir es besser machen, aber jetzt zu sagen, das hat niemand gewusst, das ist einfach nicht die Realität, lieber Kollege Jung. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Natürlich tut man sich leichter, wenn man sagt, da ist ein Schuldiger (GR Mag Wolfgang Jung: Nicht einer! Portugal, Irland!), aber wir müssen vielmehr daraus lernen. Nun gilt es zu schauen, dass man wieder jemanden wie Jacques Delors an die Spitze der Europäischen Union bekommt. Das ist eine Herausforderung, und hier geht es darum, den Mut zu haben, sich nicht immer nur mit dem kleinsten Nenner zufriedenzugeben.

Was Griechenland betrifft, brauchen wir klare Regeln. (GR Mag Wolfgang Jung: Die haben wir, aber wir halten sie nicht ein!) Es muss auch klar sein, dass Griechenland geholfen werden muss, seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu verbessern, dass es notwendig ist, dass sie wieder auf den Wachstumspfad kommen, dass es notwendig ist, dass die Schulden wieder zurückgezahlt werden können, dass es notwendig ist, dass dieses Europa sich wirtschaftlich ganz anders positioniert, dass es auch europäische Rating-Agenturen gibt, sodass wir in dieser Hinsicht nicht nur von außerhalb Europas bestimmt werden.

Das sind Fragen, die längst nicht mehr weit weg von diesem Gemeinderat sind. Wir sehen ja, dass wir darin involviert sind, und wir haben nichts davon, wenn wir uns zurückziehen und sagen: Das spielt sich alles in völlig anderen Weltgegenden ab, wir errichten unsere Mauern und der Rest ist uns gleichgültig. Wir haben diese Verantwortung, weil diese Welt eine andere geworden ist, und in vielem ist es auch gut so.

Denken wir nur an die Menschenrechte, denken wir daran, dass eben vieles, was früher völlig unbemerkt in anderen Gegenden der Welt geschehen ist, heute via Internet, via Medien mitverfolgt werden kann. Wir sehen das beispielsweise in Nordafrika. Es ist nicht mehr so wie vor 100 Jahren, als so etwas erst Wochen oder Monate später irgendwo aufgetaucht ist. Das ist auch eine Chance dieser globalisierten Welt, aber deren Spielregeln gilt es einzuhalten, und es gilt auch, da mitzugestalten.

Diese Europadeklaration – auf die möchte ich nun zurückkommen – ist sicherlich eine Chance. Ich glaube aber auch, dass wir als Wien besondere Aufgaben wahrzunehmen haben. Es ist ganz wesentlich, dass wir in einem Europa leben, in dem mittlerweile eine große

Mehrheit in Städten und eine noch größere Mehrheit in den Städten und ihren Umgebungen lebt. Das heißt, dem städtischen Raum ist entsprechende Bedeutung einzuräumen.

Es gilt auch, dass Österreich im Umgang mit beispielsweise den Ländern des Balkans und Osteuropas eine ganz besondere Erfahrung hat. Das ist eine Erfahrung, die wir für Europa einbringen können, die die Europäer wahrscheinlich sogar brauchen werden, nämlich in der Bewältigung der Herausforderung gegenüber dem Norden Afrikas.

Unsere Erfahrung besteht darin, dass wir immer ein Punkt waren, wo die Welt zusammengekommen ist, wo Religionen und Kulturen miteinander reden konnten. Das gilt es auszubauen. Da ist auch durchaus in den letzten Jahren manches verloren gegangen. Wann war der letzte Gipfel in Wien? Wann waren die letzten großen Ereignisse? Auch in diese Richtung sollten wir politisch viel stärker hinwirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten aber auch nachdenken, wie wir 20 Jahre nach Fall des Eisernen Vorhangs politisch viel stärker diese Region zusammenführen. Ich weiß, auf der Expertenebene – und in der Wirtschaft natürlich noch viel weiter – ist diese Region längst zusammengewachsen.

Warum soll es nicht, so wie es die gemeinsamen Landtagssitzungen gibt, wo Südtirol, Trentino, Nordtirol, manchmal auch Vorarlberg, beisammen sind, auch gemeinsame Landtagssitzungen geben, an denen der Wiener Landtag, der niederösterreichische Landtag, die Region um Bratislava, die Region um Győr und die Region um Brünn zusammenkommen? Warum sollten nicht auch entsprechende Aktivitäten unter Einbeziehung der Bezirke stattfinden?

Es gibt exzellente, tolle Einzelbeispiele dafür, was in einzelnen Wiener Bezirken geschieht, und ich weiß auch, was sich gerade auf der Expertenebene abspielt; aber wir sollten einen Beitrag dazu leisten, dass dieses Europa eines ist, das wir mittragen! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen ein starkes Europa. Das sage ich ganz, ganz deutlich. Das heißt nicht, dass dieses Europa nicht verbesserungswürdig wäre, das ist es. Wir brauchen dieses starke Europa, damit wir gerade aus der Situation von Wien und Österreich heraus für die Zukunft, für die nächsten Generationen etwas schaffen.

Wenn man die Europadeklaration des Jahres 1994 hernimmt, sieht man, was alles gelungen ist. Wenn man zurückgeht und sich ansieht, was gedacht wurde, beispielsweise 1968, als die Sowjetunion und die Warschauer-Pakt-Mächte in die Tschechoslowakei einmarschiert sind, und was gerade auch von Politikern der ÖVP wie Erhard Busek und Alois Mock in den 80er Jahren geschehen ist, nämlich hinsichtlich der Unterstützung der Dissidenten in Polen und so weiter – das war eigentlich ein wichtiger Beitrag und eine Voraussetzung dafür, dass wir in Osteuropa nach 1989 einen Beitrag zur Freiheit leisten konnten.

Es gibt Gegenden in der Welt, wo wir auch heute ei-

nen Beitrag dazu leisten können, dass dieser Gedanke des Friedens und des Wohlstandes, den es in Europa gibt, weitergegeben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass es öfter solche Diskussionen über Europa gibt. Ich begrüße es sehr – und habe dazu auch schon Anträge eingebracht –, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments hier reden können. Das ist gut so. Wir sollten jede Gelegenheit nutzen, um das entsprechend zusammenzubringen.

Es ist auch notwendig, dass wir den dauernden Dialog mit dem Rat und der Kommission in Europa führen, weil das eine mit dem anderen zusammenhängt, weil die Entscheidungen, die uns betreffen, teilweise in Brüssel getroffen werden.

Aber es gilt, dass wir das auch vermitteln. Es geht darum, dass Europa ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sein muss. Dann werden wir eine Chance haben. Dann wird die Krise, in der sich Europa derzeit befindet, eine wichtige Chance sein, damit Europa in der Welt eine andere Rolle spielt, damit die nächste Generation die Möglichkeiten hat, die wir haben können, um in dieser Welt zu bestehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dr Monika **Vana** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Berichterstatter!

Herr Kollege Tschirf, ich begrüße sehr Ihre Worte, die Sie gefunden haben, dass Europa nicht ins 19. Jahrhundert zurückfallen soll, in den Nationalismus, in die Geheimpolitik ohne nennenswerte Mitsprache von Parlamenten.

Selbstverständlich, dafür stehen wir auch. Ich glaube Ihnen das auch, Herr Kollege, wenn Sie zuhören, was Sie hier über das Europa, das Sie sich vorstellen, das Europa der Bürger und Bürgerinnen, ein modernes, weltoffenes Europa, sagen. Es ist aber schon eine Tatsache, und ich will das zu Beginn nur kurz anmerken, dass gerade Ihre Partei und Ihre Bewegung, sage ich einmal, die Sie unterstützen, die Europäische Volkspartei, die Neoliberalen und die Konservativen, dafür Verantwortung tragen, dass wir heute da stehen, wo wir stehen, dass die wirtschaftliche Krise zu einer politischen Krise wird. *(StR Mag Wolfgang Gerstl schüttelt verneinend den Kopf.)* – Doch, doch, doch! Sie schütteln den Kopf, weil Sie es nicht gerne hören in Ihren salbungsvollen Worten.

Gerade jetzt drohen wir mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, den wir in diesem Haus schon ausführlich debattiert haben, der genauso eine Geheimpolitik der nationalen Staaten hinter verschlossenen Türen, ohne Mitwirkung des Europaparlaments, geschweige denn der Bürger und Bürgerinnen, ist, wieder ins 19. Jahrhundert zurückzufallen. Wenn Sie für einen Richtungswechsel, eine andere, nachhaltige Wirtschaftspolitik sind, und es gibt hier einige Initiativen, auch von Grünen und SozialdemokratInnen auf Europaparlamentsebene – dazu komme ich später –, glaubwürdig mit uns kämpfen würden, denn das wäre es wert, dann hätten Ihre Worte

auch im Namen Ihrer Partei mehr Glaubwürdigkeit. Aber, wie gesagt, Ihnen Herr Kollege, glaube ich das persönlich.

Ich möchte heute mit etwas beginnen, das für uns ein großer Erfolg ist, wo wir uns freuen können, wo ein wichtiges Vorhaben der rot-grünen Stadtregierung umgesetzt worden ist, nämlich das Rederecht für EuropaparlamentarierInnen in diesem Haus. Ich denke, es ist ein wichtiger Schritt, ein Schritt, auf den wir auch stolz sein können. Wir liegen hier weit vor dem österreichischen Nationalrat, wo das eigentlich noch viel wichtiger wäre, ein solches Rederecht umzusetzen. Was ich überhaupt nicht verstehe, ist, dass es das dort immer noch nicht gibt. Es gibt eine Einigung aller fünf Parteien aus der Legislaturperiode 2006 bis 2008, ein solches Rederecht einzuführen, damals mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten und heutigen ÖVP-Obmann Spindelegger. Ich verstehe überhaupt nicht, dass sich der Nationalrat weigert, der Europapolitik den Stellenwert zukommen zu lassen, der ihr eigentlich gebührt. Aber vielleicht hat Wien mit dem Rederecht, das die rot-grüne Koalition heute in Wien beschließt (*GR Mag Wolfgang Jung: Wir beschließen das nicht?*), eine Art Katalysatorwirkung auf den Nationalrat, aber zum Beispiel auch auf andere Landtage. Denn Wien ist auch hier einen Schritt weitergegangen und hat das umfassendste Rederecht für EuropaparlamentarierInnen, das es in Österreich gibt. Es gibt Ansätze dazu in Oberösterreich. Es gibt Ansätze in der Steiermark. Diese sind aber wesentlich beschränkter, zum Teil nur auf ein Rederecht in Ausschüssen beschränkt, zum Teil nur auf Berichte der Landesregierung beschränkt. Wien geht hier eindeutig weiter. Das ist gut so, denn ich denke, der direkte Austausch des Gemeinderates, der kommunalen Ebene, mit Europa wird immer wichtiger. Das hat Herr Kollege Tschirf auch ganz richtig angesprochen.

Europa ist für Wien mittlerweile von entscheidender Bedeutung. Die Ebenen können nicht mehr, dürfen nicht mehr voneinander getrennt werden. Rahmenbedingungen für Städte werden heute nicht mehr in Gemeinderäten, in Landtagen und auch nicht mehr in nationalen Parlamenten entschieden. Sie werden in der EU-Kommission, in EU-Ministerräten und auch zunehmend mit dem Lissabon-Vertrag, und das ist gut so, vom Europäischen Parlament entschieden. Denken wir nur an den großen Stellenwert, den Europa diesmal in der Rechnungsabschlussdebatte hat. Denn allein die Rahmenbedingungen für ein Budgetdefizit, Schuldengrenzen für die nationale Ebene, beeinflussen die kommunale Ebene massiv. Wir haben von der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, Wettbewerbsrecht, Beihilfenrecht, Vergabeverfahren im Rechnungsabschluss gesprochen. All das wird massiv nicht nur beeinflusst, sondern die Weichen dafür, welche Handlungsspielräume wir in Wien überhaupt haben, werden in Europa gestellt. Deshalb ist es sehr wichtig, dass sich die kommunale Ebene direkt mit EuropapolitikerInnen, die auch entsprechende Expertisen aus ihrer fachlichen Praxis einbringen, austauscht.

Ich persönlich freue mich schon sehr auf den Austausch mit unseren österreichischen EU-Abgeordneten.

Es gibt derzeit 17 davon. Ich denke, es sitzen auch etliche davon in sehr interessanten Ausschüssen, die sich mit sehr aktuellen und, wie ich vorhin schon angesprochen habe, für Wien wichtigen Themen befassen, Evelyn Regner zum Thema Beschäftigung, Ulrike Lunacek, Ausschuss für die Rechte der Frau und Minderheiten, Othmar Karas sitzt im Sonderausschuss für die Finanzkrise und ist sicher auch ein entsprechend interessanter Ansprechpartner, Eva Lichtenberger, Karin Kadenbach und, und, und. Ich denke, das wird ein interessanter Austausch. Wir haben mit dem neuen § 12b festgelegt, wir ändern unsere Geschäftsordnung, dass die Einladung der EuropaparlamentarierInnen durch den/die Gemeinderatsvorsitzende/n nach Beschluss der Präsidiale oder auf Vorschlag des neu geschaffenen Ausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten erfolgt. Das war uns sehr wichtig, weil wir auch dort die direkte Debatte führen wollen. Ich denke, wir könnten uns überlegen, eventuell auch dort ein Rederecht für die EuropaparlamentarierInnen einzuführen, aber wesentlich ist es natürlich hier im Gemeinderat.

Ich denke auch, dass es wichtig ist, und das haben wir gemeinsam mit der Sozialdemokratie so vereinbart, dass jede Fraktion in diesem Haus auch das Nominierungsrecht hat, hier Vorschläge zu machen, wer denn von den österreichischen EU-ParlamentarierInnen eingeladen wird. Aber, wie gesagt, das wird auf Einladung des/der Vorsitzenden erfolgen. Ich denke, dass diese Regelung auch sicherstellt, dass das Rederecht der EuropaparlamentarierInnen hier nicht – ich sage es einmal unter Anführungszeichen – überstrapaziert wird, aber auch, dass es nicht zu exzessivem politischen Populismus genützt wird.

Wir wollen uns mit diesem Rederecht, und das ist uns sehr wichtig, mit dem Europaparlament, das immer mehr und mehr Rechte hat, allgemein hier austauschen. Es kann jetzt zum Beispiel auch die Änderung von Grundlagenverträgen direkt anstoßen, was im Hinblick auf eine Neuformulierung des Lissabon-Vertrages nicht uninteressant wäre. Wir wollen die laufenden europäischen Debatten näher zu den Bürgern und Bürgerinnen bringen.

Der Herr Kollege Tschirf hat die Europaskepsis schon angesprochen. Bei breiten Teilen der Bevölkerung ist diese europaweit, nicht nur in Österreich, wo die Zahlen immer schlecht waren, so groß wie nie. Vor allem die Europaskepsis oder auch Ablehnung der Jugendlichen sollte uns alarmieren. Es braucht dringend eine Stärkung der Demokratie in Europa. Das Rederecht soll auch dazu beitragen, denn die derzeitige Performance der EU ist katastrophal. Ich glaube, man kann es nicht anders sagen. Die europäischen Institutionen sind zunehmend diskreditiert, das Europäische Parlament noch weniger, weil es bisher doch oft ein recht eindrucksvolles Korrektiv zu Entscheidungen des Ministerrats oder auch, was Vorlagen der Kommission im Sozialbereich, im Umweltbereich, in demokratiepolitischen Fragen, zum Beispiel europäische Beschäftigungsinitiative, betrifft, war. Das heißt, auch hier ist es umso wichtiger, dass wir uns direkt mit dem Europäischen Parlament auseinandersetzen

und damit nicht nur die europapolitische Debatte generell in diesem Haus öffnen, sondern sie damit auch aufwerten und eben die Europapolitik der Stadt Wien insgesamt damit aufwerten und ganz einfach stärken. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Danke schön. Jetzt habe ich den Applaus.

Jetzt kann ich sagen, dass wir GRÜNE finden, dass es heute nur ein erster Schritt ist und dass wir uns eigentlich wünschen würden, dass alle 736 Abgeordneten sprechen würden, aber das kann ja noch werden.

Ein paar Worte zum Punkt, den wir jetzt mit diesem Tagesordnungspunkt beschließen, der Europadeklaration. Herr Kollege Tschirf hat es schon angesprochen. Der historische Rückblick war sehr interessant, weil da war dann eine große Lücke zwischen 1995 und jetzt. Wenn Sie sich erinnern können, jene, die schon länger in diesem Haus sind, wann es denn die letzte Europadeklaration gegeben hat. Wir haben uns regelmäßig über Europa ausgetauscht, sagen wir es einmal so. Das ist zum Beispiel zum Teil auch auf Druck der Opposition zustande gekommen.

Es hat regelmäßig Mitteilungen des Bürgermeisters zu europapolitischen Fragen, die auch sehr wichtig waren, gegeben. Aber die letzte Europadeklaration stammt aus dem Jahr 2003, meine Damen und Herren! Das ist acht Jahre her! Das heißt, man kann nur sagen, es ist höchste Zeit, dass die rot-grüne Stadtregierung jetzt in ihrem Regierungsübereinkommen diese Neufassung der Europadeklaration vereinbart hat und sie auch gleich umsetzt, denn so eine Europadeklaration ist wichtig. Sie ist die gemeinsame Basis für unsere europapolitischen Aktivitäten der Stadt Wien. Sie ist eine Willenserklärung des Gemeinderates, an der sich Bürgermeister, Stadtregierung, aber auch die Verwaltung politisch orientieren sollten. Sie wurde, und das finde ich schön, von allen vier Parteien im Europausschuss einstimmig verabschiedet, was eigentlich angesichts der großen inhaltlichen, ich nenne es ideologischen Differenzen, die es zum Teil in europapolitischen Fragen gibt, bemerkenswert ist. Aber in der Frage der Aufwertung der Europapolitik und auch der verstärkten Debatte in diesem Haus sind wir uns einig und das ist gut so.

Ich möchte einige Punkte hervorheben, die für uns GRÜNE in dieser Europadeklaration besonders wichtig sind:

Ein Punkt ist, Wien tritt für eine europäische Sozialunion ein. Dieser Begriff ist wichtig, weil es gibt hier sehr vage Begrifflichkeiten wie soziale Dimension und so, die immer wieder verwendet werden. Wir sagen, wir brauchen als Gegengewicht zur Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere auf Grund der europäischen Wirtschaftsregierung, auf die ich später noch komme, eine echte Sozialunion, die diesen Namen auch verdient.

Wien trägt aktiv zur Erreichung der Europa-2020-Ziele bei. Das sind Klimaschutz, Armutsbekämpfung, Beschäftigungsförderung, Senkung der Zahl der SchulabbrecherInnen, zum Beispiel, die jetzt zwar durch die Neuregelungen, die Verschärfungen des Europäischen Stabilitätspakts gefährdet sind, aber ich denke, es ist ganz wichtig, dass sich Wien auch aktiv in den Städte-

netzwerken, wo Wien integriert ist, für eine Beibehaltung dieser Europa-2020-Ziele einsetzt, und nicht, dass die jetzt klammheimlich wieder in der Schublade verschwinden, wie es schon oft mit mühsam erkämpften sozialen Forderungen auf EU-Ebene passiert ist.

Wien kämpft für öffentliche Dienstleistungen. Wir haben das schon in der Rechnungsabschlusswoche kurz diskutiert. Wir wollen die Daseinsvorsorge sicherstellen. Mit uns gibt es keine Liberalisierung von Wasserversorgung, von Gesundheits- und sozialen Dienstleistungen. Ich denke, im Herbst mit der Neuvorstellung des Monti-Kroes-Pakets durch Kommissar Almunia werden wir sehen, ob sich dieses Dossier vielleicht für eine Subsidiaritätskontrolle eignet, um soziale Dienstleistungen hier wirklich auszuklammern. Aber schauen wir einmal. Wir geben dem noch Zeit.

Wir werden uns in der Europadeklaration einigen, noch ist sie nicht beschlossen, dass Umweltschutz und Bewahrung des Ökosystems in der Donauraumstrategie Vorrang haben müssen, dass die Mitsprache der Städte in der EU gestärkt werden soll, insbesondere auch die städtische Dimension in den neuen Strukturfonds, die übrigens heute von EU-Kommissionspräsident Barroso vorgestellt wurden oder werden. Ich war jetzt nicht online, aber ich glaube, werden. Ganz wichtig, da sieht man auch die gestärkte Macht des Europäischen Parlaments. Kommissionspräsident Barroso hat gesagt: „Noch nie war die Handschrift des Europäischen Parlaments bei jeder einzelnen Richtlinie in diesem Strukturfonds so groß wie jetzt.“ Das gibt Hoffnung, auch für die sozialen, für die Frauen- und für die Klimaschutzförderungen in der nächsten Strukturperiode.

Wir setzen uns für grenzüberschreitende Beschäftigungsinitiativen ein.

Wien setzt sich mit dieser Europadeklaration auch für eine aktive Antiatompolitik in Europa ein, wo wir leider Anfang dieser Woche einen bedauerlichen Rückschlag erleben mussten. Neo-Wissenschaftsminister Töchterle hat 2,5 Milliarden EUR Atomforschungsgelder im EU-Wettbewerbsrat abgeseget. Vom Atomausstieg, der nach dem tragischen japanischen Reaktorunfall viel propagiert wurde, also keine Spur. Ich denke, das ist ein bisschen peinlich für Österreich und auch eine nicht ungefährliche Politik.

Mit dem Stichwort „nicht ungefährliche Politik“ komme ich zum letzten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zur aktuellen Griechenlandpolitik, zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und zur europäischen Wirtschaftsregierung. Auch dazu äußert sich die Wiener Europadeklaration kritisch. Das trägt auch viel grüne Handschrift, dass wir klar sagen, wir tragen so einen Europäischen Stabilitätsmechanismus, wie er derzeit geplant ist, nicht mit. Die GRÜNEN tragen ihn jedenfalls eindeutig nicht mit. Selbstverständlich, und das haben wir an dieser Stelle schon bei der Sondersitzung im Gemeinderat diskutiert, sind die GRÜNEN für europaweite Solidarität und für Griechenlandhilfe, geknüpft an Bedingungen – wir haben das immer gesagt –, wie Korruptionsbekämpfung, Senkung der Rüstungsausgaben und begleitet, und das ist wichtig, von Investitionen in

den nachhaltigen Aufbau einer Wirtschafts- und Industriestruktur. Wir finden es aber eigentlich inakzeptabel, wie dieser Europäische Stabilitätsmechanismus künftig ausgestaltet werden soll, die Form der Hilfe, wie sie vergeben wird, die Bedingungen, die an die Hilfe geknüpft werden, Privatisierungen, Sozialabbau, Abbau öffentlicher Dienstleistungen, eigentlich ein sozialpolitischer Kahlschlag.

Wir sehen das Ergebnis. Europa ist nicht mehr nur in der Finanzkrise. Ich denke, Europa ist im Moment im Ausnahmezustand. Schauen Sie sich die Fernsehbilder an, die wir tagtäglich aus ganz Europa sehen, oder nicht tagtäglich, aber im Wochenabstand. Es ist nicht nur Griechenland, wo wir Massendemonstrationen sehen. Es ist Spanien. Es ist Portugal, das übrigens auch ein massives Sparpaket bis 2013 durchdrücken muss, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Senkung des Arbeitslosengeldes, Steuererhöhungen, weil es auf Druck der EU und des Internationalen Währungsfonds 78 Milliarden EUR einsparen muss, um seine sogenannte Pleite abzuwenden. Es ist Großbritannien. Es ist Tschechien. (*GR Mag Wolfgang Jung: Rumänien!*) Es ist Spanien, wo Massen – ich nenne es bewusst Massen, weil es diese Dimension erreicht hat –, auf die Straße gehen, gegen Lohn- und Pensionskürzungen, gegen den Raubbau an ihrem Sozialsystem, gegen den Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen und auch dagegen, dass die Bevölkerung wieder einmal für die Krise zahlen muss, die sie nicht verursacht hat, meine Damen und Herren, demonstrieren.

Das ist einfach die falsche Politik. Das ist der falsche Weg. Das kann so nicht funktionieren. Das sind die Fehler der Vergangenheit, die uns in die Krise geführt haben. Es ist fast kein Licht am Horizont, um aus dieser Krise herauszuführen, weil diejenigen, die früher am Hebel gesessen sind, sitzen jetzt weiter am Hebel und machen dieselbe falsche Politik zu Lasten der Bevölkerung, zur Absicherung der Finanzmärkte, zur weiteren Absicherung des neoliberalen Wirtschaftssystems. Denn nichts anderes sind dieser Europäische Stabilitätsmechanismus und diese europäische Wirtschaftsregierung, die strukturelle Absicherung des Neoliberalismus in Europa. Dafür stehen wir GRÜNE sicher nicht.

Wir GRÜNE wollen einen Richtungswechsel in Europa. Es braucht diesen Richtungswechsel in Europa. Wir stehen für ein anderes Europa. Wir sagen immer, wir brauchen mehr Europa, aber wir brauchen ein anderes Europa. Wir brauchen einen nachhaltigen ökonomischen, ökologischen, sozialen und demokratiepolitischen Richtungswechsel in Europa.

Was wir nicht brauchen, meine Damen und Herren, ist eine Kampagne der Bundesregierung für den Euro, wie sie für Herbst angekündigt ist. Das brauchen wir nicht. Ich weiß nicht, ob ich über den Vorschlag von Finanzministerin Fekter – ich habe es vor zwei Tagen in der Zeitung gelesen, dass eine solche Initiative geplant ist – entsetzt oder belustigt sein soll. Also es ist nicht lustig, es ist eigentlich entsetzlich, wie man so an den Sorgen und Nöten und Problemen vorbeigieren kann! Nein, wir brauchen keine Kampagne für den Euro! Wir brauchen einen ernsthaften und nachhaltigen Kurswech-

sel und politischen Richtungswechsel in Europa, das heißt, auch eine andere Politik der Bundesregierung in dieser Frage. Das muss hier gesagt sein.

StRin Brauner hat richtigerweise in der Rechnungsabschlussdebatte, und ich war ihr sehr dankbar dafür, angesprochen, was es alles an Maßnahmen für einen europapolitischen Kurswechsel braucht. Allen voran hat sie die Finanztransaktionssteuer angeführt. Das ist richtig. Die GRÜNEN kämpfen seit Jahren dafür. Es gibt dafür auch entsprechende rot-grüne Initiativen im Europaparlament. Wir wollen gemeinsam eine der ersten europäischen Bürgerinitiativen, sobald sie in Kraft tritt, für die Frage dieser Finanztransaktionssteuer verwenden. (*GR Dr Matthias Tschirf: Das ist falsch!*) Allerdings bin ich ein bisschen skeptisch, wenn ich mir die neuesten Nachrichten von Kommissionspräsident Barroso anhöre, der zwar sagt, im Herbst wird er einen neuen Vorschlag vorlegen, aber Großbritannien blockiert nach wie vor. Das ist für einige Staaten, die zwar behaupten, sie wollen die Finanztransaktionssteuer, aber sie eigentlich nicht wirklich wollen, sehr bequem, Großbritannien, Politik des leeren Stuhles. Wir kennen das alle noch von vor vielen Jahren.

Da bin ich skeptisch, ob das etwas wird. Ich glaube also, es wird wirklich der Bürger und Bürgerinnen und einer solchen europäischen Bürgerinitiative bedürfen, eine solche Finanztransaktionssteuer einzuführen.

StRin Brauner hat weiters richtigerweise erwähnt: Regulierung der Finanzmärkte, Vorgehen gegen Spekulationen, Brechen der Dominanz der Rating-Agenturen. Was wir jetzt in Europa erleben, ist eigentlich eine beispiellose Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik. Rating-Agenturen machen Politik. Es wird ihnen aber auch von den Politikerinnen und Politikern diese Macht eingeräumt. Diese gilt es längst zu brechen. Ich bin sehr froh, dass es jetzt eine Initiative im Europäischen Parlament zur Schaffung einer europaweiten Rating-Agentur und auch zu einer Schwächung der Macht und des Einflusses solcher Rating-Agenturen auf die Bonität von Staaten, die man einfach nicht vergleichen kann mit der Bonität von Unternehmen, gibt. Wer auf eine solche Idee kommt, dass ein Staat genau so zu bewerten ist wie ein privates Unternehmen, ist einfach am falschen Dampfer. Es tut mir leid. Das gehört endlich einmal abgestellt. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Richtungswechsel in Europa haben wir angesprochen. Ich ergänze die Punkte, die StRin Brauner angesprochen hat, noch um einige, für die die GRÜNEN seit Langem kämpfen: Schließung von Steueroasen, Mindestunternehmensbesteuerung, qualifizierte Mehrheit bei Steuerharmonisierung im Ministerrat statt Einstimmigkeitsprinzip, wirksame europäische Finanzmarktaufsicht, sprich, ein proeuropäischer Gegenentwurf zum Antieuropäismus der Rechten, zu ihrem gnadenlosen Populismus und zum kleinkarierten Nationalismus, der sehr oft sehr schnell in unverhohlenen Rassismus kippt. Wir stehen für eine Alternative für Europa, für das Mehr an Europa und das andere Europa, für das soziale, das demokratische, das ökologische, das nachhaltige Europa und das Europa der Chancengleichheit. Wir kämpfen auch dafür.

Es gibt etliche grüne und rot-grüne Initiativen, die ich schon angesprochen habe, die zum Handeln aufrufen und die uns Gelegenheit geben, jetzt auch wirklich etwas zu ändern und zu beeinflussen. Die Zeit ist nämlich jetzt. Wann, wenn nicht jetzt? Jetzt entscheidet es sich. Mit dieser europäischen Wirtschaftsregierung machen wir Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte. Ich denke, wer hier jetzt die Weichen falsch stellt, hat den Crash, der folgen wird, zu verantworten. Nicht nur das Auseinanderbrechen des Euros steht im Raum. Ich denke, auch das Auseinanderbrechen der EU und das Scheitern der gesamten Idee der europäischen Integration stehen im Raum, wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Krise zu meistern und einen politischen Richtungswechsel in Europa herbeizuführen.

Der Kollege Tschirf, der jetzt nicht mehr da ist, hat es angesprochen. Ich sehe auch das Friedensprojekt Europa in großer Gefahr. Ich denke, es ist nicht einmal 100 Jahre her, meine Damen und Herren, dass zwei Weltkriege Zerstörung, unermessliches Leid, Not und Elend über dieses Europa gebracht haben, dieses Europa verwüstet haben. Das ist nicht lange her. Das ist nicht so lange her, wie manche tun. Das ist nicht einmal 100 Jahre her. Der Frieden ist nicht abgesichert. Wir dürfen es nicht mehr zulassen. Nie wieder dürfen wir es zulassen. Da sind jetzt wir und unsere Politikergeneration gefordert, wachsam zu sein und zu handeln. Ich denke, eine dieser wichtigen Handlungsmöglichkeiten ist jetzt, denn wir stehen vor Weichenstellungen in Europa.

Ich habe es schon angesprochen, für den Richtungswechsel in Europa gibt es eine rot-grüne Initiative von Sven Giegold und Udo Bullmann, auch noch ein Argument, warum es spannend wäre, allen 736 EuropaparlamentarierInnen das Recht zu geben, hier im Haus zu sprechen, „Change for Europe“ heißt sie. Ich kann nur an Sie alle appellieren, diese Petition zu unterzeichnen. Denn die Stärkung, nicht die Schwächung Europas ist das Ziel dieser Initiative, ökologische Modernisierung, Steuerharmonisierung. Ich habe es schon angesprochen. Ich werde nicht alle Forderungen, die darin aufgezählt sind, wiederholen.

Es gibt auch eine Initiative der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft der Privatangestellten als Initiative von grünen und roten GewerkschafterInnen, die wir sehr unterstützen, die die Zustimmung im Nationalrat zur Änderung des Art 136, der den Europäischen Stabilitätsmechanismus ermöglicht, an die Einführung von Vermögenssteuern bindet. Wir denken, das ist eine sehr kluge Initiative, eine wichtige und bemerkenswerte Initiative. Wir Wiener GRÜNEN unterstützen sie auch aus vollem Herzen, ich hoffe, meine sozialdemokratischen KollegInnen ebenfalls.

Sie haben es wahrscheinlich gelesen, die „Financial Times“ schreibt: „Der grüne Zwerg zeigt Muskeln.“ Im Nationalrat fordern wir, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus nur dann kommt, wenn gleichzeitig Eurobonds eingeführt werden, die das Spekulieren gegen Anleihen von Nationalstaaten erschweren sollen und, noch wichtiger, Private in die Hilfspaketen für in Finanznot geratene Staaten, kurz, für die Milliardenhilfen

im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus, auch einbezogen werden. Man hat uns schon vorgeworfen, diese Maßnahme sei Erpressung. Wir sagen, es ist keine Erpressung, es ist eine gerechtfertigte Forderung. Angesichts des Ernstes der Lage muss man sich wirklich fragen, unter welchen Bedingungen man überhaupt verantworten kann, die Zustimmung zu einem solchen Europäischen Stabilitätsmechanismus zu geben. Ich hoffe, dass Bundeskanzler Faymann, an den wir auch einen entsprechenden Brief geschrieben haben, den auch der Wiener Universitätswissenschaftsbeauftragte Van der Bellen unterzeichnet hat (*GR Mag Wolfgang Jung: Seine erste Arbeit!*), für einen Richtungswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik im Gegenzug zur Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus kämpfen wird.

Meine Damen und Herren, alle, die sich heute hier herausstellen und sagen, Europa muss anders werden, die EU muss anders werden, sollen mit uns im Rahmen dieser Initiativen kämpfen! Wir denken, es ist es wert, Europa ist es wert und Wien ist es wert! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Europa muss anders werden. Hier stimme ich meiner Vorrednerin vollinhaltlich zu. Ich glaube, das kann im Zuge des gegenwärtigen Chaos, das sich leider in Griechenland abspielt, kaum jemand bestreiten. In den Folgerungen, was anders werden muss, sind wir nicht unbedingt immer einer Meinung.

Aber zunächst einmal zu einem sehr positiven Punkt: Nach sehr langem Hin und Her und dem Drängen auch der Opposition zur Bildung eines Europaausschusses für Fragen der EU, und was wir nicht vergessen sollten, heißt daher, auch zu Fragen mit internationalem Bezug, sind wir jetzt endlich dazugekommen. Ich sage bewusst, nach langem Drängen der Opposition, denn ich bin nicht ganz sicher, ob es so gekommen wäre, wenn die SPÖ nach den Wahlen noch die absolute Mehrheit gehabt hätte. Das ist wahrscheinlich der einzige Punkt, oder einer von zwei Punkten, wo sich die GRÜNEN in der Regierung bisher durchgesetzt haben. In allen anderen Punkten gibt es nur Versprechungen beziehungsweise Verzögerungstaktik. Vor allem, was den Wahlbereich betrifft, ist leider wenig in Bewegung. Hier ist das erfolgt. Das ist erfreulich.

Der Lissabon-Vertrag und die allgemeine Entwicklung in der Union machen es auch zunehmend notwendig, Stellung zu jenen Fragen zu beziehen, die Stadt, aber auch Region betreffen. Die innerösterreichischen Voraussetzungen sind jetzt grundsätzlich geschaffen. Wien war am Zug und hat jetzt auch gehandelt. Es gab erste Regelungen. Wir haben eine Kommission gehabt. Jetzt werden wir auch die Möglichkeit haben, in diesem Gremium, dem Ausschuss, wie wir gehört haben, mit Europaabgeordneten direkt zu diskutieren. Bei den Modalitäten wird man noch sehen, wie sich das in der Pra-

xis und in der praktischen Umsetzung auswirkt.

Die Begründung für einen gewissen Optimismus für die Arbeit in dieser Kommission beziehen wir nicht zuletzt daraus, wie der letzte Europabericht, der uns jetzt vorliegt, im Vorfeld behandelt wurde. Im Gegensatz zu früher wurden hier frühzeitig die Parteien einbezogen und es erfolgte eine Abstimmung, sodass jetzt auch eine gemeinsame Erklärung notwendig wurde. Der Dank dafür gebührt, und das möchte ich ausdrücklich sagen, der Frau Ausschussvorsitzenden Dr Vitouch und den daran arbeitenden Beamten, die für eine sehr formlose, aber höchst korrekte Durchführung und auch mehrfache Abstimmung mit uns gesorgt haben. Es gab eine begleitende Information und es gab keinerlei Tricks. Erleichtert wurde die Kooperation auch dadurch, dass diesmal schon der Entwurf, offenkundig als Folge der Entwicklung nach Lissabon sowie der Griechenlandproblematik, viel realistischer und weniger euphorisch ausgefallen ist als in früheren Jahren.

Die Stadtregierung erkennt jetzt, dass wir zwar nicht wirklich gestärkt wurden in unseren Rechten, aber zumindest, was die Information betrifft, etwas besser dastehen als früher. Der Bürgermeister hat selbst gesagt, der Handlungsspielraum ist eigentlich sehr eingeschränkt. Ich habe es gestern auch kritisiert, dass die Stadt keinen Handlungsspielraum mehr hat.

Eine wirkliche Waffengleichheit ist hier leider nicht gegeben. Das Problem liegt vor allem in einem enormen Zeitdruck zwischen dem Zeitpunkt, zu dem die Informationen bei uns einlangen und dem dazwischenliegenden rein formalen Ablauf und unseren Möglichkeiten, Stellung zu nehmen. Die Kommission in Brüssel arbeitet da auch nach altbewährter Methode, indem sie die – unter Führungszeichen – untergeordneten Stellen mit Papier zudeckt und es fast nicht ermöglicht, so etwas wirklich zu bearbeiten. Man kann sich immer nur gezielt auf einige Schwerpunktbereiche werfen. Noch schwieriger ist es für die einzelnen Parteien, vor allem wenn sie nicht auf einen Regierungsapparat zurückgreifen können. Damit wird diese Kooperation der Regionen auch in manchem leider zum Papiertiger, weil es eben viel mehr Vorlauf brauchen würde, um Abstimmungen von Standpunkten zu erreichen. Das liegt natürlich im Interesse von Brüssel, wo man die Politik des Verwirrens und Drüberfahrens verfolgt, wie wir gerade in diesen Tagen leider sehr genau beobachten können.

Im Zweifelsfall hält man sich auch nicht an die Verträge. Der Kollege Tschirf hat es angesprochen. Nur die Konsequenzen fehlen mir dann. Wir haben gestern Abend eine Dame in höchste Finanzfunktionen bestellt bekommen, die französische Finanzministerin, Frau Lagarde, die wortwörtlich gesagt hat: „Den Vertrag von Lissabon haben wir nicht eingehalten. Aber es war quasi so zweckmäßig und wir haben es getan und das war gut so.“ – Also wenn man sich nicht an den Vertrag hält, dann ist das gut so in dieser Union! Das regt zum Nachdenken an. Das sollte all diejenigen zum Nachdenken anregen, die dauernd meinen, wir sollten weitere nationalstaatliche Rechte abgeben. Denn dann wird wirklich über uns drübergefahren, Frau Kollegin Vana, wenn die

Großen zur Gänze das Bestimmen haben. Sie haben eh schon viel zu viel zu sagen und wir sind nur noch Randerscheinungen, die im Fahrwasser der Franzosen oder der Bundesrepublik segeln. Das sollte auch bedacht sein.

Hier geht es nicht um Nationalismus und hier geht es auch nicht um Kriege innerhalb Europas, die es auch ohne die Union nicht gegeben hätte. Wir waren nicht in der Europäischen Union und haben bis 1990 auch keinen Krieg geführt. Also das ist ein bisschen eine Spielerei, wenn immer von der Friedensunion geredet wird. In Wirklichkeit ist es eine Wirtschaftsunion. Der ÖVP geht es, und das ist auch die Einsicht bei der ganzen Geschichte, bei diesen ganzen Verhandlungen in erster Linie nur um die Wirtschaft. Das verstehen Sie selbst, glaube ich, zum Teil nicht, weil wir spielen gar nicht mit in der Liga um das ganz große Kapital, das die Gelder verschieben kann und verschoben hat und für das wir jetzt draufzahlen.

Wie gesagt, einige halten sich nicht an die Vorschriften. Das haben auch die Griechen nicht gemacht. Sie haben sich in die Eurozone hineingeschwindelt. Alle haben leider die Augen zugeedrückt, weil man geglaubt hat, es wird gutgehen. Jetzt haben wir das Problem. Heute zahlen sie zwar Strafe für manches, aber die Strafe zahlen sie von dem Geld, das wir ihnen vorher gegeben haben. Ich empfehle Ihnen, sich einmal die Homepage der EU-Betrugsbehörde OLAF anzusehen. Da wird Ihnen schlecht, wenn Sie lesen, wie ohne Konsequenzen belogen, betrogen und bestohlen wird.

Der Chef der Eurozone, Herr Juncker, hat kürzlich ungeniert eingestanden, wenn es ernst wird, muss man auch lügen. Das liegt voll auf der Linie der Frau Lagarde. Wenn es ernst wird, muss man lügen! Die Lüge ist die Moral des neuen Europas! Ich frage mich wirklich, wie Sie sich damit identifizieren können! Das sind die Köpfe des neuen Europas, die das sagen. Die ÖVP und die SPÖ im Galopp dahinter treten ganz massiv dafür ein. Wir Österreicher müssen uns auch selbst auf die Brust klopfen, denn wenn wir jetzt einen EU-Abgeordneten nach dem anderen als Lobbyisten und in die eigene Tasche arbeitend haben und demontiert sind, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die Meinung über die Abgeordneten in der Europäischen Union keine gute ist.

Aber zurück zum Bericht und zu den eigenen Problemen: In ihm wird ein anderes Europa verlangt. Ich bin schon darauf eingegangen und habe auch gesagt, wir können nur zustimmen. Mehr Rücksichtnahme auf die Besonderheiten in den Regionen und Staaten wäre angebracht. Die Subsidiarität ist ein Wort, das zwar auf dem Papier steht, aber bei Weitem in dieser Union nicht gelebt wird. Wir haben das immer wieder verlangt und werden dann immer als Befürworter der Renationalisierung kritisiert. Heute wird aber immer wieder lauter davon gesprochen.

Im Bericht zur Wiedereingliederung der Geringqualifizierten und Arbeitslosen wird die Nutzung des EFRE-Programms angesprochen. Große Hoffnungen, glaube ich, dürfen wir uns darauf nicht machen, denn die Kom-

mission beabsichtigt, wie wir gehört haben, diese Gelder wesentlich Richtung Griechenland zu transferieren, und zwar wieder entgegen den bestehenden Bestimmungen, weil sie keine Kofinanzierung bekommen können. Die Kofinanzierung soll jetzt die Weltbank oder irgendjemand anderer übernehmen, auch hier ein Bruch der Regeln, wie es gerade kommt.

Dann steht drinnen, dass wir der Meinung sind, dass die Union mit ihren Strukturreformen die nationalen, sozialen Standards und Sozialsysteme nicht aushöhlen darf, sehr wichtig, sehr richtig, auch einer der Gründe für uns zuzustimmen. Es ist uns auch deswegen leicht gefallen zuzustimmen, weil schon im Vorfeld, eigentlich schon voriges Jahr, zu erkennen war, dass die Skepsis über die endgültige Ausformung der Dienstleistungsrichtlinie und der Vergaberichtlinie und der dabei entstehenden Probleme, vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe, langsam auch in der SPÖ zu greifen beginnt. Sie wird also offenkundig auch von der Stadtregierung geteilt.

Es gibt natürlich in dem Bericht auch Punkte, die nicht unbedingt unsere völlige Begeisterung hervorrufen oder denen wir nicht gerade zentrale Bedeutung zumessen, die wir aber in dieser Form – es ist eine gemeinsame Erklärung – akzeptieren können. Ich will nur einen einzigen Punkt oder zwei Punkte herausheben:

Wir halten den Bereich Gender Mainstreaming in dieser Form wirklich für etwas übertrieben. Diese Gleichbehandlung von Mann und Frau ist selbstverständlich, richtig und auch notwendig. Aber sie sollte auf naturgegebene Zwänge und Einschränkungen eingehen, sie nicht weglegen, sollte gleichberechtigten und soll nicht gleichmachen. Ausformungen wie Binnen-I und Unterstrich verkomplizieren das tägliche Leben und machen es in manchen Bereichen geradezu lächerlich. Sie machen es schwierig, Gesetzestexte zu lesen. Sie verhunzen manchmal auch die Sprache und machen das an sich legitime Anliegen in der Öffentlichkeit, wie gesagt, eher lächerlich, als dass sie ihm nützen. Sprache wächst, Sprache wird nicht verordnet.

Im Übrigen sind wir auch nicht Anhänger von Gender Mainstreaming im Sinne der GRÜNEN. Ich habe da eine Flugschrift der Grünen Jugend: „Einfach den eigenen Forderungen mehr Nachdruck verleihen durch die Frauen“, und die junge Frau würgt ihren Partner. Das ist nicht die Form von Gleichberechtigung und von Gender Mainstreaming, die wir uns vorstellen.

Ein klassisches Beispiel ist im Übrigen, und wir werden sie demnächst behandeln, die Beschlussvorlage des Europarats mit der Nummer 12 267. Diese Beschlussvorlage empfiehlt – ich gebe es Ihnen als wirklich charakteristisches Beispiel – die Verwendung des Begriffes Mutter, wie es wörtlich heißt, „als ein sexistisches Stereotyp nicht mehr zu verwenden“, weil es die Gender-Gleichheit behindert. Statt „Vater“ und „Mutter“ soll zukünftig der neutrale Begriff „das Elter“ verwendet werden. Wir werden dann den „das Eltertag“ feiern! Meine Damen und Herren, das zeigt, wie absurd manche von den Vorstellungen sind, die am extrem linken Flügel vertreten werden.

Es liegt uns auch ein Bericht über die internationalen

Aktivitäten der Stadt Wien 2010 vor. Wir haben ihn zur Kenntnis genommen und stellen fest, dass er weitgehend durchaus informativ und aussagekräftig ist. Der Dank dafür geht wiederum an die mit der Erstellung befassten Beamten. Dass uns halt auf jeder zweiten Seite der Herr Bürgermeister oder der Herr Stadtrat entgegenlächelt, sind wir aus der Inseratenserie der SPÖ mittlerweile ohnehin gewohnt. Vielleicht darf das nächste Mal auch eine Grüne oder ein Grüner auf Hochglanz erstrahlen, vielleicht die Frau Vassilakou bei einem Griechenland-Hilfspaket. Dafür können dann die Beamten nichts.

Ein weiterer Punkt, aber recht bezeichnend für die schnellen Positionsveränderungen, ist übrigens das Kapitel Libyen. Da steht, die Stadt Wien hat auch Kontakte zu Libyen, die hat nicht nur Haider gehabt. Da steht ausdrücklich drinnen: „Schon in den letzten Jahren ergaben sich Kontakte zwischen dem Gemeinderat und libyschen Einrichtungen.“ Es ist offenbar nicht nur der Haider hinuntergefahren. „Das Land erlebt einen rasanten Modernisierungsschub, der insbesondere die Infrastruktur umfasst.“ Dann geht es weiter, wo die wirklichen Interessen liegen. „Über die Wirtschaftskammer stellt sich eine Reihe von Betrieben vor, die schon vorher in Libyen tätig waren.“ Gestern war es noch der Modernisierungsschub, den die Regierung gelobt hat. Heute werden die Rebellen anerkannt. Mal sehen, was dann im nächsten Jahr im Bericht darüber steht.

Man hat uns auch, sehr kurzfristig allerdings, gefragt, ob wir zu diesem Bericht Änderungs- oder Ergänzungswünsche hätten. Es wäre natürlich einiges, besonders bei den doch immer wieder durchklingenden Lobgesängen, nachzutragen gewesen. Ich habe aber große Zweifel, ob dies dann Eingang in den Bericht gefunden hätte. Wir hätten die Arbeit wahrscheinlich vergeblich gemacht. Mein Vorschlag war daher ein anderer. Ich habe gemeint, man sollte den Parteien ein kurzes Kapitel mit einem festgelegten Platz zur Verfügung zu stellen, wo sie ihre Positionen zu Europa darlegen könnten. Die Prüfung wurde uns zumindest zugesagt. Wir werden im nächsten Jahr sehen.

Unsere Bedenken zu Griechenland – meine Kollegin wird ohnehin auch noch ausführlicher darüber sprechen – haben wir bereits mehrfach vorgetragen. Das Thema wird auf der Agenda bleiben. Wer sich gestern Nacht nach unserer Sitzung vielleicht noch die Mitternachtsnachrichten angesehen hat, merkt, welche Brisanz in diesem Thema liegt. Wir werden leider in den nächsten Tagen wahrscheinlich noch sehr viel damit zu tun haben. Eines zeigt sich allerdings, auch hier werden wir maßlos beschwindelt. Erst hat man gesagt, das ist alles zu handeln. Ursprünglich hätte Portugal das einzige Problem bleiben sollen, Island ohnehin. Dann hat man gesagt, Griechenland wird mit einer Einmalzahlung gerettet werden können. Jetzt überlegt man schon den nächsten Rettungsschirm und dazwischen Zahlungen und eigentlich sagt fast jeder Fachmann heute schon, Griechenland ist nicht zu retten.

Diese Einbeziehung in den griechischen Sumpf wird für uns wirklich gefährlich, denn sie gefährdet auf Dauer

gesehen auch unsere Kreditwürdigkeit und nicht nur die der Griechen. Gerade der Vorschlag mit den Eurobonds ist alles andere als ein Ausweg daraus. Denn das heißt wieder nichts, als eine Art von Schuldenvergemeinschaftung, die wir weiter übernehmen, und führt immer noch mehr hinein in eine Vereinheitlichung, wo die braven Zahler die Schuldner finanzieren. Island hat auch Probleme gehabt, hat aber jetzt gute Aussichten, in die Europäische Union zu kommen. Die haben auch ein Sparpaket durchgezogen, ein sehr hartes Sparpaket. Aber im Unterschied zur griechischen Bevölkerung hat das die Bevölkerung dort, wenn auch knirschend, zur Kenntnis genommen und will nicht die anderen zur Kasse bitten. Es kann nicht der Weg sein, dass wir auf Dauer, und seit Jahrzehnten tun wir das schon, solche, die bedenkenlos ihr Geld zum Fenster hinauswerfen oder auch in die eigene Tasche stecken, finanzieren. Man sagt immer, die Banken sollen zahlen. Die Banken werden es nie zahlen, denn die Banken sind eine anonyme Organisation. Hinter den Banken sitzen die Leute, die ihr Geld dort angelegt haben. Das sind nicht nur die Großen, die natürlich sehr viel verlieren würden. Da habe ich ein relativ geringes Mitleid beim Spekulationskapital. Das sind auch die kleinen Sparer, die Zinsen kriegen, die unter der Inflationsrate liegen und die dann dort wieder mitzahlen werden.

Ich habe schon gestern gesagt, wir müssen Schulden machen, um den Griechen Geld zu leihen. Das ist, gelinde gesagt, unmoralisch. Wenn Sie die Entwicklung der Fremdwährungskredite, die wir auch schon angesprochen haben, bedenken, mein Kollege hat gestern ein sehr gutes Beispiel gebracht, in der Zwischenzeit waren es schon wieder mehrere Artikel, dass der Franken durchaus auf die Parität eins zu eins hingeht. Das wird uns wiederum einiges kosten.

Diese Garantien und Pleitekredite für Griechenland werden den Euro nicht stärker machen. Das ist die Problematik. Wir haben nicht gesagt, wir wollen von vornherein nichts mit dem Euro zu tun haben. Wir haben einen Vorschlag, entweder Griechenland kehrt zurück zur Drachme oder eben diese allgemein diskutierte Variante der beiden Formen des Euros mit sozusagen einem Nordeuro und einem südeuropäischen Euro. So kann es aber sicherlich nicht weitergehen, dass wir uns noch immer tiefer und tiefer in die Krise hineinziehen lassen. Das Schlimme ist, alle Regierungen, die vor uns hintreten, haben in Wirklichkeit keine Lösung, weil das Problem unabschätzbar geworden ist. Man wird sich entscheiden müssen, wie ich es gestern gesagt habe: Mache ich ein Ende mit Schrecken oder einen Schrecken ohne Ende? Ich fürchte, wir werden noch eine Zeit lang warten und zahlen und zahlen und dann wird doch das Ende mit Schrecken kommen.

Über 55 Milliarden EUR haben wir in Österreich als Fremdwährungskredite aufgenommen, davon 90 Prozent in Schweizer Franken. Das ist für viele Österreicher ein riesiges Problem gewesen. Es wurde schon deutlich erläutert. Da haben wir auch mit Privatkonkursen zu rechnen, nicht mit den Pleiten der großen Banken. Da sollte die Regierung helfen, das ginge mit geringeren

Beträgen und nicht unbedingt, indem unser Geld immer ins Ausland geschickt wird. Diese Parole „Unser Geld für unsere Leute!“ ist nicht gegen die Griechen, sondern ist für unsere Leute gedacht. Wir brauchen das Geld wirklich dringend zu Hause.

Wir sind keine Gegner Europas. Die Freiheitliche Partei war eine, die von Anfang an für ein geeintes Europa eingetreten ist, aber im Rahmen der EWG oder vorher der EG, als Wirtschaftsgemeinschaft und nicht als eine völlige politische und soziale Gemeinschaft, weil wir glauben, dass die Regionen zu unterschiedlich sind, dass es an sich gut und schön ist, dass wir hier Unterschiede haben, die in der Geschichte historisch gewachsen sind und die ihren Grund haben. Wir werden deswegen dauernd als Rückfall ins 19. Jahrhundert, wie heute wieder bezeichnet wurde, und als Rückfall in den Nationalismus bezeichnet und geschimpft. Wir glauben, das hat nichts mit Nationalismus in diesem Sinn zu tun. Das hat damit zu tun, dass wir glauben, dass Regionen bestimmte Bereiche, und das wird auch bei der Subsidiarität immer wieder betont, besser lösen können, als dieses übergroße Europa mit seiner Vielfältigkeit, das so nicht behandelt werden kann.

Wenn ich ein einziges Beispiel hernehme, so hat der Rentierzüchter in Lappland andere Probleme als der Zitronenbauer in Sizilien. Diese sind nicht mit einheitlichen Verordnungen einfach zu lösen, sondern darauf muss regional eingegangen werden. Wir lehnen deshalb, abgesehen von der Vielfalt der Kulturen, die wir haben und deren Auflösung in einen Einheitsbrei wir sicherlich nicht wollen, diese weitere Vergemeinschaftung ab. Was die ÖVP und zum Teil die anderen sagen, da geht es nicht darum, mehr Nationalismus zu haben. Was Sie wollen, ist ein Internationalismus der Banken, und den haben wir am Hals. Dieses Problem haben wir. Sie sind gegenwärtig nicht mehr durch die nationalen Regierungen kontrollierbar. Es wird nicht besser werden, wenn wir weiter und weiter die Tore öffnen. Im Gegenteil, hier muss eine ganz massive Kontrolle ansetzen. Nur gibt es leider halt in Österreich auch schon eine ganze Menge Leute, die nicht mehr primär das österreichische Wohl, sondern das anderer im Kopf haben. Dieser Internationalismus der Banken und einer anderen Gruppe, nämlich der Bilderberger, die zum Teil in Verbindung stehen, kommt hier sehr deutlich zum Tragen. Da haben wir eine ganze Menge Österreicher, die dort sehr engagiert sind, wo man sich fragt, was dort hinter verschlossenen Türen verhandelt wird: Vranitzky, Faymann, Scholten als Dauermitglied, unser Nationalbankpräsident. Das geht so weit, dass er nicht einmal unseren Abgeordneten sagt, wie viele von den Papieren, die die Nationalbank aufgekauft hat, faule Papiere von Griechenland sind. So weit sind wir schon! Das kann man heute in diesem Land, in Österreich, machen! Das ist ganz genau nicht unser Ziel!

Unser Ziel ist der europäische Staatenbund und nicht der Bundesstaat. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Prof Dr Vitouch. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeindera-*

tes): Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Angekündigte Revolutionen finden erfahrungsgemäß nicht statt, das vom „Spiegel“ vorweggenommene Begräbnis des Euros bestimmt auch nicht.

Ich möchte heute positiv zum Ausdruck bringen, dass wir ein rot-grünes Vorzeigeprojekt auf der Tagesordnung haben, das die Vorreiterrolle Wiens in Sachen Kommunalpolitik und Europapolitik sehr eindrucksvoll unter Beweis stellt. Denn, wie es Monika Vana schon gesagt hat, als erstes österreichisches Bundesland werden wir ein echtes Rederecht für EU-Parlamentarier implementieren, das für alle österreichischen Abgeordneten – noch für alle österreichischen Abgeordneten – zum Europäischen Parlament gilt, und zwar bei Geschäftsstücken, die auch die Europapolitik unmittelbar betreffen. Auf diese Weise können wir die Schnittstelle zwischen kommunaler Politik und Europapolitik stärken. Wir werden Wiens Rolle als Drehscheibe für Mittel- und Osteuropa weiter entwickeln. Wir können unsere Wirtschaft, die zu den dynamischsten in der Region Centropo zählt, weiter internationalisieren und die Poleposition Wiens, als Stadt der Kultur, des Know-how-Transfers und der Kooperation, weiter ausbauen.

Man muss bedenken, dass es in Europa über 90 000 lokale und regionale Gebietskörperschaften gibt, einschließlich der 75 regionalen Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen, die 70 Prozent aller EU-Rechtsvorschriften umsetzen, auf die 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU-27, 56 Prozent der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, ein Drittel der öffentlichen Ausgaben und zwei Drittel aller öffentlichen Investitionsausgaben entfallen.

Dann wird natürlich klar, dass nur die enge Vernetzung, nur die Zusammenarbeit mit den Gremien der Europäischen Union und ihren Vertreterinnen und Vertretern diese Rahmenbedingungen laufend verbessern und Belastungen, und die können sowohl finanzieller als auch bürokratischer Natur sein, verringern können. Deshalb stützt sich auch die Wiener Europadeklaration 2011, die uns heute zur Beschlussfassung vorliegt – und mein herzlicher Dank gilt auch an alle damit befassten Beamtinnen und Beamten –, unter anderem auf die Erklärung des Europäischen Rates – ich zitiere: „zur demokratischen Legitimation und Transparenz der Union und ihrer Organe, die verbessert werden müssen, um sie den Bürgern und Bürgerinnen der Mitgliedsstaaten näherzubringen“, auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments, die ein Abrücken – Zitat: „von einer bürokratischen und pyramidenförmigen Konzeption des institutionellen Systems der Union fordert“, auf das Grünbuch der Europäischen Kommission zum territorialen Zusammenhang und das Weißbuch des AdR, des Ausschusses der Regionen, zur Multi-Level-Governance.

In Kapitel 5 Abs 31 unserer Wiener Europadeklaration wird das Rederecht explizit als Instrument angeführt, um Wien-relevante Themen zu lobbyieren. Aber jetzt kommt es: Zu den generellen Zielsetzungen der Deklaration und zu den Leitlinien der Wiener Europapolitik gehört ebenfalls die Forderung nach einer ökologisch und

sozial ausgerichteten nachhaltigen Wirtschaft und die Absage an neoliberale Dogmen, um Entsolidarisierung und auch die Destabilisierung des Euros zu verhindern, um das Demokratiedefizit abzubauen und um das Europäische Parlament weiter zu stärken.

Die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative war hier nur ein erster Schritt in der Weiterentwicklung der Demokratie. Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Bildung einer europäischen Sozialunion könnten ein Mehr an Europa und ein besseres Europa schaffen, indem diese infantil-egoistische Weilich-es-mir-wert-bin-Ideologie endlich durch Solidarität ersetzt wird. Das gilt insbesondere für das Regelsystem der europäischen Finanzmärkte und für die strategische wirtschaftspolitische Ausrichtung der EU. Eine politische Lösung, die wieder ein Primat der Politik über die Ökonomie bringt, nämlich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ist unabdingbar. Meine Fraktion hat sie seit Langem im AdR gefordert, ist aber leider gegen die Mehrheit der Konservativen nicht damit durchgedrungen. Also die Finanztransaktionssteuer ist unabdingbar. Das hat schlussendlich auch Herr Kommissionspräsident Barroso eingesehen, der derzeit auf der Ebene der G8 Druck für die Finanztransaktionssteuer, kurz FTT, macht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Idee dahinter, alle finanziellen Transaktionen auf Finanzprodukte, wie Aktien und Anleihen, werden computergesteuert, computergetaktet, minimal mit, sagen wir, 0,5 Prozent besteuert. Das würde primär die Spekulationen ohne tatsächliche Warengeschäfte, also die sogenannten Sekundärgeschäfte an der Börse, treffen, die Realwirtschaft und den normalen Bürger aber so gut wie nicht belasten. Man würde damit die Finanzmärkte stabilisieren. Man würde dieses total überhitzte Kaufen, Verkaufen, Kaufen, Verkaufen, das jeder aus der Werbung kennt, regulieren, beruhigen, abstellen. Die Staaten hätten mit wenig Aufwand eine neue, sehr lukrative Einnahmequelle. *(GR Mag Wolfgang Jung: Der Herr Barroso will das Geld aber selbst haben, müssen Sie dazusagen!)* Und zwar Schätzungen zufolge könnten die Staaten daraus 215 Milliarden EUR innerhalb der EU und weltweit 450 Milliarden EUR lukrieren. Dagegen nimmt sich dann die Griechenlandhilfe mit ihren 120 Milliarden EUR, das sind 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU, vergleichsweise bescheiden aus und ist überhaupt ein Lapperl im Vergleich zu den 400 000 Milliarden Dollar, die von den Zockern der internationalen Finanzmärkte erbeutet worden sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Deutschland und Frankreich, die Sie sehr gescholten haben, haben sich aber glücklicherweise bereits für die Einführung dieser FTT ausgesprochen. Amerikas Pudel Großbritannien und Berlusconi-Italien sind noch dagegen, weil sie Nachteile in ihrem globalen Wettbewerb befürchten. Hier bedarf es einer breiten Aufklärung und einer sehr intensiven Überzeugungsarbeit, damit den Banken und den privaten Rating-Agenturen, die in diesem wirklich unfairen und faulen System Staaten belasten, indem sie gegen deren Volkswirtschaft spekulieren, in einer europaweit konzertierten Aktion das Handwerk gelegt wird. Einer, der damit ein Vermögen ge-

macht hat, nämlich in den 80er Jahren, als er gegen das englische Pfund spekuliert hat, George Soros, derzeit in Wien, ist inzwischen vom Saulus zum Paulus und ein vehementer Befürworter der Finanztransaktionssteuer geworden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Weil er das Geld hat!)*

Dass derartige politische Lösungen nicht ganz einfach zu verstehen sind, hat seinerzeit schon Bundeskanzler Dr Fred Sinowatz mit seinem, sehr zu unrecht belächelten „Es ist alles sehr kompliziert.“ erfahren müssen. Er hat nämlich richtig erkannt, dass unsere Welt nicht ein-, sondern vieldeutig, mehrdimensional ist und dass es für die meisten Probleme keine simplen Antworten gibt. Denn wer eine solche Politik mit geringer Ambiguitätstoleranz macht, belügt und betrügt die Menschen, weil die einfache Antwort eben die falsche ist. So haben sich, gutes Beispiel, auch die Vertreter der neuen Partei „Die wahren Finnen“ sehr schnell als Maulhuren entpuppt, die mit ihrer Schwarz-Weiß-Malerei im Wahlkampf punkten konnten, dann aber kläglich den Schwanz einziehen mussten, als es um die Umsetzung ihres eher doch sehr bescheidenen Programms gegangen ist.

Europa hat es auch nicht notwendig, sich von den Vereinigten Staaten von Amerika belehren zu lassen. Die eigentlichen Verursacher der schwersten Krise seit den 30er Jahren protegierten seit jeher ihre Wirtschaft mit Schutzzöllen und erhalten trotz des Bankrotts diverser Bundesstaaten, wie zum Beispiel von Kalifornien, und einer vehementen Staatsverschuldung weiterhin ihr Triple-A-Rating.

Apropos drei Mal, ich wiederhole mich ja nicht gern, aber „Lechts und Rinks kann man recht verwechseln“, sagt Ernst Jandl. Darum sage ich noch einmal, wenn die FPÖ behauptet, die Griechenlandkredite sind für Österreich ein Desaster, so ist das falsch. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist doch wahr!)* Wenn sie behauptet, das Beste für die EU ist ein Rauswurf Griechenlands, so ist es falsch. Und wenn die FPÖ fordert, Österreich soll aus der EU austreten, dann ist es zum dritten Mal – Hatrick – falsch. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das verlangen wir nicht! Jetzt sagen Sie etwas Falsches!)* – Diese Forderung gab es.

Ich möchte mich gar nicht mehr verbreitern, denn das wurde alles schon bei der letzten Debatte gesagt, sondern abschließend noch in Abwandlung eines Griechenlandzitats äußern: „Wären die Griechen eine Bank, wir hätten sie bereits gerettet.“ Ich möchte hinzufügen: „Wäre Griechenland Kärnten, dann erst recht.“ – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm und stelle auch fest, dass die jetzige Redezeit 20 Minuten beträgt.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Geschätzte Damen und Herren!

Wenn die Kollegin Vana gemeint hat, dass die Neoliberalen und Konservativen, sprich, Volksparteien, in Europa schuld an all dem sind, was jetzt auf uns zugekommen ist, dann muss ich das schon entschieden zu-

rückweisen. Ich kann den Neoliberalismus, wo Sie meinen, jedenfalls nicht erkennen. Ich sehe ihn jedenfalls nicht. *(GRin Dr Monika Vana: Wer hat die Mehrheit?)*

Zur Frau Kollegin Vitouch: Die FTT finde ich ganz interessant, wenn man das machen möchte. Nur was soll es Europa bringen, wenn die Amerikaner nicht mitgehen, die Asiaten nicht mitgehen? Die reiben sich die Hände, oder? Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Gelder dann sofort verschwinden, entweder nach New York oder nach Tokyo oder sonst wohin. Jedenfalls kann ich nachvollziehen, warum auch Labour in Großbritannien die FTT, jedenfalls bis jetzt, nicht haben möchte. Ich glaube, die steht Ihnen näher als der Österreichischen Volkspartei.

Meine Damen und Herren, Europa beginnt vor der Haustüre. Wien gehört zur fünftreichsten Region in der Europäischen Union. Doch seien wir ehrlich, wir könnten noch wesentlich mehr daraus machen.

Manches Mal bin ich mir nicht ganz sicher, ob es uns gelingen wird - auch in dem Ausschuss, der jetzt eingerichtet wurde, und es ist gut, dass es ihn gibt -, aus der Opposition heraus die Stadtregierung zum Handeln zu bewegen. Ich denke, es ist viel mehr drinnen. Die Stadtregierung arbeitet und setzt Maßnahmen aus meiner Sicht zu zögerlich, zu langsam. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte die Gelegenheit heute hier auch dazu benutzen, eine politische Zielvorgabe zu formulieren. Wien könnte oder Wien muss die Hauptstadt Mitteleuropas werden! Wenn Sie immer so stolz darauf sind, dass die Mercer-Studie belegt, dass Wien auf Platz 1 ist: Warum soll dann Wien nicht die reichste Region, die dynamischste und leistungsfähigste Region Europas werden? Das wäre ein schönes Ziel! *(GRin Nurten Yilmaz: Dem sind wir nahe! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ihr seid ja so ehrgeizig bei der Mercer-Studie; da bin auch ich ehrgeizig und sage, ich hätte gerne die dynamischste, die reichste und so weiter.

Die Börsenplattform Börsianer sagt am 27. Juni: Mit 0,16 durchgeführten Direktinvestitionsprojekten je 1 000 Einwohnern hat die Centropo-Region in den Jahren 2003 bis 2010 einen Spitzenplatz eingenommen. Wir, sprich, Bratislava und Wien, sind führend in den Dienstleistungsinvestitionen und so weiter.

Eine gemeinsame Untersuchung vom WIFO, von der Mendel-Universität in Brünn, vom Westungarischen Forschungsinstitut und von der Slowakischen Akademie der Wissenschaften zur Stärkung der Wirtschaftsregion Centropo ergab aber, dass es für Wien einen besonderen Handlungsbedarf gibt. Bei der ganzen Frage der Integration und der Forschung gibt es erhebliche Defizite. Es gibt zu wenige Forschungs- und Entwicklungskooperationen, und die bisherige Kooperationstätigkeit auch der multinationalen Unternehmen in der Region ist im Vergleich zu anderen Regionen gering.

Ich denke, da kann man durchaus mehr Engagement zeigen und mehr dafür tun. Wenn die beiden Städte 60 km Luftlinie auseinanderliegen, dann steigt zwar die Exportrate insgesamt, aber wenn wir uns den Bildungs- und Dienstleistungsstandort Wien anschauen, dann braucht Wien auch in der Centropo-Region mehr Qualität. Bildung braucht Qualität! *(Beifall bei der ÖVP. - GRin*

Nurten Yilmaz: Jawohl!!)

In Bratislava haben 47 Prozent der Absolventen entweder Uni-Abschluss oder Matura. Wissen Sie, wie viele es in Wien sind? Ziemlich genau die Hälfte davon! Ich denke, das sollte uns Ansporn genug sein, diesen Qualitätsanspruch in der Bildung deutlich zu fördern. Ich weiß schon, Wien ist auch - und soll und muss das sein - Brückenkopf zwischen Ost und West, es ist auch, sage ich jetzt einmal, die Drehscheibe der Kulturen verschiedener Sprachen untereinander, um das Sprachpotenzial, das es auch in der Stadt gibt, zu nutzen, und zwar deutlich zu nutzen. Nur: In der Produktion und in all diesen Dingen liegt Wien einfach hinter Bratislava!

Was ist die ganze Frage der Infrastruktur? Seien wir uns ehrlich, Bahn, Schiff, LKW – sprich, Straßen - sind auszubauen. Wir haben heute nach Schwechat hinaus eine vierspurige Autobahn, und ihr wisst ja selber, dass die permanent verstopft ist. Was ist mit der Transsibirischen Eisenbahn nach China? Jetzt braucht man für die 10 500 km per Schiff in etwa 3 Wochen, mit der Eisenbahn wären es ungefähr dreieinhalb Tage. Breitspurausbau, ich weiß schon, in Russland gibt es Aktivitäten dafür. Ich glaube, da hätte Wien eine Vorreiterrolle und auch eine Rolle an sich, dass man den benachbarten Ländern, den Investoren den Boden aufbereitet und die Dinge auf die Reihe bringt. Ich sage nur, es gibt ein Standortabkommen zwischen der Industriellenvereinigung und dem Bürgermeister und der Finanzstadträtin aus dem Jahre 2010, da steht genau das drin.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, es ist heute schon viel zu dem Thema gesagt worden. EU - wie geht es weiter, was kann sein? Ich glaube an die Idee von Matthias Tschirf, gemeinsame Landtage mit den benachbarten Ländern, gemeinsame Ausschüsse zu entwickeln und dort die Dinge wirklich weiterzutreiben. Gerade unter Erhard Busek oder unter Mauthe gab es damals extrem viel Kontakt in die Ostländer. Ich höre immer wieder von den benachbarten Ländern, dass der Kontakt mit der Stadtregierung nicht mehr der intensivste ist. Ich glaube, da haben wir alle gemeinsam hier die Verantwortung zu tragen. Denn wenn wir ein Bekenntnis haben wollen - auch der Herr Kollege Jung - zu den Europaregionen und zu der Region Centrope, dann müssen wir uns alle, glaube ich, gemeinsam dahinterklemmen, damit da etwas weitergeht.

Aber, meine Damen und Herren von der Regierung, Sie haben die Verantwortung in der Stadt, Sie sind die Regierenden! Es ist, glaube ich, auch in Ihrem Sinne, Wien zu einem Hotspot zu entwickeln, Wien zu einem Gate nach Asien auszubauen und einfach auch eine Vision darüber hinaus zu haben, nicht nur bis zur Stadtgrenze. Über eines bin ich mir ziemlich sicher: Wenn wir diese Chance heute verpassen, dann werden kommende Generationen Ihnen das sicher nicht verzeihen! - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. Ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Vorsitzende!

Das heutige Thema ist ein guter Zusammenfall der Wiener Angelegenheit Europadeklaration 2011 auf der einen Seite, auf der anderen Seite eines Tages, der in Griechenland eine entscheidende Abstimmung noch vor sich hat. Ich möchte aber vorher noch kurz auf die Kollegen eingehen, was sie so gesagt haben, zum Beispiel auf Kollegen Tschirf, wenn ich das so sagen darf.

Nationalismus des 19. Jahrhunderts - ja, natürlich will das niemand, die Zeiten sind vorbei. Aber eines wird man auch feststellen wollen und müssen: Wir wollen Währungen, die sicher und stabil sind, und die sind zur Zeit nicht mehr gegeben! Der Euroraum und damit bedauerlicherweise auch die EU - die gesamte, auch die Nicht-Euro-Staaten - befinden sich ganz eindeutig in einer Sackgasse, hervorgerufen durch Währungs- und Verschuldungskrise, und die Lösungsansätze müssen erst erarbeitet werden. Es gibt keine! Das Erstaunliche ist ja, dass die gesamte europäische Politik inklusive der österreichischen - und auch die Wiener Vertreter machen nichts anderes - sozusagen eine inhaltslose und geistlose Fortsetzung des Status quo betreibt.

Frau Dr Vana hat das Gleiche mit dem 19. Jahrhundert gesagt, hat aber dann dazugefügt, dass sie sich über die Demokratisierung der EU, des Parlaments und Ähnliches mehr freut. Das ist ein sehr schmaler Bereich, über den man sich freuen kann, denn alles in allem sind die Institutionen der EU demokratisch vom Wahlmäßigen her nicht legitimiert. Sie sind ernannte Vertreter beziehungsweise entsandte aus den Ländern, und das Parlament selbst hat zwar mehr Rechte bekommen, aber im Grunde genommen ist es noch weit weg von den Rechten eines Parlamentes, wie man es sonst hat. Es sind sozusagen die Krücken etwas verstärkt worden, aber sicher nicht mehr.

Die Geheimpolitik in der EU, die mit Demokratie nicht viel zu tun hat - da hat Frau Kollegin Vana von selbst angesprochen, dass das ein fixer Bestandteil der Vorgangsweise in Brüssel ist. Daher frage ich mich, warum sie gerade die Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik bedauert, wenn es Demokratie in ganz Brüssel sowieso nur am Rande gibt. - Das war einmal das eine, was ich sagen wollte.

Wie gesagt, die Deklaration selbst ist Gott sei Dank eine einhellige. Wir haben hier gemeinsame Meinungen entwickelt, das wichtig und gut. Ich möchte nur ein paar Punkte hervorheben, die mich interessieren und von denen ich auch sage, dass das interessante Formulierungen sind.

Das sind auf der einen Seite die generellen Zielsetzungen, zum Beispiel Abs 6: Da geht es um die Grundsatzfrage Neoliberalismus versus ökologisch und sozial ausgerichtetes Europa. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise steht Europa an einem Wendepunkt. Und daher: eine koordinierte Wirtschafts- und Währungspolitik und nicht eine Destabilisierung des Euro.

Der Punkt 7 verlangt eine positive Entwicklung im Bereich der wirtschaftspolitischen Koordination. Es ist ein Mehr an Europa - was auch immer das dann ist - und auch ein anderes Europa notwendig. Das gilt für das

Regelsystem der europäischen Finanzmärkte genauso wie für die strategische wirtschaftspolitische Ausrichtung der EU.

Und der Abs 9 sagt: Die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Governance soll keine Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik zur Folge haben. Es wird eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in Hinblick auf Einbeziehung gesamtwirtschaftlicher Faktoren gefordert. Ganz zum Schluss wird als Wiener Zielsetzung noch zusätzlich die Sicherung des europäischen Einigungsprozesses genannt. Dazu sind bessere Koordination, verstärkte ordnungspolitische Maßnahmen zur effizienten Regulierung des Finanzsektors und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene erforderlich.

Durchaus richtig - nur ist es, würde ich meinen, bedauerlicherweise so, dass die sozialdemokratischen Positionen in dem Sinn, wenn man sie so vorliest, nicht schlecht sind, also von uns mitgetragen werden können, allerdings haben sie mit der tatsächlichen Politik der SPÖ nichts zu tun! Das muss man dazufügen: Es wird einfach im Bund und auch in Wien eine andere Politik gemacht, als ich sie hier vorgelesen habe.

Ganz im Gegenteil: Sie betreiben eigentlich das Gegenteil dieser Politik! Nichts gegen Ihre Attacken auf die Banken, aber Sie betreiben letzten Endes doch eine Politik, die eine Politik für die Banken ist. Was kein Wunder ist: Letzten Endes ist die sozialistische oder sozialdemokratische Partei ja auch eine Partei der Bankdirektoren, angefangen von Androsch bis eben Vranitzky! Ich sehe hier das Ganze als Deklarationen, auch als Parteitage, die von der Ernsthaftigkeit her, sowohl Faymann als auch Häupl betreffend, sehr in Zweifel zu ziehen sind. Die tatsächliche Politik findet anderswo und in anderer Form statt.

Wir haben heute in der Früh - ich zumindest, ich weiß nicht, ob andere es schon früher gehört haben - die doch deutliche Kritik und die Wünsche des sozialdemokratischen Obmanns von Oberösterreich, des Herrn Ackerl, gehört, der eine klare Konsequenz haben wollte aus der sozialistischen Politik, die deklamiert, aber nicht vollzogen wird. Er hat festgestellt: Er erwartet sich von der österreichischen Bundesregierung eine Verknüpfung zwischen der Forderung einer Transaktionssteuer europaweit auf der einen Seite und der EU-Griechenland-Hilfe. Na, was sagt denn ihr dazu, die Wiener Sozialdemokraten? (*Beifall bei der FPÖ.*) Was sagen die Sozialdemokraten im Bund dazu? Herr Ackerl von der SPÖ nimmt die eigenen SPÖ-Forderungen noch ernst, Sie und die Bundespartei mit Sicherheit nicht!

Wie gesagt, die Europadeklaration, das ist ein ganz besonderer Tag. Heute am Abend ist eine Abstimmung in Griechenland, im Parlament soll über das Sparpaket der EU abgestimmt werden. Es ist ein offenes Ergebnis, wir wissen das, die Nea Dimokratia ist dagegen, Teile der PASOK offensichtlich auch. Wenn es keine Annahme gibt, werden düsterste Szenarien entwickelt. Ich stelle das allerdings in Frage, und ich glaube, dass diese nicht eintreten werden. Auch wenn dort abgelehnt wird, wird das Rettungspaket sehr wohl in irgendeiner Form in

die Wege geleitet, gar keine Frage, weil die EU-Regierungen durch ihre Politik spätestens seit 2010 die Transferunion bereits eingeführt haben. Es gibt sie bereits, sie existiert, sie wird durchgeführt, sie ist eine Tatsache, und da kommen die europäischen Regierungen inklusive der österreichischen ja gar nicht mehr heraus!

Die Griechen wissen das, sie können sich zurücklehnen und sagen, dass im Ablehnungsfall das Paket in anderer Form trotzdem stattfinden wird. Das ist für mich keine Frage. Der entscheidende Fehler war der Verfassungsbruch, mit dem der Art 125 des EU-Vertrages gebrochen wurde, wodurch also die Bail-Out-Klausel sozusagen außer Kraft gesetzt wurde. Das heißt, diese ist im Verfassungsrang, aber die Verfassung wurde nicht zur Kenntnis genommen und ignoriert! So geht man in dem Europa der Frau Vana, die so stolz auf die Demokratie in Brüssel ist, mit der Verfassung, die man sich vor Kurzem gesetzt hat, selber um. Na, das spricht ja schon Bände, was man hier zu erwarten haben wird!

Dieser Verfassungsbruch wird von Faymann verteidigt, er will also die 12 Milliarden selbstverständlich locker machen. Aber wofür, frage ich mich: Für Solidarität mit Griechenland? Wofür denn konkret? Was geschieht mit dem Geld? Das gute Geld, das bisher verschüttet wurde, hat nicht die geringsten Wirkungen gehabt. Die 12 Milliarden, die jetzt auf den Weg gebracht werden, werden auch keine Wirkungen haben, das ist so sicher wie das Amen im Gebet.

Ich darf Ihnen vorlesen - ganz kurz nur, ich mache keine großen Lesungen -, was am Samstag, dem 25. Juni, in der „Welt“ von einem Herrn Grandinger geschrieben wurde. Er ist mir nicht bekannt, aber er ist ein Finanz-Stratege und Partner der EPM Group Berlin. Ganz kurz zwei, drei Sätze: „Es versteht sich von selbst, dass sich Griechenland seit über einem Jahr faktisch im Staatsbankrott befindet - noch nicht juristisch, aber fiskalisch in jedem Fall. Die Politik versucht also, etwas zu ändern, was nicht mehr zu ändern ist. Ansonsten hätte man den Maastrichter Vertrag nicht so brutal brechen und einen Notfallfonds bilden müssen, euphemistisch Rettungsschirm genannt.“ - Das ist einmal eine Feststellung, von der ich glaube, dass sie grundsätzlich richtig ist. Das ist einfach festzustellen.

Des Weiteren, bitte schön, haben wir in Wien einen Vortrag von Prof Hankel gehört. Hankel ist heute ein sehr alter Herr, er war aber einer der führenden Wirtschaftsökonomien der Bundesrepublik. Er war Chefökonom der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium, Präsident der Hessischen Landesbank - vor langer Zeit, bevor diese auch halb bankrott geworden ist - und Sonderberater der EU-Kommission für die Währungspolitik. Er hat einige Feststellungen getroffen, die ich Ihnen nicht vorenthalten will.

Er hat einmal festgestellt, dass die Rettung des Euro sozusagen zu einem Kreuzzugsthema geworden ist, einem Thema, das das Nonplusultra für die gesamte EU-Politik ist. Der Präsident der EU hat zum Beispiel vor einiger Zeit gesagt, der Euro muss gerettet werden, koste es, was es wolle! Das sind Formulierungen, die

eine Katastrophe sind für jeden, der eine Lösung des Problems zum Beispiel von Griechenland, aber auch der anderen, Portugal und Ähnlichen, will. Denn die Schrottanleihen, die zu Milliarden aufgekauft wurden und werden, sind gesichert durch die Aussagen des Herrn Rompuy, der festgestellt hat, dass man den Euro um jeden Preis halten wird. Damit können die Banken wie bisher um 1 oder 2 Prozent ihre Veranlagungen bei der EZB machen, und die Veranlagungen in Griechenland, in Portugal oder sonst wo mit 18 Prozent und mehr.

Hankel sagt noch etwas Interessantes, und das ist ein Gedanke, der auch in diversen Tageszeitungen angesprochen wird. Er stellt fest, dass der Euro in der Frage, was für eine Währung er sei, schon sehr in Frage zu stellen ist. Er sagt, im Grunde genommen gibt es diese Währung nicht mehr, denn eine Währung, die gerettet werden muss, ist keine Währung mehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Er sagt dazu: Wir haben noch das Geld im Portemonnaie zum Ausgeben für den täglichen Bedarf, aber wir sparen nicht mehr in Euro. Die Leute flüchten ins Gold, die Leute flüchten in den Schweizer Franken - wir haben ja auch hier Erfahrungen in diesem Punkt -, die Leute flüchten in Immobilien, wenn sie das Geld haben, aber nicht in den Euro zurück als Spargegenstand. Das heißt, die zentrale Funktion des Veranlagens und Sparens im Euro findet nicht mehr statt, und damit hat der Euro seine Funktion verloren. Die Abstimmung findet wie bei einer Wahl sozusagen mit dem Geldschein statt, und es ist eben festzustellen, dass die Landeswährung nicht mehr akzeptiert wird.

Das stimmt übrigens überein mit diversen Feststellungen, die ich hier vorliegen habe. Es hat zum Beispiel ein nicht unbekannter Mann, Christian Baha von Superfund, Folgendes festgestellt - auch da lese ich nicht viel vor, nur einen Satz -: Ist der Euro keine sichere Währung mehr? „Nein, wirklich nicht. Sowohl der US-Dollar als auch der Euro und der japanische Yen werden, wie ich glaube, bald sehr stark fallen.“ Und: „Die einzigen Währungen, die seit 3 000 Jahren funktionieren, sind Gold und Silber. Und von den Papierwährungen der kanadische Dollar, der australische Dollar, die norwegische Krone.“

Das deckt sich mit einer Umfrage der „Frankfurter Allgemeinen“ vom Sonntag, glaube ich, in der festgestellt wird - nur ein, zwei Zahlen -: Sind die finanziellen Schwierigkeiten einiger EU-Länder eine Gefahr für die Stabilität des Euro? Das wird von 80 Prozent der Befragten mit Ja beantwortet. Das heißt, das Vertrauen ist weg. Eine Währung, die kein Vertrauen mehr hat - davon kann man ausgehen -, wird irgendwo einer Änderung unterzogen werden müssen, und wir werden uns den Kopf zerbrechen müssen, wie wir das machen.

Die EZB ist in dem Sinn ja leider kein neutraler Partner mehr, sondern Partei, mit mindestens 50 Milliarden an Schrottanleihen. Wenn die platzen, ist die EZB fürs Erste einmal grundsätzlich zahlungsunfähig und muss von den Einzelstaaten wieder gerettet werden. Wir haben ja diese Geschichte beantragt, wir haben gesagt, wir brauchen ein geordnetes Konkursverfahren, ein Insol-

venzverfahren in Europa. Das habt ihr vorige Woche abgelehnt! Wir brauchen das, und es wird auch kommen, natürlich mit eurer Zustimmung, davon kann ich mit Sicherheit ausgehen.

Des Weiteren hat es noch ein paar Sachen gegeben, die nicht uninteressant sind. Dazu gehört etwa, dass zum Beispiel so nebenbei die europäische Währung bereits von 2001 an in kyrillischer oder griechischer Schrift das Wort Euro draufstehen hatte. Das heißt also, vor der Einbeziehung Griechenlands in den Euro, noch vor der Prüfung der Würdigkeit des Beitritts Griechenlands ist bereits der Beschluss vollzogen worden, Griechenland aufzunehmen, und wurde das gleich in die Scheine hineingeschrieben.

Noch etwas: Herr Schulmeister hat sich in einer Zeitung beklagt, dass die Zinsen in Griechenland wieder so stark gestiegen seien, oder in Portugal und in Spanien. Natürlich, das ist der Fall, sie sind jetzt in der Gegend von 18 Prozent und mehr. Allerdings ist das ja nichts Neues!

Wir haben festzustellen, dass vor der Euroeinführung in Spanien, in Portugal und in Griechenland die Zinsen ungefähr zwischen 15 und 18 Prozent lagen. Durch die Euroeinführung sind sie auf 5 Prozent gesunken, also gedrittelt worden, mit dem Ergebnis, dass sich die gesamten „weichen“ Südstaaten verschulden konnten nach Strich und Faden und ihre ganze, nicht in ordnungsgemäßen Bahnen verlaufende Wirtschaftspolitik mit Schulden gedeckt haben, mit Geld, das aus dem Norden gekommen ist.

Die Griechen zum Beispiel haben ihren Staatsbeamten und -bediensteten - ich glaube, das ist dort jeder Zweite - Gehaltserhöhungen von 30 Prozent gegeben. Die Immobilienblase in Spanien ist noch jedem in Erinnerung. Das heißt, die Verschuldung ist durch den Euro herbeigeführt worden und wurde jetzt durch die Krise wieder umgedreht in einen Bereich von 15 bis 18 Prozent, dorthin, wo sie immer gewesen ist.

Dann war da noch etwas: Die europäische Politik hat versucht, eine Art europäische, wie soll man sagen, Vereinigte Staaten von Europa via Währung zu schaffen. Das geht nicht! Die Währung ist nicht ein Mittel für die Durchführung einer Politik, sondern sollte ein sicherer Hort für Geldveranlagungen, für Vermögenswerte und Ähnliches sein. Weil man hier die Länder zusammengemixt hat, entwickelte und wenig entwickelte, habe sich diese Dinge so entwickelt, wie sie sind, und der Euro ist heute keine Währung mehr, von der man sagen könnte, sie ist gesichert. Daher werden wir - was auch immer Sie von den anderen Parteien heute hier sagen - mit Sicherheit in Bälde, irgendwann die Debatte darüber haben, wie ein Lösungsansatz in anderer Form stattfinden kann.

Dazu hat übrigens Hans-Olaf Henkel - das ist nicht der Professor, sondern der ehemalige Bundesvorsitzende der deutschen Industrie - in einem Artikel in der „Welt“ am 27. Juni Folgendes angegeben: Drei Pläne: Ein Plan A, das wäre der Weg in die Transferunion, wie er jetzt unterwegs und am Laufen ist. Das heißt, hier zahlen die Geberländer den anderen sozusagen die Schulden und erhalten sie über weite Strecken, in einer Art Finanzaus-

gleich zwischen Geber- und Nehmerländern, wie auch in Österreich der entsprechende Finanzausgleich stattfindet oder in Deutschland - wie er anführt -, wo die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen die 13 anderen finanzieren.

Der Plan B ist der Schuldenerlass, der Haircut. Man sagt ja, dass dieser die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands nicht verbessern würde. Ein Haircut - das ist eine ganz nette Formulierung - ist natürlich auch insofern problematisch, als ja, wenn man die Haare schneidet, diese wieder nachwachsen. Mit anderen Worten, die Schulden, die man hier wegmanipuliert, kommen nach einiger Zeit wieder zurück.

Daher ist Henkel der Meinung, dass man einen Plan C haben sollte, der darin besteht, dass nicht Griechenland aus dem Euroraum ausscheidet, sondern dass man zum Beispiel das Umgekehrte macht. Die bisherigen Geberländer, die aktiven Staaten der Europäischen Union, treten aus dem Euroraum aus und gründen eine neue Währung, eben eine Nordwährung.

Als solches wäre das eine Sache, die vernünftig wäre. Die Vorteile wären: Deutschland, Holland, wir alle miteinander zahlen nicht mehr die Transferunion, und es gibt keinen Bankensturm in Griechenland, weil nichts zu stürmen ist. Zur Schuldenkrise ist noch festzustellen, dass hier die verschiedenen Finanzkulturen, die nicht zusammenpassen, wieder getrennt wären. Wir hätten die Möglichkeit, bei uns eine Hartwährungspolitik zu betreiben, und im Süden haben sie wieder die - auch für uns nicht so übermäßig positiven, das ist schon klar - Währungsschwankungen, die da und dort zu Veränderungen führen werden. Dann würden auch die Exporte belastet werden, aber alles im allem böte dies eine Möglichkeit, die Europäische Union in eine neue Form zu gießen, aus der Sackgasse herauszukommen und dadurch zu erreichen, dass sich die Dinge wieder positiv entwickeln.

Ich fordere daher die Sozialdemokraten zu nichts anderem auf, als das, was sie in ihren diversen Behauptungen, Schriften und Reden versprechen, auch zu tun, zu machen; dass Herr Faymann als Bundeskanzler seine Versprechungen über die Abhaltung von Volksabstimmungen, die er in der „Kronen Zeitung“ verkündet, auch wirklich durchführt und dass wir den Weg zurückfinden von dem fehlgeleiteten Versuch Vereinigter Staaten von Europa wieder hin zu einem Europa, in dem die Einzelstaaten in einer Gemeinschaft von Wirtschaft und politischen Absprachen miteinander zusammenwirken können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Wutzlhofer. Ich erteile es ihm.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich möchte dann schon eingehen auf das große Thema, das zuletzt besprochen wurde, nämlich die Krise in Griechenland und was die Europäische Union dagegen tun kann, möchte aber mit einem Thema beginnen, das für mich das eigentliche Thema des heutigen Beschlusses gewesen wäre, nämlich die Frage, wie Euro-

papolitik von Städten und in Städten ausschauen kann. Das ist ja letztlich auch das Thema der Europadeklaration.

Worauf ich nicht großartig eingehen möchte - Frau Kollegin Vitouch, Frau Kollegin Vana, Herr Kollege Tschirf haben das zur Genüge getan -, ist die Rolle, die Europa für Wien hat. No na net, Wien ist eine Stadt, die massiv verflochten ist, die in ihrer wirtschaftlichen, Forschungs-, Kultur-Dynamik im Centropo-Raum verflochten ist in einer unglaublich dynamischen Region und daher von der Europäischen Union selbstverständlich profitiert. Wien ist auch als Stadt zwischen West und Ost eine Region, die von der Erweiterung der EU profitiert hat und profitiert.

Worauf ich hinaus möchte, ist, dass das ein Grund für die Notwendigkeit ist, dass wir uns intensiv in europäische Debatten einbringen. Das ist ja Teil unseres Selbstverständnisses, das machen wir eigentlich schon seit der Zeit, bevor noch der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union auf der Agenda stand. Wir machen es bis heute. Die Gründung des Ausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten war ein riesen-großer weiterer Schritt. Die Europadeklaration, die wir heute erneuern, und das Rederecht - womit wir absolut an der Spitze in Österreich sind, Moni Vana hat das ja gesagt, im Bund gibt es das nicht, in anderen Bundesländern gibt es das nicht - ist ein weiterer großer Schritt. Das freut mich ganz besonders. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es gibt aber ein anderes Thema, und auf das will ich hinaus. Nicht nur Wien profitiert von Europa, Europa kann und muss von Städten profitieren, von Städten wie Wien. Es ist nämlich so, dass nationale Regierungen natürlich zentral sind in der Verhandlung von Konzepten, zentral sind im Reden und im Vermitteln von Zielen, aber handeln tun Städte! Es sind die Städte die Orte, an denen der Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern passiert, es sind die Städte die Orte, an denen Know-how vorhanden ist, an denen neue Formen, nachhaltige Formen des Lebens überhaupt möglich sind wie verdichteter Wohnbau, wie öffentlicher Personennahverkehr, wie neue wissenschaftliche Erkenntnisse, innovatives Wirtschaften und so weiter und so fort.

Wenn sich die EU große Ziele setzt, dann braucht sie diese Städte. Nehmen wir ein Beispiel für große Ziele: Das wäre zum Beispiel die Klima- und Umweltpolitik. Da gibt es riesengroße Ziele, wie zum Beispiel die Roadmap 2050 for a Low Carbon Economy mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2050 um 80 Prozent zu senken, wie das Smart-Cities-Programm, wie die Energy Efficiency Initiative - egal, man könnte ewig darüber reden. Wenn wir das als EU schaffen wollen, dann brauchen wir die Städte als Partner, wir brauchen die Städte als Vorkämpfer. 80 Prozent der Energie werden momentan in Städten verbraucht, 75 Prozent der Weltbevölkerung leben in Städten, daher geht es darum und muss es auch unsere Forderung aus Sicht der EU sein, Städte auf diesem Weg zu unterstützen.

Das ist auch zentral in der Europadeklaration angesprochen. Schade, dass ich nur 16 Minuten habe, und

wir sind auch schon ein bisschen erschöpft, daher möchte ich nur ein paar Beispiele bringen für das, was wir von der EU wollen. Wir wollen Unterstützung und ein Fokussieren von EU-Politiken auf urbane Räume, von den Kohäsionsfonds, also der Strukturförderung - übrigens mit einem Städter, einem Wiener wie Johannes Hahn, der dafür zuständig ist als jemand, der das verstehen kann und der hoffentlich als Partner gefunden werden kann -, aber selbstverständlich auch die Fokussierung von Initiativen auf große, urbane Räume.

Smart Cities und Regions Initiative, aus unserer Sicht Citys, dieses Programm ist erwähnt, und es bringt unserer Stadt irrsinnig viel, das ist einmal unbestritten. Wien hat in den letzten 20 Jahren viel gemacht. Es gibt jetzt zum Beispiel das SEP, den STEP, um innerhalb der Stadt integratives Handeln zu forcieren. Alle Abteilungen sind involviert, auch verschiedene Politiken sind involviert. Aber mit der Smart Cities Initiative gehen wir einen Schritt weiter, arbeiten mit über 200 Stakeholdern, arbeiten im Konsortium mit Unternehmen, mit Forschungseinrichtungen, mit Unis an diesem Programm weiter. Das kann etwas sein, wovon Wien unglaublich profitiert. Der nächste Schritt wäre eben, andere Städte von Wien profitieren zu lassen und umgekehrt. Best Practice ist zwischen Städten auszutauschen.

Wir bauen zum Beispiel gerade unser Fernwärmenetz als wesentliche Maßnahme vom KlIP II aus: ein Fernkältenetz. Das macht Kopenhagen, sonst keine andere Stadt; es ist zum Beispiel irrsinnig spannend, sich mit Kopenhagen auszutauschen. Wir haben großartige Erfahrungen bei der öffentlichen Beschaffung mit Ökokauf. Barcelona hat großartige Erfahrungen mit Programmen für innovative Beschaffung, was wir jetzt auch gerade mit dem Zentrum für Innovation und Technologie entwickeln. Also die Forcierung von Austausch zwischen Städten und das Promoten von Städten als Best-Practice-Beispiele!

Es gibt irrsinnig viele Themen, die wir in der Europadeklaration ansprechen, zwei sind mir noch ganz besonders wichtig. Das ist eigentlich von allen Rednern gekommen, und ich sehe darin auch einen Grund für die einhellige Unterstützung dieser Europadeklaration: Es muss unser Ziel sein, dafür zu kämpfen, dass den Städten als Motoren für eine positive Entwicklung auch die Flexibilität und die Rechtssicherheit eingeräumt werden, selber ihre regionalen Wirtschaften zu stärken, selber zum Beispiel zu organisieren, zu finanzieren, wie Dienstleistungen von öffentlichem Interesse passieren, und auch selber zu entscheiden, in welcher Form das alles passiert.

Zwei Beispiele: Das eine ist Daseinsvorsorge, wofür Wien massiv gekämpft hat in den letzten Jahrzehnten. Nämlich dafür, dass es unsere Rolle sein muss, als Expertinnen und Experten selbst zu entscheiden, wie wir das machen, unsere Rolle als Regionen - übrigens mit einigem Erfolg. Im Lissabon-Vertrag sind ja im Art 14 die Rolle und das Recht der Städte, der Regionen, das selbst zu organisieren und zu finanzieren, eingeräumt. Die nächste Aufgabe ist natürlich, bei der Erweiterung des Binnenmarktes dafür zu kämpfen, dass es auch so

bleibt und dass das weiter ausgebaut wird.

Ein anderes Beispiel habe ich schon erwähnt: Vergabe. Es ist toll, was wir mit Ökokauf und Green Procurement, also dem Aufnehmen von ökologischen Kriterien in die Vergabe, schaffen könnten und schaffen können: Jedes Jahr 5 Milliarden Beschaffungspotenzial ist ein ordentlicher Hebel. Es wäre natürlich noch toller, wenn wir mehr Möglichkeiten hätten. Momentan ist es so, dass Vergaberichtlinien ausschließlich auf den Vertrag beschränkt sind, der sozusagen im Zentrum des Kaufs steht, oder die Dienstleistung, die im Zentrum des Kaufs steht. Das ermöglicht uns natürlich nicht - und das ist extrem schade, wir wollen das -, auf soziale Bedingungen, auf Innovation, auf regionales Wirtschaften, auf Arbeitnehmerregelungen einzugehen.

Das wünschen wir uns von der EU, und ich möchte daher auch eine Sache tun, die mir ganz besonders wichtig ist. Ich möchte jenen danken, die für genau diese Dinge seit Jahren und Jahrzehnten massiv eintreten und massiv kämpfen. Damit wir nämlich Politiken wie diese fahren können, brauchen wir viel Expertise und viel Know-how, viel Mut und viel Energie. Das ist im Haus zur Genüge vorhanden, von der MA 27 bis zum Wien-Haus, bis zur Magistratsdirektion, bis zu im Grunde genommen fast allen Magistratsdirektionen, die sich an internationalen Diskursen beteiligen und die große Sträube ausgefochten haben in unserem Interesse, im Interesse aller Städte.

Die Daseinsvorsorge habe ich erwähnt. Zum Beispiel der zehnjährige Kampf Wiens für eine gute Ausrichtung der ÖPNV-Richtlinie wäre ein zweites Beispiel. Daher ein großer Dank und ein großes Lob an alle MitarbeiterInnen, die da für uns kämpfen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.*)

Wenn man so in die Runde schaut, dann liegt es nahe zu sagen: Es braucht also Energie! Es braucht aber auch Leitlinien und Ziele, dafür steht die Europadeklaration. Überdies braucht es ein viel engeres Verschränken mit anderen politischen Akteuren in der Europäischen Union, und deshalb ist das Rederecht so wichtig.

Zum Beispiel ist im Europaparlament am Anfang dieses Monats - ich glaube, am 6. Juni war es - der De-Rossa-Report diskutiert worden und damit die Frage: Braucht es eine horizontale rechtliche Regelung für die Organisation der Daseinsvorsorge oder nicht? Ich meine, das ist ein zentrales Thema für uns, und es würde alles ändern, wenn sich hier das momentane Machtverhältnis in der Europäischen Union, ein neoliberal-konservatives, durchsetzt. Daher ist es von vitalem Interesse für uns, dort auch in diese Diskussionen Eingriff zu nehmen und die Diskussionen zu lenken.

Das ist eigentlich das nächste Thema, das ich auch nur kurz anzusprechen brauche, weil es heute schon erwähnt wurde, nämlich die Frage, in welche Richtung die EU geht und wer sich dort durchsetzt, die Frage, wer gerade die Mehrheiten oder die hegemonialen Zugänge in der Kommission, im Parlament prägt. Das ist schon ein Wendepunkt, an dem wir stehen, ein Wendepunkt, der, wenn man so will, genau dort liegt, wo die Finanzkrise liegt, der nicht umsonst dort liegt.

Die Frage ist jetzt: Geht es weiter in Richtung eines neoliberalen Europas, damit aber wieder in die nächste Krise, die vorprogrammiert ist, weil ja der Grund dafür eine neoliberale Entfesselung der Märkte war? Oder geht es weiter in die Richtung eines sozialen Europas? Geht es weiter in die Richtung eines Europas der Arbeitsmarktpolitik und der Solidarität? Für Letzteres stehen wir, für Letzteres wollen wir kämpfen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dass wir nicht allein kämpfen - uns umdrehen, und die Bürgerinnen und Bürger stehen nicht hinter uns -, dafür ist eine zweite ganz, ganz zentrale Sache notwendig. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ein wahres Wort: Die Bevölkerung steht nicht hinter uns!)* Monika Vana hat es angesprochen: Es ist selbstverständlich die zentrale Aufgabe von uns, gegen Demokratiedefizite in der Europäischen Union und ihren Institutionen zu kämpfen, dafür zu kämpfen, dass mit der Zivilbevölkerung, mit den Bürgerinnen und Bürgern EU-Politik gemacht wird.

Denn man muss in aller Offenheit sagen: Bürgerinnen und Bürgern stellen die Frage: „Wozu brauchen wir das?“ Und vielen, vielen, vielen fällt die Antwort darauf nicht ein. Das ist nicht die Schuld der Bürgerinnen und Bürger. Dass man es braucht, ist eindeutig: Wir brauchen die Europäische Union, so wie sie uns braucht. Das ist ja sozusagen der Rahmen meiner ganzen Rede. Dass es aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt, setzt voraus, dass Politiken mit Bürgerinnen und Bürgern gemacht werden. Daher ist das auch so ein zentraler Punkt, der ja heute erwähnt worden ist - ich kann das nur unterstützen -, und auch ein zentraler Punkt unserer Europadeklaration. Es freut mich, dass wir diesen Weg damit weitergehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jetzt über das Thema der Stadt hinaus: Ich kann nicht so tun, als wäre nicht die ganze letzte Runde eher im Zeichen einer wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung mit Europa gestanden. Der positive Weg, den wir gehen, ist auch ein Weg, der unsere Interessen als Städte schützt. Aber selbstverständlich ist das auch ein Beitrag zu einem Europa als Solidargemeinschaft. Das ist nämlich die Basis für die größte europäische Errungenschaft: Europa als Friedensprojekt!

Ich möchte schon sagen, das ist das genau konträre Gegenbild zu einer Politik der Missgunst, des Neids, der Entsolidarisierung und des gegenseitigen Ausspielens, wie es leider momentan auch gespielt wird. Ich schaue nicht umsonst in diese Richtung, wenn ich das sage, denn schauen wir uns einmal an, wohin das führt, was Leute wie zum Beispiel Herr Kollege Herzog gerade vorgeschlagen haben mit dem in den Raum Stellen von „Gehen wir aus dem Euro raus!“, mit dem in den Raum Stellen *(GR Johann Herzog: Die Vorschläge von Wissenschaftlern!)* von de facto unserem Ausstieg aus der Europäischen Union, nämlich dann, wenn wir die Beiträge aussetzen.

Ich meine, wenn in einer Solidarunion Nettozahler sagen: „Wir zahlen einfach in Zukunft nichts“, dann stellt man doch in den Raum: Wir brauchen das alles nicht. Was damit im Raum steht, ist, ehrlich gesagt, ein schauerliches Programm.

Ein schauerliches Programm nicht oder nicht nur für Griechenland, ein schauerliches Programm nicht nur für die Europäischen Union, ein schauerliches Programm für uns! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Denn wenn wir handeln, um den Euro zu sichern *(GR Mag Wolfgang Jung: Können wir ja nicht! Das ist ja das Problem!)*, wenn wir handeln, um Griechenland zu helfen, dann handeln wir in Solidarität, das ist richtig, in Solidarität zu Griechenland, das ist auch richtig, aber vor allen Dingen in Solidarität mit uns! Schauen wir doch einmal die Möglichkeiten ... *(Beifall von GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch.)* Vereinzelt Klatschen, danke schön!

Schauen wir uns doch einmal genau an, was wir hier tun; und noch einmal, leider habe ich zu wenig Zeit dafür. Es ist völlig richtig - alle haben das gesagt, auch Sie -, es ist irrsinnig viel zu kritisieren an der Art und Weise, wie der Euroschutzschirm aufgespannt ist, welche Bedingungen Griechenland zum Beispiel hat, aber noch viel mehr, wie die europäischen Finanzmärkte geregelt, nämlich nicht geregelt sind. Die Rating-Agenturen sind auch schon angesprochen worden, darüber könnte man stundenlang reden. Es ist unsere Aufgabe, für diese Verbesserung zu kämpfen und das einzufordern.

Nur: Deshalb zu sagen, weil wir da dagegen sind, hören wir ganz auf, und weil wir mit der Richtung, in der unser Pferd marschiert, nicht zufrieden sind, erschießen wir das Pferd, ist absolut der falsche Weg. *(GR Mag Wolfgang Jung: Der jetzige Weg ist am Ende, Herr Kollege!)* Denn wenn wir nicht dafür kämpfen, die Situation, so wie sie jetzt ist, zu verbessern und Griechenland zu retten, dann schaden wir uns selber. Wir erschießen quasi nicht nur das Pferd, sondern schießen auch uns in beide Knie. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Was ist die Alternative? Die Alternative ist: Wir hören auf zu zahlen, Griechenland geht pleite, und was bis jetzt gezahlt wurde, 1,2 Milliarden EUR, ist gleich einmal weg. Super, das ist gleich einmal weg! *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, das ist ohnehin schon weg! Das gibt jeder zu! Wachen Sie auf!)* Dann: Die Schulden in Griechenland bleiben in Euro stehen, durch die folgende Abwertung würden sie sogar noch steigen. Griechische Sparer würden ihr Geld abziehen, griechische Banken würden in die Knie gehen. Am Ende des Tages sind wir nicht nur bei der Pleite Griechenlands, sondern bei einer europäischen Finanzkrise, die wir natürlich zu zahlen haben.

Was ist die Folge? Die Folge ist eine Destabilisierung des Euro. Die Folge ist ein Arbeitsplatzverlust in allen europäischen Staaten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wenn der jetzige Weg weitergeht, passiert das alles!)* Die Folge ist, dass europäische Banken, die ja interdependent mit den griechischen Banken sind, in die Knie gehen und wir sie retten müssen. Europäische Staaten müssen sie retten, nämlich alle, mit einer weit schlechteren Voraussetzung als 2008!

Das ist eine Folge, die wir nicht wollen können, und zwar ganz pragmatisch. Man kann von einem Friedensprojekt reden, ich tue das gerne, man kann von einem Integrationsprojekt reden, ich tue das gerne, man kann von einer solidarischen EU reden, auch das tue ich gerne, aber in dem Fall kann man es ganz pragmatisch

sagen: Es geht um uns, es geht darum, dass wir den Euro, unsere Währung, stärken und unseren Arbeitsmarkt stärken.

Es stimmt nämlich überhaupt nicht, dass der Euro eine schwache Währung ist. Das ist ökonomisch völlig falsch. Es sind 25 bis 30 Prozent des gesamten Geldes, also der gesamten Werte auf der Welt in Euro angelegt. Es ist die Inflationsrate weit, weit - ich glaube, um fast 1 Prozent - niedriger, als sie jemals in Schilling war. (GR Mag Wolfgang Jung: *Da wird ja gemogelt, Herr Kollege, das wissen Sie doch!*) Es ist genau für ein Land wie Österreich, das extrem klein und dessen Volkswirtschaft extrem interdependent ist, total zentral, dass wir Teil eines Währungsraums wie jenes des Euro sind, weil wir überhaupt nicht anfällig gegen Spekulationen sind, was wir in einer Situation wie jetzt natürlich wären.

Daher geht es bei allen Verbesserungsvorschlägen, bei aller harschen Kritik an einem neoliberalen Weg um die Rettung ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Von was?*) Ich will es nicht so ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Der Bundesregierung?*) Na ja, es geht de facto um die Rettung unserer eigenen Haut. (GR Mag Wolfgang Jung: *Der Bundesregierung, ja, ja! Richtig!*)

Ehrlich gesagt, alles andere sind Scheinalternativen! Es sind Scheinalternativen, die den Leuten nichts bringen, unseren Leuten nichts bringen, sondern ausschließlich Abzockern etwas bringen, die auf die Pleite Griechenlands und anderer europäischer Staaten wetten. Denen bringt es etwas, uns bringt es überhaupt nichts, das ist wirtschaftspolitischer Wahnsinn. Es ist die wirtschaftspolitische Kompetenz, die schon die Hypo Alpe-Adria spektakulär versenkt hat und Milliarden an Steuergeldern unserer Leute versenkt hat - übrigens mehr, als bis jetzt nach Griechenland geflossen ist. Diese Kompetenz brauche ich nicht, das ist die Kompetenz des Autopiloten auf dem Weg in den Abgrund.

Sie haben völlig recht: Der Weg, der jetzt gegangen werden soll, der Weg, den wir jetzt gehen, kann scheitern. Das Scheitern wäre schrecklich. (GR Mag Wolfgang Jung: *Vielleicht wissen wir es morgen!*) Es geht darum, dafür zu kämpfen, Alternativen aufzuzeigen, überhaupt keine Frage. Es geht darum, dafür zu kämpfen, auch diese Dinge zu verbessern. Aber ich habe den Eindruck, es ist schon besser, dafür zu kämpfen, dass es zu diesem Scheitern überhaupt nicht kommt, als dafür zu kämpfen, genau dieses Scheitern zu provozieren.

Das ist ein bisschen der Unterschied zwischen im Grunde genommen drei Parteien hier im Haus und einer weiteren, der FPÖ, die nämlich hier den Weg des Destruktivismus und der Destabilisierung fährt. Aus einem klaren Kalkül, das kann man ohnehin auch sagen, nämlich von Umfrage-Hochs von Jobbik, dem Vlaams Belang, der FPÖ (GR Mag Wolfgang Jung: *Das tut Ihnen eben weh!*), dem Front National - allesamt politische Parteien, die an der Zerstörung der EU und nicht an deren Stärke arbeiten.

Ich bin froh, dass wir einen anderen Weg gehen. Ich bin froh, dass wir die Europadeklaration beschließen, die unser Handeln positiv und konstruktiv prägt. Denn wir brauchen die Europäische Union und, wie ich schon zu

Beginn gesagt habe, die Europäische Union braucht uns. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Mag Dr Kappel. - Bitte.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich ganz grundsätzlich sagen, dass unsere Fraktion die Einrichtung dieses Ausschusses für europäische und internationale Fragen begrüßt - das war eine kluge Entscheidung -, weil wir glauben, dass es in Zeiten der globalen Vernetzung, der europäischen Zusammenarbeit wichtig ist, dass es auch auf der Ebene der Gemeinde Wien eine institutionalisierte Einrichtung gibt, die sich diesen Fragen widmet und die diese Fragen über die Fraktionen hinweg für den Gemeinderat vorbereitet. Das ist wichtig.

Wir begrüßen auch das Rederecht der europäischen Abgeordneten in diesem Gemeinderat, wir stehen dafür auch ein. Nur ist das kein rot-grünes Projekt, sondern ein Instrument, das im Rahmen der Europadeklaration vorgesehen ist. Dieser Europadeklaration, die wir heute diskutieren und abstimmen werden, stimmt unsere Fraktion ausdrücklich zu. (Beifall bei der FPÖ.)

Lassen Sie mich auch noch kurz auf meinen Vorredner eingehen. Nicht GR Herzog hat gesagt, dass Österreich aus dem Euro austreten soll, sondern GR Herzog hat den ehemaligen Präsidenten des Bundes der deutschen Industrie, Herrn Hans-Olaf Henkel, zitiert, der ein Szenario aufgezeigt hat, wie es in Europa weitergehen kann, von der Transferunion bis zum Austritt aus dem Euro. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass unsere Fraktion nicht dafür steht, aus dem Euro auszutreten, und dass unsere Fraktion - was auch schon einmal hier angesprochen wurde - ausdrücklich nicht dafür steht, dass Österreich aus der EU austreten soll. Das ist schwachsinnig, das haben wir nie gefordert. (Beifall bei der FPÖ.)

Lassen Sie mich nun zurück zur Europadeklaration kommen. Die Europadeklaration stand auf der Ausschussagenda am 4. Februar dieses Jahres, und heute diskutieren wir sie. Im Mittelpunkt dieser Europadeklaration steht die städtische Dimension in Europa. Neben einer generellen Definition, Zielsetzungen und inhaltlichen Schwerpunkten sowie dem allgemeinen Bekenntnis zu Europa, das wir selbstverständlich alle und fraktionsübergreifend teilen, ist die Stärkung der städtischen Dimension von einer besonderen Wichtigkeit und steht im Vordergrund. Beides unterstützen wir, nämlich sowohl die städtische Dimension als auch den Europagedanken. Wir stimmen auch der Europadeklaration zu, das sagte ich schon.

Den Leitlinien der in dieser Europadeklaration zusammengefassten Politik, den angeführten Hauptpunkten ist auch zuzustimmen. Das wurde heute auch schon mehrfach erwähnt: Es geht insbesondere um das Subsidiaritätsprinzip - ein Prinzip, das die Freiheitliche Fraktion immer unterstützt hat -, es geht um die Nichtaushöhlung des Sozial- und Solidarsystems, und es geht um eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik. Drei Punkte,

die Leitlinien und Leitbilder dieser Europadeklaration, denen zuzustimmen ist.

Ebenso den Instrumenten, ich sagte es schon. Das wichtigste Instrument - das wurde heute auch schon einige Male angeführt -, das Rederecht der Europaabgeordneten hier in diesem Gremium, ist zu unterstützen. Dieses Rederecht wird uns allen viel Information bringen und uns auf institutionalisierter Ebene einen Austausch gewährleisten, der gut ist und der ausdrücklich zu befürworten ist.

Wichtig ist sicherlich auch die Nutzung geeigneter strategischer Netzwerke in der Europäischen Union, beispielsweise der Städtebund, auf europäischer Ebene. Da passiert schon sehr viel und es ist wichtig, diese Vernetzungen sind eindeutig wahrzunehmen. Ebenso die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Centropo-Region, die Twin-City-Strategie, das alles ist gut. Das ist wichtig für Wien, das ist aber auch wichtig für die Umlandorte, für die Regionen um uns herum, das alles ist von besonderer Wichtigkeit.

Angeführt als eines der Instrumente im Rahmen der Europadeklaration ist auch das Lobbying bei den EU-Abgeordneten. Meine Damen und Herren, vielleicht sollte man da ein bisschen vorsichtiger sein, wie wir aus der jüngsten Vergangenheit gelernt haben.

Die Europadeklaration steht allerdings im Moment leider nicht im Mittelpunkt der europäischen Debatte. Mein Vorrednerin Frau Dr Vana hat das auch schon angeführt. Europa ist im Ausnahmezustand, und ich glaube, wenn heute jemand über Europa redet, dann redet er darüber, dass in Griechenland derzeit gerade das Parlament tagt und dass es zu einer Entscheidung kommen soll auf der Ebene des griechischen Parlaments, um darüber abzustimmen, ob man das Belastungspaket, ob man das Sparpaket annimmt für Griechenland, ja oder nein. Wir haben alle diese dramatischen Bilder in den Medien gesehen. Griechenland ist in einer wirklich schlimmen Situation, und das ist eigentlich das Thema, das heute die Europäer beschäftigt.

Was jeden Einzelnen von uns beschäftigt und was auch die Österreicher sehr beschäftigt, ist das Thema der Finanzhilfe für Griechenland, und vielleicht können wir darauf auch hier noch einmal kurz eingehen. Wie Sie wissen, sind zwischenzeitlich drei sogenannte Rettungsschirme geschnürt worden. Die erste Hilfsleistung war das Griechenlandpaket vom Mai letzten Jahres, woran sich die Republik Österreich mit 2,29 Milliarden EUR beteiligte; insgesamt waren das 110 Milliarden EUR an Krediten für Griechenland. Dann gab es einen EU-Haftungsschirm, Haftungen, also nicht Direktzahlungen, und Garantien im Ausmaß von 700 Milliarden EUR wurden gegeben; der österreichische Anteil daran macht etwas über 21 Milliarden EUR aus. Das Dritte ist der Europäische Stabilitätsmechanismus, der soeben beschlossen wurde, der Europäische Stabilitätsmechanismus, der ab 2014 vorgesehen ist und der ein Haftungsvolumen von 750 Milliarden EUR vorsieht; der Österreichanteil daran, nämlich an reinen Bareinzahlungen, beträgt 2,23 Milliarden EUR, aufgeteilt auf einige Jahre.

Das ist das Europathema, das die Österreicher auf-

regt, diese 4,5 Milliarden EUR, die in die Hilfspakete gepackt werden. Dazu gibt es eine aktuelle Gallup-Umfrage, die in der Zeitung „Österreich“ kürzlich veröffentlicht wurde, und diese besagt Folgendes: 48 Prozent der Österreicher lehnen das neue Griechenlandpaket ab. 60 Prozent sind der Meinung, dass die EU kein zweites Rettungspaket über 100 Milliarden EUR schnüren soll. Und 52 Prozent der Österreicher sind überhaupt der Meinung, dass man Griechenland bankrott gehen lassen sollte. - So weit zum europäischen Solidargedanken.

In Wirklichkeit - und das wissen Sie hier, wir wissen das alle - befindet sich Griechenland bereits in einem Insolvenzprozess, auch wenn niemand offen darüber spricht. Und in Wirklichkeit - wenn Sie die Medien verfolgt haben - wird von französischer Seite heute längst gesagt, wie dieses Insolvenzzenario auszusehen hat: Es wird eine sanfte Umschuldung sein, es werden die Laufzeiten der Anleihen erhöht, die Franzosen schlagen im Moment 30 Jahre vor. Der deutsche Finanzminister Schäuble hat auch schon gesagt, dass er möglicherweise mit dieser Lösung leben kann. Wir sind also, auch wenn wir das alles vielleicht nicht hören wollen, bereits in einem europäischen Insolvenzzenario.

Einen Insolvenzverwalter gibt es auch schon: Das ist die EU-Troika, die gerade dieser Tage wieder Griechenland besucht hat. Die Troika besteht aus der EU-Kommission, der EZB und dem Internationalen Währungsfonds, das sind die Insolvenzverwalter Griechenlands. Vor diesem Hintergrund ist eines ganz klar: Niemand würde in ein insolventes Unternehmen, aber auch nicht in eine insolvente Institution oder in einen insolventen Staat, eine insolvente Volkswirtschaft, ungeprüft zusätzliches Geld pumpen. Deshalb haben wir Freiheitliche gesagt: Wir wollen nicht, dass diese weiteren 12 Milliarden EUR, wie von der Bundesregierung jetzt vorgesehen, nach Griechenland gezahlt werden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es gibt eine aktuelle Studie der US-Bank City Group, die am Montag veröffentlicht worden ist. Diese besagt, dass die Top-Banker eigentlich damit rechnen, dass es in Griechenland zu einem 50-prozentigen Haircut kommt, und nicht nur in Griechenland, sondern auch in Portugal und Irland. Das ist ein Szenario, das wir uns alle nicht wünschen.

Insbesondere wünscht sich das die EZB nicht. Diese hat auch schon Überlegungen angestellt, was bei einem scharfen Schuldenschnitt von 40 Prozent passieren würde. Wenn Sie bedenken, dass das Eigenkapital der EZB rund 9 Milliarden EUR ausmacht und die EZB auf etwa 45 Milliarden EUR an griechischen Staatspapieren sitzt, dann bedeutet ein Schuldenschnitt von 40 Prozent eine 18-Milliarden-Abschreibung für die EZB, und alle Experten sagen, die EZB ist dann technisch pleite! Das wünschen wir uns alle nicht, niemand braucht eine EZB, die technisch pleite ist.

Man hätte vielleicht nur früher in Griechenland nachfragen sollen. Vor einem Jahr gab es Zeitungsberichte, da wurde beispielsweise der Präsident des griechischen Industriellenverbandes interviewt, Herr Daskalopoulos. Und er hat vor einem Jahr gesagt: „Unser Land ist plei-

tel“ Aber das wollten wir nicht hören, wir wollten da den Solidargedanken in den Vordergrund stellen, wir wollten die Banken schützen. Das wollten wir Europäer, haben das auch getan, und deshalb gab es diese Hilfspakete, nur um jetzt feststellen zu müssen: In Wirklichkeit sind wir bereits in einem Insolvenzzenario. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der von den Amerikanern, von der US-Bank City Group in der Studie vorgeschlagene Schuldenschnitt hilft ja in Wirklichkeit nur kurzfristig. In Wirklichkeit müssen die Griechen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, ihre Hausaufgaben machen, nämlich diese von der EU im Moment geforderten, das ist gut und wichtig, und in Wirklichkeit brauchen sie auch Laufzeitverlängerungen ihrer Anleihen. Ja, die sanfte Umschuldung, darin befinden wir uns.

Neben den Laufzeitverlängerungen brauchen die Griechen auch einen nationalen Schulterchluss. Wenn Sie bedenken, dass die griechischen Staatsschulden bei etwa 350 Milliarden EUR liegen und das Vermögen der griechischen Oberschicht, der griechischen Reichen, auch in etwa 350 Milliarden EUR beträgt, sollte man eigentlich Anreize in Griechenland schaffen, um diese Personen zu erreichen, die ja Griechen sind und eine besondere Liebe zu ihrem Land haben müssten. Das haben die Griechen in der Regel, weil sie ein nationalistisches, ein sehr stolzes Volk sind. Die griechische Regierung sollte ihre Top-Leute, ihre vermögende Gruppe dazu bewegen, mit den 350 Milliarden EUR, die diese größtenteils im Ausland angelegt haben, mitzuhelfen, ihr eigenes Land wieder aufzubauen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wohin haben die Griechen dieses Geld, diese 350 Milliarden EUR, in erster Linie transferiert? In die Schweiz! In die Schweiz haben sie größtenteils transferiert. Und was ist in der Schweiz in der Zwischenzeit passiert? Worüber haben wir gestern gesprochen? In der Schweiz ist passiert, dass sich im letzten Jahr die Kursrelation vom Schweizer Franken zum Euro um 25 Prozent geändert hat - ich habe mir das heute in der Früh angesehen. Dieser Kursgewinn des Schweizer Franken kostet uns im Euroraum viel Geld. kostet. Insbesondere die Stadt Wien - das haben wir auch gestern gehört - mit 240 Millionen EUR an Buchwertverlusten bei den Schweizer Franken Krediten!

Die Griechen haben also 350 Milliarden EUR in die Schweiz überwiesen, daneben auch Potentaten und Persönlichkeiten aus den nordafrikanischen Ländern, die heuer im Frühjahr geflohen sind oder auf Grund der Unruhen Gelder abgezogen haben aus ihren Ländern. Die Schweiz ist also voll mit Geld: 200 Milliarden an Fremdwährungen, umgerechnet in Schweizer Franken, liegen in den Tresoren der Schweizer Nationalbank. Das hat der Präsident der schweizerischen Nationalbank bei seiner Jahrespressekonferenz kürzlich bekannt gegeben. 200 Milliarden liegen dort und die Schweiz ist vollgepumpt mit Geld, beim Schweizer Franken besteht also eher eine Deflations- denn eine Inflationsgefahr. Die Schweiz ist voll mit Geld, die Griechen haben mit ihrem Geld dazu beigetragen, dass der Schweizer Franken im Hoch ist - und wir leiden unter diesem System, zahlen

aber auf der anderen Seite wieder Geld nach Griechenland! Das ist nicht gut. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe mir heute Früh den Kurs des Schweizer Frankens angesehen, der lag bei 1,1933 EUR. Der Jahrestiefkurs lag bei 1,182 EUR, das heißt, allein in diesem heurigen Zeitraum hat der Schweizer Franken gegenüber dem Euro um 0,01 EUR zugenommen. Internationale Finanzexperten - das ist heute schon einmal erwähnt worden -, aber auch Schweizer Finanzexperten und insbesondere Experten der schweizerischen Nationalbank sagen, dass man sich mittelfristig vorstellen könnte, dass es zu einer Austauschrelation von eins zu eins mit dem Euro kommt. Das wäre für den Euro wirklich schlecht!

Das wäre auch für die Gemeinde Wien wirklich schlecht, weil dann die Schulden, die wir heute haben - insbesondere das Schweizer Franken Exposure im Ausmaß von 1,6 Milliarden EUR -, Tag für Tag weiter anwachsen, zusätzlich zu den 240 Millionen an Buchverlusten, die wir im letzten Jahr zu verzeichnen hatten und die auch im Rechnungsabschluss ausgewiesen wurden. Allein auf Grund der Verluste im heurigen Jahr, das heißt, die Abwertung des Euros im Vergleich zum Schweizer Franken im Ausmaß des Betrags, den ich vorhin anführte, nämlich diese 0,01 EUR pro Franken Relation, ergibt sich seit 1. Jänner dieses Jahres ein Fehlbetrag von weiteren 140 Millionen EUR, der allein auf Grund des Kursanstiegs des Schweizer Frankens zu Lasten des Fremdwährungsportfolios der Gemeinde Wien anfällt. Das ist wirklich hoch spekulativ!

Aber zurück zur Europadeklaration und zum Franken: Sie sehen, und das wollte ich eigentlich damit aufzeigen, die Welt ist eine vernetzte, und die Zusammenarbeit muss gestärkt werden. Der Schweizer Franken und die Griechen, es ist alles in einen Zusammenhang zu bringen. Diese Vernetzung, diese enorme internationale Vernetzung zeigt auf, warum es wichtig war, diesen Europaausschuss einzurichten. Nämlich um die Fragen globaler Zusammenhänge und der europäischen und internationalen Akkordierung auf einer institutionalisierter Ebene abzustimmen.

Ich würde mir wünschen, dass wir noch mehr Themen in diesem Europaausschuss bearbeiteten als bisher. Wir hatten bis jetzt zwei Sitzungen, vielleicht kann sich die Frequenz erhöhen. Ich denke, dass im Moment viel Diskussionsbedarf da ist für eine Abstimmung auf europäischer Ebene, und ich würde mich freuen, wenn wir hier in Zukunft verstärkt europäische Themen - wenn auch vielleicht inhaltlich kontroversiell, aber dann doch nach außen mit einer Stimme auftretend - diskutieren könnten, weil ich bei vielen Reisen im Ausland festgestellt habe, dass man in erster Linie als Österreicher - und nicht als Parteipolitiker - wahrgenommen wird.

Es ist im Ausland nicht die erste Frage, welcher Fraktion man entstammt und ob man aus Wien oder sonst irgendwo herkommt, sondern in der Auslandsbetrachtung sind wir alle Österreicher. Deshalb ist es wichtig, dass man die österreichischen Interessen auch mit einer gewissen Homogenität nach außen vertritt. Das würde ich mir von diesem Europaausschuss wünschen, dass er

zu dieser Homogenität beiträgt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr noch Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Gleich vorweg: Mit Freude, mit ausgesprochener Freude habe ich diesmal zur Kenntnis genommen, dass GRin Kappel gesagt hat, die FPÖ will nicht raus aus der EU! *(GR Mag Wolfgang Jung: Nichts Neues!)* Die FPÖ will nicht raus aus dem Euro, das ist Schwachsinn! Ich nehme das aber zur Kenntnis. Das freut mich!

Umso mehr verwundert es mich, dass die gesamte Werbelinie der Freiheitlichen suggeriert: Raus aus der EU! Raus aus dem Euro! – Es geht darum, was beim Empfänger ankommt, und wenn heute der durchschnittliche FPÖ-Wähler befragt wird, was seine Partei will, ob seine Partei beim Euro und Mitglied der Europäischen Union bleiben will, dann wird der durchschnittliche FPÖ-Wähler antworten: Nein! Raus aus dem Euro! Raus aus der Europäischen Union!

Deshalb freut mich diese Klarstellung, und es wird mir eine Freude sein, Sie und auch Kollegen Jung und alle anderen, die eifrig genickt haben, in Diskussionen zu zitieren! *(GR Johann Herzog: Nicken kann man nicht zitieren!)*

Ich meine nämlich, es ist sinnvoll, eine Forderung, aus der EU und aus dem Euro auszusteigen, fallen zu lassen. Das wäre nämlich ähnlich, wie wenn ich als Wiener fordern würde: Mir gefällt die Politik der Bundesregierung nicht, mir gefällt nicht, wofür die Bundesregierung Geld ausgibt, und deshalb meine ich: Wiener raus aus Österreich!

Nein! Ich versuche, die Politik zu verändern. *(GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein: Das ist ja genial!)* Ich versuche, politisch etwas zu bewirken, aber es bewirkt tatsächlich nichts, wenn man aus der Europäischen Union austritt oder wenn man aus dem Euro austritt.

Kollege Herzog hat die Währungskonstellationen der Weichwährung Euro zu unterschiedlichen Währungen zitiert. Kollege Wutzlhofer hat schon kurz darauf hingewiesen. – Für alle, die sich erinnern können: Die Währungsrelation zwischen Euro und Dollar betrug mit Stand 2002 ungefähr eins zu eins. Jetzt beträgt die Relation Euro zum Dollar 1,4 zu 1. Die Relation zwischen Pfund und Euro betrug im Jahr 2002 0,62 zu 1 und liegt jetzt ungefähr bei 0,9 zu 1. Die Relation Yen zu Euro betrug im Jahr 2002 115 zu 1 und beträgt jetzt ebenfalls 115 zu 1, ist also ziemlich gleich geblieben.

Dann hat Kollege Herzog gesagt, dass eine von drei gewählten wirklich harten Währungen der Kanadische Dollar sei. *(GR Johann Herzog: Das habe ich zitiert!)* Ja! Aber man zitiert doch nur Sachen, von denen man überzeugt ist, dass sie die eigene Meinung unterstützen! Oder man weist dezidiert darauf hin, dass man das Gegenteil davon meint! Aber man zitiert doch nicht, dass etwas als harte oder weiche Währung gilt, und distanziert sich gleichzeitig davon! *(GR Johann Herzog: Ich distanziere mich nicht!)*

Die Währungsrelation zwischen Euro und Kanada-

schem Dollar betrug also im Jahr 2002 1 zu 1,42. Und wie ist die Währungsrelation am heutigen Tag? – 1 zu 1,42! Es gibt natürlich Schwankungen dazwischen, aber die Frage, ob eine Währung hart oder weich ist, muss natürlich über längere Zeiträume betrachtet werden. Und was erkennt man daran? – Natürlich hat es zum Yen massive Schwankungen gegeben, aber wenn man darüber nachdenkt, dann war nicht der Euro so stark, sondern es war der Yen so schwach!

Das entspricht jetzt auch der Situation gegenüber dem Schweizer Franken: Es ist nicht so, dass der Euro zum Schweizer Franken besonders schwach wäre, das trifft den Dollar, das Pfund, den japanischen Yen und den Kanadischen Dollar, und das trifft sogar den von Ihnen zitierten Australischen Dollar, allerdings nur fast genau so, diesfalls ist es etwas weniger.

Wir befinden uns nicht in einer Situation, in der der Euro und vor allem die Härte des Euro in Gefahr sind. Und jetzt muss man gleich mit der nächsten Mär aufräumen. Ich sage es ganz offen, und das ist das Traurige an der Situation: Ich glaube tatsächlich, dass in der jetzigen Griechenlandkrise ganz massiv an der Volksverblödung gearbeitet wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist richtig!)* Man versucht dort, den Menschen einzureden, der Euro sei in Gefahr. – Das ist er aber nicht, sondern es sind die Banken in Gefahr! *(GR Mag Wolfgang Jung: Auch!)*

In Griechenland trifft es vor allem die griechischen Bürger, und in einem Punkt gebe ich Ihnen recht – und ich sage es noch härter –: Griechenland ist längst bankrott. Punkt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja!)*

Daher geht es jetzt darum, wie wir Griechenland gemeinsam – und das ist Solidarität – helfen können. *(GR Mag Wolfgang Jung: Es geht darum, ob wir Griechenland helfen können!)* Ich sage das jetzt aus meiner persönlichen Position und aus der Position der GRÜNEN: Ja! Ich stehe im europäischen Raum innerhalb der Europäischen Union zu einer Solidarität, und diese Solidarität muss dazu führen, dass man sich Mittel und Wege überlegt, wie man der griechischen Bevölkerung helfen kann. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Danke.

Einen Vorschlag von Ihnen habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, und ich will ihn ausweiten. – Sie haben leider nicht gesagt, wie hoch der Prozentsatz der reichen und vermögenden Griechen ist, die 350 Milliarden EUR auf dem Konto haben, aber jedenfalls ist in Griechenland die Reichtumsverteilung noch ungleicher als in Österreich. *(GR Mag Wolfgang Jung: Richtig! Genau!)* Und diese Reichen sollen beitragen!

Ich erweitere diesen Vorschlag noch: Nehmen wir die Reichen und Reichsten der Europäischen Union, die in den letzten Jahren an der Griechenlandkrise massiv verdient haben und führen wir eine europaweite Vermögenssteuer ein! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Machen wir eine europaweite Vermögenssteuer von 1 Prozent, dann ist Griechenland hochweis! Dann sind nicht nur die Schulden getilgt, sondern die Europäische Union könnte genügend Finanzmittel zur Verfügung stellen, um für Griechenland eine Art neuen Marshall-Plan zu initiieren, der Griechenland hilft, seine Strukturprobleme zu bewältigen.

Zu der Behauptung, dass die griechische Bevölkerung tatsächlich über ihre Verhältnisse gelebt hätte: Damit tu' ich mir immer schwer! Im heutigen „Standard“ steht etwas, und ich weiß nicht, ob es richtig ist, aber ich glaube, es ist richtig: Eine Frau, die 20 Jahre Lehrerin ist, verdient 1 350 EUR. – Entschuldigung! Das verstehe ich nicht unter „über seine beziehungsweise ihre Verhältnisse zu leben“! Wenn man sich die Lebensumstände in Griechenland und in Österreich anschaut, dann ist die Bezahlung in Griechenland schlechter als für eine österreichische Lehrerin nach 20 Jahren, und das trifft auch zu, wenn man die Kaufkraftqualität vergleicht. – Das ist nicht über seine beziehungsweise ihre Verhältnisse leben!

Natürlich braucht Griechenland den strukturellen Umbau. Aber es stellt sich zum Beispiel die Frage, ob es Griechenland hilft, wenn es in dieser Situation für den strukturellen Umbau wirklich seine Staatsbetriebe verramscht. Wir befinden uns jetzt nicht auf der Ebene, dass der Hafen et cetera verkauft werden, sondern das, was gefordert wird, ist, die Staatsbeteiligungen zu verramschen und dann die Gewinne wieder einmal zu privatisieren.

All das gehört meines Erachtens tatsächlich verändert! Und in diesem Sinne sage ich: Die Ideen einer Wirtschaftsregierung, die gegenwärtig in Europa herumgeistern, sind eine Gefährdung des europäischen Gedankens! Daher müsste es in unser aller Sinne sein, diese Wirtschaftsregierung – wenn man tatsächlich eine will – auf solidarisches, nachhaltiges und demokratisches Wirtschaften festzulegen, damit wir wirklich versuchen können, den Karren gemeinsam aus dem Dreck zu ziehen. Das wäre meines Erachtens für Griechenland notwendig, und es ist vollkommen klar, dass es ohne Entschuldigung Griechenlands und ohne eine Art neuen Marshall-Plan keine Lösung für das griechische Problem gibt.

Griechenland verhält sich anders als Irland. Das Problem stellt sich anders dar. (GR Johann Herzog: Portuga!!) Nein! Es stellt sich sogar anders dar als in Portugal, weil die strukturelle Verschuldung in Portugal anderes ist als in Griechenland! – Wenn man will, dass Griechenland tatsächlich geholfen wird, dann bedarf es einer Entschuldigung und einer Art Marshall-Plan, und das muss natürlich finanziert werden.

Als Grüner sage ich: Ich halte es für falsch, wenn diese Bürde europaweit den Ärmeren oder der Mittelschicht aufgebürdet wird, denn diese haben auch nicht davon profitiert! – Sie sagen dann manchmal, dass wir jetzt wieder auf die Aktionäre losgehen, obwohl Sie selber diese Kritik angebracht haben!

Die Europäische Zentralbank verteilt um 1 Prozent Kredite an diverseste Banken. Diese kaufen Staatsanleihen mit einer Rendite von 8 Prozent, mittlerweile bis zu 18 Prozent und noch mehr, und verdienen daran. Da muss man sich überlegen, was sich Griechenland allein an Zinsen ersparen würde, hätte damals die EZB gesagt: Wir haben die Möglichkeit und geben Griechenland den Kredit direkt! – Das wäre ein erheblicher Vorteil für Griechenland bei der Entschuldigung gewesen. Aber im Endef-

fekt war es das größte Bankenpaket nach der Krise, und alle offiziellen Bankenpakete wären letztendlich vollkommen irrelevant, wenn die Europäische Zentralbank zu 1 Prozent in der Tat unglaublich viel Geld zur Verfügung stellen würde!

Vordergründig wurde das verkauft, und wir stellen das Geld zur Verfügung, um den Konsum anzukurbeln. – Wir alle wissen aber mittlerweile, dass 80 Prozent der zur Verfügung gestellten Gelder allein in den Finanzmarkt geflossen sind und nicht in die Ankurbelung der Produktion!

Diesbezüglich muss gegengesteuert werden, und bei einem klaren Ja und einem klaren Bekenntnis zur inner-europäischen Solidarität erwarte ich mir auch – das sage ich ganz konkret – die Unterstützung der Sozialdemokratie. Das wird nämlich nur möglich sein, wenn wir diese Solidarität, die wir jetzt innerhalb Europas brauchen, nicht auf dem Rücken der ärmeren Menschen und nicht auf dem Rücken der Mittelschicht austragen, sondern die Idee von Kollegin Kappel auf Österreich beziehungsweise auf ganz Europa ausdehnen und tatsächlich sagen: Europa braucht eine Vermögenssteuer, Europa braucht eine gerechtere Verteilung des vorhandenen Vermögens.

Das braucht Europa, um sich Solidarität leisten zu können, um nachhaltig wirtschaften zu können, und das braucht Europa auch, um der Demokratie in Europa wieder eine Chance zu geben. – In diesem Sinne bedanke ich mich fürs Zuhören und ersuche nochmals um die Zustimmung zur Europadeklaration. Danke. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist zum zweiten Mal Herr GR Mag Jung. Sie haben 19 Minuten.

GR Mag Wolfgang **Jung** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! 19 Minuten wird es nicht dauern!

Die Ausführungen des Kollegen haben teilweise Widerspruch erregt und teilweise Zustimmung gefunden. – Ich erinnere jetzt an die gestrigen Worte meines Kollegen Wansch. Als er die Eurogeschichte angesprochen und Ihr vorjähriges Referat zitiert hat, sind Sie, Herr Margulies, hinten im Kreis gegangen, haben sich geschüttelt und den Kopf auf die Bank gelegt. – So geht es einem halt, wenn man plötzlich in der Regierung ist! Aber es spricht wenigstens für Sie, dass es Sie getroffen hat! Das spricht für eine gewisse Ehrlichkeit zumindest sich selbst gegenüber!

Auch die Argumente, die Sie jetzt gebracht haben, waren auch vom Finanztechnischen her die seriösesten, die ich seit Langem von Regierungsseite gehört habe. Daher lohnt es sich auch, wie ich glaube, darauf einzugehen.

Sie haben die Solidarität angesprochen. Diesbezüglich gibt es einmal eine Grundsatzfrage, und da bin ich eher pessimistisch! Ich fürchte nämlich, dass man diesem Griechenland gar nicht mehr helfen kann, und zwar aus ganz verschiedenen Gründen. Das ist nicht nur eine Frage der Geldmenge, sondern es muss sich jemand auch helfen lassen; dieses Land ist aber auf dem Weg

ins totale Chaos. Das Ganze ist nicht steuerbar, man bräuchte dort einen europäischen Masseverwalter mit diktatorischen Kompetenzen, und den wird es nicht geben, und daher sehe ich dort eine sehr schwerwiegend negative Entwicklung, für die wir gar nicht die Mittel haben. (*Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Kommen Sie heraus, und sagen Sie es, und rufen Sie nicht von hinten hinein! Aber Sie sind ja gegen die Diskussion! Sie wollen die Diskussion in diesem Haus ja beschränken, wie wir heute Früh in der Zeitung lesen konnten! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Der erste Schritt wäre, aufzuhören, die breite Masse in Griechenland kaputt zu sparen!*) Das wäre theoretisch möglich! Da gebe ich Ihnen recht! Die Frage ist aber jetzt: Wie soll man das umsetzen?

Nächste Problematik: Wir sind ja selbst ganz beachtlich verschuldet, was wir uns auch in die Tasche reden. Wie sollen wir – und nicht nur wir, sondern die meisten europäischen Staaten – helfen, indem wir uns weiter verschulden, um einem Schuldner Geld zu geben! Das ist doch ein finanzpolitischer Irrsinn! Wir müssen uns zuerst darum kümmern, dass wir aus unseren eigenen Problemen herauskommen!

Die ÖVP will zum Beispiel auf der einen Seite dort Geld hineinbuttern, auf der anderen Seite sagt die Finanzministerin, eine Steuererleichterung ist in Österreich nicht drinnen! – Sehen Sie Ihren eigenen Widerspruch nicht in der ganzen Geschichte? Sie geben den anderen das Geld, das Sie den Österreichern nicht geben können, weil es nicht da ist! Bei der ganzen Geschichte ist doch so viel faul!

Europaweite Vermögenssteuer: Kollegin Kappel möchte dem, wie Sie sie ausgelegt haben, glaube ich, eh noch widersprechen, denn sie hat von den Griechen gesprochen. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ja!*) Sie wollen das aber europaweit machen! Die Problematik dabei ist, dass die Europäische Union in der jetzigen Konstruktion schon zu viel Geld verwirtschaftet hat und solche Probleme hat, um mit der Korruption zu Rande zu kommen, dass wir dieser weder die Fähigkeit noch wirklich den tieferen Willen zutrauen, das ordentlich zu handhaben. Daraus resultiert unsere große Skepsis in dieser Richtung!

Nächstes: Mitzahlen muss nach Ihrem Konzept nicht nur Österreich – und hat es bisher auch getan –, weil wir zu jenen Staaten gehören, die finanziell besser gestellt sind. Für Griechenland mitzahlen müssen aber auch Länder, denen es nicht besonders gut geht, und auch diese haben es bisher getan. Erklären Sie doch einmal den Slowenen, die jetzt mit einer Arbeitslosigkeit von – wie ich einmal sagen möchte – 16 Prozent rechnen müssen, warum sie ihr Geld dort hinunter geben sollen! – Das ist die nächste große Problematik bei der ganzen Geschichte.

Wir werden es vielleicht heute Abend sehen. Wenn die EU beziehungsweise die Kommission in Brüssel Glück hat, kommt eine sehr knappe Mehrheit für die Annahme des Pakets heraus. Aber selbst wenn diese herauskommt, Herr Kollege, bin ich mir noch nicht sicher, ob das auch von der Bevölkerung akzeptiert werden

wird. Ich nehme an, das wird auch gegen den Willen des Parlaments mittelfristig von draußen sabotiert werden. Ich kenne den Raum relativ gut, und ich sage Ihnen: Die Streiks dort werden weitergehen, und Griechenland wird die Wirtschaftsfähigkeit nicht aufbringen, um auf die Füße zu kommen. Diesbezüglich bin ich sehr pessimistisch: Hier wird ein riesiges Problem an der Südostflanke Europas entstehen!

Jetzt der letzte Punkt, den ich Ihnen auch noch anführen möchte, Herr Kollege: Ich glaube Ihnen nicht ganz, dass Sie diesbezüglich ehrlich waren. Sie haben, wie auch der Vorredner von der SPÖ, vorgebracht: Die FPÖ ist gegen alles, also gegen Brüssel, gegen Europa, gegen den Euro und so weiter. – Wir sagen etwas anderes! Wir sagen: Wir wollen ein anderes Europa, denn dieses funktioniert ja nicht, das müssen Sie ja selber zugeben, dass das nicht hinhaut! Wir schleppen die ganze Geschichte ja schon die ganze Zeit mit!

Wir sind auch nicht für den Austritt aus dem Euro. Der Austritt aus dem Euro wäre die letzte Lösung, wenn das Chaos wirklich fast unüberbrückbar wird. Ich glaube Ihnen also nicht, dass Sie es in diesem Punkt ganz ehrlich meinen! Sie haben sicherlich mitverfolgt, was in unserem Parteiprogramm steht, darüber wurde von Ihrer Seite ja auch genügend gezetert: In diesem Programm steht ausdrücklich, dass wir ein Europa der Vaterländer als Gemeinschaft der Staaten wollen, die historisch, kulturell und geographisch das humanistische Abendland ausmachen. Und wir schreiben zum Beispiel ausdrücklich auch im dritten Absatz: Die FPÖ bekennt sich zu einem europäischen Vertragswerk mit einem Rechte- und Pflichtenkatalog für die Union und ihre Mitgliedsstaaten. Die Verfassungen der souveränen Mitgliedsstaaten sollen allerdings Vorrang vor dem Recht der Union haben. – Da ist keine Rede von einem Austritt und keine Rede vom Ausstieg aus dem Euro. Sparen Sie sich also das nächste Mal bitte wenigstens diese Argumente! (*Beifall bei den FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Dr Kappel gemeldet. Sie hat drei Minuten Redezeit. – Bitte sehr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Es ist dies wirklich nur eine kurze tatsächliche Berichtigung.

Herr Kollege Margulies! Ich freue mich, dass Sie einen Vorschlag von mir positiv erwähnt haben. Sie haben ihn allerdings bedauerlicherweise falsch interpretiert.

Ich habe natürlich nicht gemeint, dass eine griechische, europäische oder sonstige, wie auch immer getretete, Vermögenssteuer eingeführt werden soll. Das habe ich ausdrücklich nicht gemeint!

Vielmehr habe ich habe gesagt, dass ein Anreizsystem in Griechenland geschaffen werden soll, dass all jene Griechen, die jetzt Geld im Ausland haben, dazu bewegt werden, ihr Geld wieder nach Griechenland zu bringen und es in Griechenland zu investieren.

Ich habe also vorgeschlagen, an den Solidargedanken der Griechen zu appellieren und ein Anreizsystem zu schaffen, dass dieses Geld, das jetzt im Ausland und in erster Linie in der Schweiz liegt, wieder nach Griechen-

land fließt und dort zum Aufbau der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Finanzen und des Staates investiert wird. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Schade! Ihre erste Idee hat mir besser gefallen!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr noch Herr GR Johann Herzog. Das ist auch die zweite Wortmeldung. Sie haben noch zwei Minuten.

GR Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ganz kurz nur: Ich möchte die Debatte und die Antworten auf meine Wortmeldung insofern beantworten, als ich festhalten möchte, dass Solidarität ein dehnbarer Begriff ist. Wir brauchen in erster Linie Lösungen für das Problem, und die Lösungen können nicht darin bestehen, dass der Status quo fortgeschrieben wird.

Wir haben jetzt schon, wenn man die Target-Kredite mit einbezieht, insgesamt 15 Milliarden EUR in Stabilisierung investiert, und wir haben insgesamt einen Weg beschritten, der, wenn er weiter fortgesetzt wird, Konkursverschleppung und sonst gar nichts ist. Und Konkursverschleppung ist bei jedem Privatmann ein Strafdelikt, das möchte ich einmal in aller Deutlichkeit feststellen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was wir brauchen, sind neue Wege, die einerseits in Umschuldung bestehen könnten. Aber wie sollte das angegangen werden? Die bloße Laufzeitverlängerung verschiebt das Problem einer Verschuldung Griechenlands und der südlichen Staaten nur um drei, vier Jahre in die nächste Zukunft, würde es vergrößern und keine Lösung herbeiführen. Und ob ein Haircut wirklich gelingen würde, weiß ich nicht, und man weiß vor allem nicht, wie der IWF diesbezüglich reagieren würde.

Ich glaube, wir werden auf Sicht gesehen um eine Neuordnung des europäischen Währungssystems, in welcher Form auch immer, nicht herumkommen! Dorthin wäre natürlich ein langer Weg, das muss man auch wissen. Ich glaube aber, dass dieser unausweichlich sein wird. Es muss hier notwendigerweise unter Umständen eine Trennung vollzogen werden, und diese Trennung kann in Absprache etwa so vor sich gehen, dass sich die nördlichen und südlichen Staaten der Europäischen Union gemäß den jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten in verschiedene Währungsgemeinschaften zusammenschließen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Daher kommen wir nun zur Abstimmung. Ein Gegenoder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Es gelangt nunmehr Postnummer 31 zur Verhandlung. Sie betrifft eine Betriebssubvention an den WUK Verein zur Schaffung offener Kultur- und Werkstättenhäuser. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und

Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Zustimmung der SPÖ und der GRÜNEN angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 32 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Kulturverein 21. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Susanne Bluma, einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke schön. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Wolfgang Irschik. Ich erteile ihm das Wort.

GR Wolfgang **Irschik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Bei Postnummer 32 geht es um ein Subventionsansuchen. Wir haben heute schon viel gehört, und dabei ist es jeweils um Millionen- und Milliardenbeträge gegangen, und wir haben gehört, dass die Aufnahme von Fremdwährungskrediten die Schulden in einem sehr großen Ausmaß vergrößert und vermehrt. Jetzt sind wir sozusagen bei den kleinen Dingen, aber es heißt ja nicht umsonst: Kleinvieh macht auch Mist!

Diesfalls geht es um ein Subventionsansuchen des Kulturvereines 21. Warum dieser Verein die Ziffer 21 in seinem Namen trägt, wissen wir eigentlich nicht, das hat zumindest mit dem 21. Wiener Gemeindebezirk nichts zu tun. Das hat nichts mit Floridsdorf zu tun, der Verein heißt nur so. Ich habe auch im Internet nicht wirklich viel darüber gefunden. Es scheint allerdings das Projekt „Street Academy“ mit einer zugegebenerweise sehr guten Homepage auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich dieses Subventionsansuchen anschaut und durchliest, dann stellt man fest, dass es Ziel dieses Vereins ist, jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, Kreativität auszuleben, aber auch Einstiegsmöglichkeiten in Berufe aufzuzeigen.

Dazu möchte ich festhalten: Es gibt einmal jährlich die Berufsinformationsmesse, die durchaus eine gute Sache ist und die Gott sei Dank auch von vielen Menschen angenommen wird! Und diese wird auch von der öffentlichen Hand dotiert und bezahlt. Außerdem werden von der Arbeiterkammer – und auch das ist eine gute Idee – Schulen besucht, und es wird den jungen Menschen aufgezeigt, welche Chancen sie haben und wie sie ihre eigenen Vorzüge hervorkehren können. – Das ist durchaus eine gute Maßnahme der Arbeiterkammer, und die SPÖ wird vermutlich nicht dagegen sein, dass das durchgeführt wird und dass man seitens der AK in Schulen kommt und die jungen Menschen darauf aufmerksam macht, welche Chancen es gibt. Außerdem gibt es natürlich auch das Arbeitsmarktservice. Und all das bezahlt sowieso die öffentliche Hand.

Das Geld fällt bekanntlich nicht vom Himmel, ein Verein muss dotiert werden, und wir lesen hier, dass Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren erreicht werden sollen. – Ich wage zu bezweifeln, ob es einen Zehnjährigen – männlich und weiblich – wirklich interessiert und er

sich wirklich schon große Gedanken darüber macht, welchen Beruf er ergreifen will und wie seine Berufsaussichten später sein werden! Ein 18-Jähriger sollte es dann allerdings schon wissen. – Jedenfalls ist das eine etwas skurrile Sache!

Es fallen dann auch noch ein paar andere interessante Dinge auf: Man wird darüber informiert, wo diese Workshops stattfinden. Einige veranstaltet der Verein selbst. Workshop ist übrigens ein herrlich deutsches Wort. Viele Ausdrücke findet man nicht einmal mehr im Langenscheidt. Da blättert man dann nach und findet es nicht.

Interessant ist auch, wo das angeboten wird, nämlich zum Beispiel in Jugendzentren oder im Klub KW. Ich gebe zu: Ich weiß nicht, was KW bedeutet, das könnte Kilowatt heißen. Das findet im Karl-Wrba-Hof in Favoriten statt. – Das könnte übrigens die Abkürzung sein!

Etwas ist auch nicht ganz unproblematisch: Es gibt auch eine Drogeneinrichtung Dialog 10 im Donauzentrum, wobei ich auch nicht weiß, warum diese Dialog 10 heißt, wenn sie im Donauzentrum im 22. Bezirk ist! Es gibt da immer sehr viele Ziffern, die nicht wirklich einen Hintergrund ergeben, beziehungsweise ist dieser zumindest nicht ersichtlich! Dort soll das stattfinden, vielleicht ist aber gerade diese Örtlichkeit nicht unbedingt eine, wohin man junge Menschen transferieren soll! Vielleicht sollte man das überhaupt anderswo anbieten! Diese Drogeneinrichtung veranstaltet irgendwas, und es heißt, junge Menschen, kommt in die Drogeneinrichtung! Eigentlich wollen wir, dass man sie von dort fernhält und nicht dort hinlockt!

Interessant ist auch, dass explizit drinnen steht – und das möchte ich schon hinterfragen –: „Durch die Auswahl der Orte werden mit diesem Angebot vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund erreicht.“ – Da sollte man schon hinterfragen, warum hervorgehoben wird, dass vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund angesprochen werden sollen! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Passen Sie auf! Warten Sie ein bisschen! (*Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.*) Werden Sie nicht nervös, Frau Kollegin! Hören Sie bitte zu! Ich werde es Ihnen gleich explizieren! Da können Sie vielleicht etwas lernen! Bei Ihnen wäre es dringend notwendig!

Meine Damen und Herren! Warum wird hervorgehoben, dass es dabei vor allem um Jugendliche mit Migrationshintergrund geht? Heißt das, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt in der Drogenberatungseinrichtung aufhalten? – Davon gehe ich nicht aus, und das soll es auch nicht sein, meine Damen und Herren! Wir sprechen immer so viel von Integration. Dann sollten doch in Gottes Namen – und das ist auch in Ihrem Sinne – alle dorthin gehen! Oder ist das nicht so? Warum heißt es „vor allem mit Migrationshintergrund“. Es sollen doch alle Jugendlichen erreicht werden!

Ich höre immer so viel vom friedlichen Zusammenleben. – Warum wird der Migrationshintergrund dann hervorgehoben? Was heißt das? Ist der Migrationshintergrund eine Auszeichnung oder ein Privileg? Wenn das so ist, dann müsst ihr es sagen! – Das heißt dann also, dass unsere Kinder, die gebürtige Österreicher sind,

schlechter sind, und deshalb lehnen wir Freiheitlichen so etwas grundsätzlich ab! Alleine das Hervorheben ist es! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das brauchen wir nicht! Es sollen alle Jugendlichen erreicht werden, nicht nur diejenigen mit Migrationshintergrund! In Ihren Augen ist das eine Auszeichnung! Für uns Freiheitliche ist das keine Auszeichnung! Sie sollen gleichgestellt werden. Sie sollen nicht schlechter gestellt werden, aber sie sollen auch nicht ständig hervorgehoben werden!

Aber nicht nur das, meine Damen und Herren: Es geht nicht nur darum, für wen das getan wird, sondern ... (*GRin Anica Matzka-Dojder: Was haben Sie dagegen?*) Warten Sie! Ich sage es ihnen gleich!

Hier steht: „Die Unterrichtenden der Street Academy sind junge Künstler,“ – hoffentlich keine Lebenskünstler! – „die selbst noch am Beginn ihrer Karriere stehen. Viele von Ihnen haben selbst Migrationshintergrund.“ – Da geht es ja weiter! Wenn die Vortragenden keinen Migrationshintergrund haben, ist es doch auch in Ordnung! Da steht es sogar zwei Mal! Warum wird das hervorgehoben? Noch einmal: Ist das ein Privileg?

Das heißt: Wir wollen keine österreichischen Vortragenden haben. Das müsst ihr sagen! Das heißt, Sie stellen sich gegen die gebürtigen Österreicher! Das ist offenbar Ihre Politik! – Wir Freiheitlichen lehnen das ab, meine Damen und Herren!

Und es gibt auch Interessantes zu hören. (*GRin Anica Matzka-Dojder: Sie haben auch einen slawischen Namen! Ich übrigens auch!*) Darauf muss ich jetzt, Herr Vorsitzender, replizieren! Frau Kollegin! Das ist jetzt ein aufgelegter Elfmeter! Der Ball kommt zu mir, und ich sage: Danke!

Sie haben recht! Mein Name ist ein slawischer Name. Ich möchte das jetzt ausführen. Das werdet ihr mir gestatten! Mein Name ist ein nordslawischer Name. Sie haben recht! Es ist dies ein Name des alten Österreich, das bis 1918 bestanden hat. Es ist dies der Name eines altösterreichischen Staatsbürgers, es ist kein schwarzafrikanischer oder türkischer Name, sondern es ist ein nordslawischer Name, meine Damen und Herren! Und dieses Gebiet war damals Teil des alten Österreich, der k und k Monarchie. Leider ist es so! Ich kann nichts dafür! (*Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.*) Das waren Österreicher, Frau Kollegin, keine Türken oder sonst irgendwas. (*Weiterer Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.*) Ausgezeichnet! Ich nehme an, das ist nichts Verwerfliches!

Abschließend: Was wird alles angeboten? – Ich habe mir das ein bisschen angeschaut. Wie gesagt: Die Homepage ist durchaus gut! Sie ist als gut zu bezeichnen.

Da steht: „Beatbox“. – Ich habe nicht gewusst, was Beatbox ist. Das hat etwas mit Musik zu tun, ist eine Richtung von Hip Hop.

Dann steht da „DJing“! – Was soll das sein? (*GRin Barbara Novak: Das ist Englisch!*) Das weiß ich schon! Ich weiß, dass das Englisch ist! Aber man findet, wie gesagt, im Langenscheidt gewisse Dinge nicht mehr. Früher hat man so etwas (nachschiessen können). Jetzt muss man sich im Internet schlau machen, und das habe

ich auch getan. (*Zwischenruf von GR Prof Harry Kopietz.*)

Ich glaube, „DJing“ steht nicht drinnen, Kollege Kopietz! Was ist ein guter DJ? – Dazu habe ich ein bisschen einen Bezug, und seit dieser Zeit, Herr Präsident, kennen wir uns ja! Sie waren seinerzeit auch Leiter des Jugendzentrums in Floridsdorf, und all das hat mich auch durchaus immer interessiert. Gegen DJs und Musik bin ich nicht abgeneigt! (*Weiterer Zwischenruf von GR Prof Harry Kopietz.*) Was ist ein guter DJ?

Weiters wird ein Workshop für Graffiti finanziert. Hoffentlich wird dabei nicht gelehrt oder gezeigt, dass man dann irgendwelche Wände verunstaltet und verziert, die vielleicht kurz vorher renoviert wurden! Das ist auch nicht das Richtige!

Dann hätten wir noch die „Slam Poetry“. – Auch diesbezüglich habe ich den Fehler gemacht, zuerst im Langenscheidt nachzuschauen! – Slam Poetry wird im Langenscheidt mit „knallender Dichtkunst“ übersetzt.

Im Internet beziehungsweise in der Beschreibung von der Street Academy steht aber etwas anderes, nämlich dass das eine Literaturart ist, die Schreiben und Vortragskunst verknüpft. Das ist also eigentlich etwas anderes als das, was der Langenscheidt sagt! Ich würde aber doch eher dem Langenscheidt vertrauen! Das lässt sich dann vielleicht mit einer Slam-Poetry-Literaturart verbinden: Das heißt, dann geht einer mit dem Spray und verziert irgendein Gebäude, das vorher renoviert wurde und schreibt: Ihr seid alle Am Schluss kommen die Punkte. Wir hoffen nicht, dass es so ist, denn wenn wir so etwas finanzieren würden, dann wäre das ganz prekär!

Meine Damen und Herren! Wir haben 3,7 Milliarden EUR Schulden in dieser Stadt Wien, und diese explodieren. Ich erwähnte bereits die Fremdwährungskredite. Bei dieser Förderung geht es hingegen nur – unter Anführungszeichen – um 30 000 EUR. Aber Kleinvieh macht eben, wie gesagt, auch Mist. Und man sollte wirklich nicht das Geld beim Fenster hinauswerfen! Es soll sehr wohl alles für unsere Jugend getan werden, das ist extrem wichtig, aber in einem vernünftigen und richtigen Rahmen. Deshalb werden wir diese Subvention ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort. – Bitte sehr.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Wenn eine Mandatarin und ein Mandatar im selben Bezirk wohnen und arbeiten, dann heißt das noch lange nicht, dass sie über denselben Wissensstand verfügen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Selbstverständlich hat die Ziffer 21 beim Kulturverein 21 etwas mit Floridsdorf, mit unserem gemeinsamen Heimatbezirk, zu tun! Im Jahr 2003 wurde dieser Kulturverein anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Floridsdorf bei Wien“ gegründet. Der Gründer war Wolfgang Schlag, und dieser Verein sollte die Floridsdorferinnen und Floridsdorfer damals mit vielen verschiedenartigen Veranstaltungen durch das Jubiläumsjahr führen. Ö1-Hörern

wird Wolfgang Schlag wohl ein Begriff sein.

Dieser Kulturverein 21 wurde nach dem Jubiläumsjahr nicht aufgelassen, sondern hat sich anderen Aufgaben zugewandt, und so fährt er seit einigen Jahren das Projekt „Street Academy“. Der Kulturverein 21 macht Jugendarbeit auf der Kulturschiene. Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren werden kostenlos Workshops auf verschiedensten Ebenen angeboten, etwa im Zusammenhang mit Musik, mit Malerei und Graffiti, mit Bewegung et cetera. Dabei geht es um sinnvolle Freizeitgestaltung für Jugendliche und junge Erwachsene, die über keine großen finanziellen Mittel verfügen. Und all das findet dort statt, wo sich die Jugendlichen aufhalten, nämlich in Jugendzentren, auf öffentlichen Plätzen, im Gemeindebau.

Für 2011 sind 50 bis 60 Workshops vorgesehen, und bei 30 000 EUR Subvention kann sich jetzt jeder hier im Saal ganz leicht ausrechnen, wie viel ein derartiger Workshop tatsächlich kostet! Der Nutzen ist sehr groß: Jugendliche finden Zugang zu ihrer Kreativität und nutzen ihre Freizeit sinnvoll. Junge Künstlerinnen und Künstler am Anfang ihrer Karriere sind die Unterrichtenden. Wir erreichen also einerseits Jugendliche, die sonst herumlungern würden und nicht wüssten, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollen, und andererseits ermöglichen wir jungen Künstlerinnen und Künstlern, Erfahrungen mit diesen jungen Menschen zu sammeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um 30 000 EUR. Es geht um sinnvolle, kreative künstlerische Beschäftigungen für junge Menschen. Ich ersuche Sie noch einmal um Zustimmung. – Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Zustimmung der SPÖ und der GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 39 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Exil. Zum Wort ist niemand gemeldet. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 40 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die Kunst im öffentlichen Raum GmbH. Auch hier ist niemand zum Wort gemeldet. Daher kommen wir auch hier gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Zustimmung der SPÖ und der GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Wir gelangen zur Postnummer 42 der Tagesordnung. Sie betrifft eine Subvention an die Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Zum Wort ist auch hier niemand gemeldet. Daher kommen wir auch gleich zur Abstimmung. Ich bitte daher jene Damen und

Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Es gelangt die Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Änderung des Marktgebührentarifes. Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Zustimmung der FPÖ, der SPÖ und der GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlungen über die Geschäftsstücke 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 15 der Tagesordnung, die jeweils Subventionen an verschiedene Vereine betreffen, zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Ich sehe: Das ist nicht der Fall. Daher werden wir so vorgehen. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Yilmaz, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Nurten **Yilmaz**: Herr Vorsitzender! Ich bitte um Zustimmung zu den vorliegenden Geschäftsstücken.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zu allererst zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile ihm das Wort.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich werde heute nicht allzu lang zu diesem Thema beziehungsweise zu diesem Geschäftsbereich reden, weil gestern ohnedies schon viel gesagt wurde. Ich darf nur wiederholen: Wir stehen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, weil wir der Ansicht sind, dass die transnationale Politik vor den Kommunen nicht Halt macht und dass die Solidarität mit allen anderen Regionen unmittelbare Einflüsse auch auf Kommunalpolitik hat, und wir das daher sehr befürworten.

Auch zur Frauenfrage habe ich mich gestern geäußert. Für uns ist es nach wie vor sehr wichtig, dass der feministische Ansatz in der Politik Gewicht hat und dass wir nach feministischen Ansätzen arbeiten, dass wir jungen Mädchen und jungen Frauen und Frauen allgemein den Rücken stärken, damit sie in unserer Gesellschaft weiterkommen auch in höhere Positionen.

Ich möchte bei der Integrationsfrage noch ein Thema anschneiden, das bis jetzt nicht besprochen wurde, und zwar die Situation von NichtstaatsbürgerInnen, die keinerlei politische und demokratische Rechte besitzen. – Wir haben derzeit in Wien eine Bevölkerung in der Größenordnung von rund 340 000 Personen, die in der Kommunalpolitik ihrer Stimme keinen Ausdruck verleihen können. Dieser Umstand, meine Damen und Herren, führt dazu, dass die Politik die Stimmen dieser Menschen nicht hört beziehungsweise diese Menschen aktiv ihre Stimme nicht in die Politik einbringen können.

Im 21. Jahrhundert vor ungefähr 340 000 Menschen die Ohren zu verschließen, wäre ein wahnsinniger Fehler der Politik! Wie Sie wissen, streben wir bei der Demokra-

tiereform auch das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige an, und wir laden alle ein, mitzumachen und diesem unserem Vorhaben zuzustimmen, weil ich mir denke, dass das Menschen sind, die sich früher oder später in Österreich beziehungsweise in Wien verwurzeln werden, und diesen Menschen sollten wir unsere Aufmerksamkeit schenken! 340 000 Menschen in der Meinungs- und Willensbildung draußen zu halten, entspricht nämlich nicht einer modernen Metropole. Daher werden wir in Zukunft versuchen, diesen Menschen das Wahlrecht zu gewähren. Wenn das nicht möglich ist, müssen wir eine Form der Partizipation finden, damit wir diese Leute ins Boot holen können.

Das ist auch deshalb sehr wichtig, weil darunter sehr viele junge Wiener und Wienerinnen sind, die hier auf die Welt gekommen sind. Auf Grundlage unserer Staatsbürgerschaftsdefinition sind Kinder, die hier in Wien auf die Welt kommen, wenn sie keine österreichischen Eltern haben, automatisch Ausländer und daher nicht stimmberechtigt, auch wenn sie das 16. Lebensjahr erreicht haben. – Ich sage jetzt einmal: Das ist eine Fehlentwicklung, weil diese Kinder und deren Familien immer wieder von politischen Entscheidungen in Österreich und auch in Wien betroffen sind. Es wäre daher sehr notwendig und sinnvoll, wenn wir auch deren Stimmen ins Boot holen könnten!

Des Weiteren möchte ich sagen: Die Unterscheidung, was ein Ausländer ist, was ein Nichtausländer ist, was ein braver Österreicher ist und was ein braver Zugewanderter ist, stellt keine politische Kategorie dar. Ich frage mich selber seit ein paar Tagen nach den Wortmeldungen einiger Kollegen und Kolleginnen hier, wie sie mich, meine Kollegin Nurten oder meine Kollegin Anica definieren würden.

Ich würde empfehlen, liebe KollegInnen, sich ernsthaft Gedanken zu machen, wohin Ihre Worte die Debatte führen werden! Ich glaube nicht, dass das zu einer Entspannung beiträgt! Vielmehr habe ich das Gefühl und verstärkt sich bei mir der Verdacht, dass es Ihnen nicht willkommen ist, dass wir in diesem Gemeinderat sitzen! Auch wenn Sie uns als integrierte und brave Zugewanderte oder Neo-Österreicher bezeichnen, bekomme ich immer mehr das Gefühl, dass Sie der Ansicht sind, dass wir nicht zu Österreich und zu Wien dazugehören!

Das ist eine sehr problematische Einstellung! Das wird aber an unserem Zugehörigkeitsgefühl zu Wien nichts ändern! Wir sind Wiener und Wienerinnen, und wir sind Österreicher und Österreicherinnen. Dazu stehen wir, und wir werden auch in Zukunft unsere Politik wie bisher fortsetzen. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir haben in letzter Zeit relativ viel über Integration gesprochen, daher braucht die Debatte über diesen Bereich nicht ganz so lang zu werden. Ich möchte aber noch auf einen Punkt eingehen.

Wir haben vom Kollegen gerade gehört, dass er nicht weiß, ob er willkommen ist oder nicht. – Uns sind alle österreichischen Staatsbürger willkommen! Wir sind jedoch der Meinung, dass österreichische Staatsbürger auch die Staatssprache beherrschen müssen. Außerdem müssen sie sich bei uns integrieren wollen. Wir wollen uns nicht ihnen anpassen, sondern sie sollen sich dem Land anpassen, das sie sich ausgesucht haben, in das sie freiwillig gekommen sind und aus dem sie, wenn sie es nicht wollen, jederzeit wieder gehen können. Wer da ist und Staatsbürger ist, soll sich daran halten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil ich jetzt schon dabei bin: Wir haben heute von der Stadträtin gehört: Wir wollen die besten Köpfe nach Österreich bekommen! – Ja! Dagegen haben wir gar nichts! Aber die Politik bisher war eine andere.

Ich lese Ihnen jetzt etwas vor: „Es muss Schluss sein mit dem Import billiger, unqualifizierter Arbeitskräfte aus gesellschaftlich rückständigen, modernisierungsresistenten Schichten. Hilfsarbeiter, die ihre Frauen nicht Deutsch lernen lassen und ihre Töchter mit 15 aus der Schule nehmen, um sie zwangszuverheiraten, sind nicht das Zuwanderungsideal.“ – Wissen Sie, wer das schreibt? – Das steht in Ihrem so beliebten rosa Blatt, und das schreibt ein gewisser Rauscher, der alles andere ist als ein Freiheitlicher! Das stammt nicht von uns! Aber Rauscher sagt auf etwas brutale Art und Weise das, was stimmt: Universitätsprofessoren und Leute mit abgeschlossener Ausbildung, die wir brauchen, können kommen, denn es ist unsere Aufgabe, in erster Linie zunächst auf unser Land zu schauen.

Dass das schiefgegangen ist, dass wird uns leider tagtäglich bewiesen, etwa durch die Ergebnisse der PISA-Studie, durch die steigende Gewalt in den Schulen und auf den Straßen.

Ich brauche nur die heutige Zeitung herzunehmen: Unter „Tatort Schule“ steht zu lesen, dass jeder zehnte Lehrer im sicheren Wien schon attackiert wurde. Als ich gestern darüber gesprochen habe, dass sich in Deutschland und vor allem in Berlin über 100 Schuldirektoren bereits Alarm- und Notrufknöpfe in der Direktionskanzlei montieren ließen, wollte irgendjemand von mir wissen, wo das genau der Fall sei. – Dazu sage ich: In Wien ist es auch bald so weit!

Die nächste Überschrift lautet „Mobbing in den Klassen“. Über dieses große Problem schreibt „Heute“. – Diese Zeitung kennen Sie in der SPÖ, glaube ich, relativ gut!

Die nächste Überschrift findet sich wiederum im „Standard“. Diesfalls habe ich hier eine Kopie, die nicht rosa ist. Die Schlagzeile lautet: „Österreich bei digitalem PISA-Test durchgefallen.“ – No na! Das sind die Ergebnisse Ihrer Einwanderungspolitik, meine Damen und Herren, und diese Ergebnisse müssen wir hier in Wien verkraften! Dagegen wehren und wenden wir uns aber, und das erkennen die Bürger in zunehmendem Maße.

Ihre falsche Politik spiegelt sich auch in anderen Bereichen wider, nämlich in der Förderungspolitik, die Sie auch falsch betreiben. Mein Kollege Irschik hat schon angesprochen, dass dabei eine sehr einseitige Gewich-

tung auf dem Bereich der Zuwanderer liegt. Ich habe jetzt nicht vor, Ihnen alle Punkte allein aus dem letzten Ausschuss vorzulesen, wo überall Förderungen laufen, aber es sind 15 oder 16 Punkte, und die ersten Punkte habe ich noch in Erinnerung: Bis auf die HOSI-Förderung geht es bei allen um die Förderung von Programmen, die nicht bei uns in Wien wirksam werden und nicht bei uns in Wien die Situation verbessern, sondern in Afrika, Asien et cetera, überall, nur nicht bei uns!

Gestern sagt Ihre Finanzstadträtin, dass sie darauf schaut, dass unser Geld bei uns verwendet wird. – Begreifen Sie nicht die Widersprüche, die hier vorhanden sind und zum Tragen kommen? Das kann es ja wirklich nicht sein! Die Frau Stadträtin hat gestern nämlich genau das Gleiche gesagt, was wir auf unseren Plakaten stehen haben: „Unser Geld für unsere Leut!“ – Frau Brauner darf das sagen, bei uns ist es aber so furchtbar und schlimm? Der Unterschied ist folgender: Wir sind bereit, uns daran zu halten! Sie sagt jedoch das, und die Integrationsstadträtin sagt etwas anderes.

Auch bei der Kontrolle gibt es eine undurchsichtige Praxis. Wir haben das im Ausschuss am Beispiel Albanien besprochen: Dorthin geht auch eine Förderung, und wir haben dann einmal gefragt: Wie schaut das aus? Wie wird das überhaupt kontrolliert? Interessanterweise sind nämlich die Summen alle gleich hoch, und ich kann mir nicht vorstellen, dass all diese Projekte auf den Cent genau 20 000 EUR kosten! – Die Antwort lautete: Wir bekommen von den dortigen Behörden eine Bestätigung, dass das Geld verbraucht wurde. (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das stimmt nicht! Das war nicht die Antwort!*)

Was war denn die Antwort? – Die zuständige Auskunft war, dass das „durch Bestätigung der dortigen Behörden“ kontrolliert werde, Frau Kollegin! Und ich habe dort dann noch gesagt: Das kann es ja nicht sein! Unser Vertrauen in die albanischen Behörden ist nämlich nicht so überwältigend. Ich habe noch die serienweise Bestätigungen der türkischen Kommunen über die Kinderzahl von Gastarbeitern zu Hause fürs Beziehen der Kindergelder in Erinnerung. Das kritisieren wir! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber das ist halt das Problem: Es wird immer verdreht und versucht, uns etwas zu unterstellen. Wir haben es auch heute wieder erlebt: Da wird etwas angeführt, was wir gar nicht gesagt haben und nicht sagen werden. Daher möchte ich jetzt – und ich versuche, es sehr ruhig über die Runden zu bringen – ein meines Erachtens nicht unerntes Problem unserer Debatten zur Sprache bringen, das gestern im Zusammenhang mit Integration zur Sprache kam.

Ich habe den französischen Innenminister zitiert, der gesagt hat, dass 30 000 Rumänen – und zwar vor allem Jugendliche – wegen krimineller Handlungen aus Frankreich deportiert wurden. Dann war Kollege Ellensohn am Wort, und Kollege Ellensohn hat aus den 30 000 Rumänen – er wollte anscheinend nicht verstehen, dass ich Rumänen gesagt habe! – sofort Roma und Sinti gemacht, hat mich angegriffen und meine Richtigstellung während der Debatte nicht akzeptiert. Er hat uns in Verbindung gebracht mit Ausweisungsabsichten für Roma in

Österreich. Das ist auch aus dem Protokoll ersichtlich.

Ich habe mich daraufhin zu Wort gemeldet, weil diese Richtigstellung in der Debatte, sei es aus Emotion oder aus anderen Gründen, offensichtlich von ihm nicht akzeptiert wurde. Und dann kam es zu folgender Situation, die wir jetzt immer wieder hier in den Debatten haben: Jemand sagt etwas Unwahres, das bewusst in eine falsche Richtung lenkt, und derjenige, der es richtigstellt und sagt, dass das unwahr ist – denn „unwahr“ beziehungsweise „bewusst etwas Unwahres sagen“, wird im Duden halt mit Lüge definiert – bekommt dann einen Ordnungsruf.

Ich glaube, über diese Frage wäre grundsätzlich einmal in der Präsidiale nachzudenken! Das ist nicht der richtige Weg, um Debatten ordentlich zu überprüfen, davon bin ich überzeugt. Das kann es nicht sein! (Beifall bei der FPÖ.)

Ein zweiter Punkt: Kollege Ellensohn kommt immer mit seiner Liste. (Zwischenrufe bei den GRÜNEN.) Abgesehen davon, dass Sie das dann immer mit auf die Allgemeinheit bezogenen, unzuständigen Verdächtigungen verbinden, ist auch ... (Zwischenruf von GR David Ellensohn.) O ja! Lesen Sie ihr gestriges Protokoll! Ich habe es drüben liegen. Darüber wird auch noch zu reden sein!

Aber jetzt sage ich Ihnen: Das können wir leicht machen! Ich frage mich nur, wie das die Debattenkultur in diesem Haus beeinflussen wird! Ich habe begonnen, mir eine Liste jener Leute von der SPÖ zuzulegen, die verurteilt wurden, und ich kann Ihnen sagen: Das wird ein mehrbändiges Werk, wenn ich wirklich weiter zurückgehe! Und das Gleiche gibt es auch von der ÖVP, und wenn Sie wollen, können wir diese Listen jedes Mal, wenn Sie das tun, hier in diesem Plenum vorlesen!

Ich glaube, die SPÖ wird nicht überwältigend begeistert sein. Vielleicht kommt sie dann auf die Idee, den Koalitionspartner ein bisschen auf vernünftige Füße zu bringen. Wir werden es sehen, ich kann nur darauf hoffen! – Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Ich erteile es ihr.

GRin Susanne **Bluma** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Mein Vordner hat über Einwanderungspolitik, über Förderungspolitik, über Schulen, über Roma und über die Vergangenheitsbewältigung der letzten zwei Tage gesprochen, und das wie immer in sehr unqualifizierter Art und Weise. (Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Was war da unqualifiziert?)

Sprechen wir jetzt über Entwicklungszusammenarbeit, also über das, was zu diesen Poststücken dazupasst! (GR Mag Wolfgang Jung: Nennen Sie ein Beispiel dafür, dass etwas unqualifiziert war!) Alles war unqualifiziert, alles! (GR Mag Wolfgang Jung: Alles ist gar nichts!)

Warum Entwicklungszusammenarbeit? – Entwicklungszusammenarbeit ist ein Akt von Solidarität. Wien ist solidarisch! Die Stadt Wien bekennt sich zur Entwicklungszusammenarbeit und leistet ihren Beitrag, wie übrigens alle anderen Bundesländer auch! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Stadt Wien bekennt sich in einer globalisierten Welt zur internationalen Zusammenarbeit. Was bewirken diese Projekte, deren Unterstützung wir heute hier beschließen? – Ich möchte das nur ins rechte Licht rücken. Wir unterstützen die Projekte mit 20 000 EUR. Natürlich macht nicht jedes Projekt nur 20 000 EUR aus, sondern mehr, aber der Beitrag der Stadt Wien beträgt 20 000 EUR. Und eine reiche Stadt wie Wien, wie wir es sind, könnte sich auch einen größeren Beitrag leisten! (GR Armin Blind: Kennen Sie das Defizit der Stadt Wien?)

Warum Projekte zur Entwicklungszusammenarbeit? – Es geht um Armutsbekämpfung vor Ort. Es geht darum, dass Strukturen in den Projektländern aufgebaut und gestärkt werden. Das Ziel ist ... (Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.) Ich habe bei Ihnen auch nicht permanent hineingeschrien, tun Sie das bitte auch nicht! Sie können sich melden, oder reden wir dann darüber! Sie haben das voriges Jahr gemacht, und Sie machen das immer! (GR Mag Wolfgang Jung: Was?) Reinplärren ist unhöflich und unprofessionell! (Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Der Zwischenruf ist ein normaler Beitrag zur parlamentarischen Debatte, aber Sie sind wehleidig!)

Das Ziel dieser Projekte ist es, Gesundheitsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen auch nach der Laufdauer des Projektes fortsetzen zu können. Entwicklungszusammenarbeit ist kein Verteilen von Geschenken und Entwicklungszusammenarbeit ist kein Almosengeben. Entwicklungszusammenarbeit ist unsere Verantwortung, und zu dieser Verantwortung stehen wir auch.

Die negativen Folgen von Armut in dieser Welt sind Folgen, die auch wir zu spüren bekommen. Krankheiten wie zum Beispiel HIV-Infektionen machen vor unseren Landes- und Stadtgrenzen bekanntermaßen nicht Halt. Wir könnten den Klimawandel ansprechen und die erzwungene Armutsemigration, und das ist etwas, was Ihnen am Herzen liegen sollte, Herr GR Jung! Sie sind ja gegen jede Art von Einwanderung: Also greifen Sie in Ihre Parteikassa und verdoppeln Sie die Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit! Stocken Sie diese auf, damit niemand hereinkommt! Das wäre dann in Ihrem Interesse, und den Menschen könnte doppelt und dreifach geholfen werden! – Das war mein Vorschlag an Sie. (GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben wieder nicht zugehört! Sie leiden nicht an Leseschwäche, sondern an Hörschwäche!)

Es werden natürlich sehr viele Projekte eingereicht, und die finanziellen Mittel sind so beschränkt, dass eine Auswahl getroffen werden muss, und bei dieser Auswahl wurde besonders auf den institutionellen Wandel im Projektland Wert gelegt. Es geht um Eigenverantwortung der Menschen und um Hilfe zur Selbsthilfe, aber auch um den Wandel von Politik und Verwaltung in den betroffenen Ländern. Die von Wien geförderten Projekte werden ganz besonders nachhaltig zum Kapazitätsaufbau beitragen. Nachhaltig ist ein ganz wichtiges Schlagwort, denn alle Hilfsmaßnahmen, alle Projekte sind dann erfolgreich, wenn sie nachhaltig sind.

Ich möchte ein Projekt ansprechen, nämlich das Projekt Namibia, und zwar weil es – im Vorfeld von der ÖVP

kritisiert – in den Medien vorgekommen ist. Worum geht es bei dem Projekt Namibia? – Es soll dort mit den Mitteln der Stadt Wien eine Gewerkschaft aufgebaut werden, denn langfristig kann nur die Wiedererrichtung einer Gewerkschaft Frauen, die Hausangestellte sind – das ist nämlich die Zielgruppe dieser Maßnahmen – vor Ausbeutung schützen.

Wir alle wissen, was die Gewerkschaft für uns tut. Und entsprechende Maßnahmen sollen auch dort greifen. Den Hausangestellten soll Beratung angeboten und Rechtsbeistand gewährleistet werden, und es sollen Mindestlöhne ausverhandelt werden. Es soll das geschehen, was eine Gewerkschaftsbewegung auch in unserem Land bewirkt, und diese Maßnahme ist nachhaltig, wenn es uns gelingt, mit diesen Mitteln eine Gewerkschaft aufzubauen, welche die Menschen, diesfalls die Hausangestellten, dort unterstützt und fördert.

Jetzt komme ich zur Missbrauchsfrage, weil immer wieder die Fragen gestellt werden: Kommen diese Gelder auch an? Wie wissen wir, dass das auch zweckmäßig verwendet wird? Diese Fragen stehen immer wieder im Raum.

Nun: Die Projektträger sind NGOs und deren lokale NGO-Partner vor Ort. Und die Stadt Wien verlangt zwingend eine Buchprüfung durch einen im Projektland zu Buch- und Wirtschaftsprüfungsangelegenheiten zugelassenen Auditor. Die Befähigung muss gegenüber der Stadt Wien mittels Befähigungsurkunde nachgewiesen werden, und der Auditor prüft nach internationalen Standards die ordnungsgemäße Verwendung der Finanzmittel nach nationalem Steuer- und Wirtschaftsrecht. Die Stadt Wien akzeptiert keine Abrechnungen von Belegen ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Hören Sie jetzt zu! Sie haben ja das Gegenteil behauptet! Stichwort lebenslanges Lernen! Hören Sie mir bitte zu, Herr Kollege, ich sage das wirklich extra für Sie!

Die Stadt Wien akzeptiert keine Abrechnung mit Belegen aus dem Projektland, da deren Echtheit nicht nachprüfbar ist und außerdem oft die Lesbarkeit nicht gegeben ist.

Die Stadt Wien ist sich auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ihrer Verantwortung bewusst. Es geht dabei um Gelder, die uns überantwortet wurden, und um unserer solidarischen Pflicht nachzukommen, überprüfen wir ganz genau die zweckmäßige Verwendung dieser Mittel. Und diese Mittel werden gut und verantwortungsvoll eingesetzt.

Noch einmal: Wir sind eine reiche Stadt. Das sage ich jetzt nach all dem, was zwei Tage lang diskutiert wurde. Es leben in dieser Stadt Menschen, die ein Dach über dem Kopf haben. Wir haben eine Mindestsicherung. Wir haben Schulausbildung für unsere Kinder. Ich könnte jetzt noch sehr viele Punkte aufzählen. Man kann das nicht vergleichen mit der Armut, die in der Dritten Welt herrscht. Und ich kann guten Gewissens sagen, dass wir, wenn wir diese Projekte unterstützen, einen kleinen Teil zu mehr Gerechtigkeit in dieser Welt beitragen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist

niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen daher zur Abstimmung der Geschäftsstücke.

Wer dem Tagesordnungspunkt 5 die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 6: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 7: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 8: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 9: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 10: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 11: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Postnummer 12: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Postnummer 13: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Postnummer 14: Ich bitte um Zustimmung. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Postnummer 15: Bitte um Zustimmung. – Das sind wiederum die Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 17 zur Verhandlung. Hierbei geht es um eine Abänderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer Postnummer 17 die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig.

Wir kommen nun zur Postnummer 18 der Tagesordnung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Homosexuelle Initiative - HOSI Wien – Erster Lesben- und Schwulenverband Österreichs. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer Postnummer 18 die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde das mehrstimmig angenommen.

Bei Postnummer 19 geht es um eine Förderung an den Verein Courage – Österreichisches Institut für Beziehungs- und Sexualeforschung. Auch zu diesem Punkt liegt keine Wortmeldung vor. Wer Postnummer 19 die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN,

und damit ist Postnummer 19 mehrstimmig angenommen.

Postnummer 25 betrifft eine Subvention an den Verein Rosa Lila Tipp. Auch diesbezüglich liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wer Postnummer 25 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN. Somit wurde diese Postnummer mehrstimmig angenommen.

Postnummer 60 der Tagesordnung betrifft eine Vertragsgenehmigung mit der TINA Vienna Urban Technologies & Strategies GmbH. Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die SPÖ und die GRÜNEN, der Antrag ist damit mehrstimmig angenommen.

Postnummer 61 der Tagesordnung betrifft die Bewerbung für die Velo-City-Konferenz. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Lindenmayr, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Siegi **Lindenmayr**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist Herr GR Ing Mag Dworak gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es soll heute die Ermächtigung für den Magistrat, sich für die Velo-City-Konferenz 2013 oder 2014 zu bewerben, beschlossen werden. – Unserer Meinung nach strotzt einerseits die Unterlage vor Fehlern, und andererseits glauben wir, dass die Velo-City-Konferenz für Wien nicht den großen PR-, Marketing- und Image-Erfolg für die Radfahrer bringen kann, wie man sich das vorstellt.

Im Antrag steht, dass man sich Impulse erwartet. Außerdem steht darin, dass man für das Jahr 2015 ein ambitioniertes Ziel hat, nämlich dass der Radverkehrsanteil in Wien auf 10 Prozent steigen soll, und dass man dazu sozusagen die Konferenz braucht.

Aber es geht natürlich auch um das Image, und dazu wird wiederum der Heilige Mercer angesprochen. – Langsam glaube ich, dass wir in der Stadt irgendwo ein Standbild oder eine Statue für den Heiligen Mercer brauchen, wo die SPÖ täglich irgendwelche Kränze und Blumen ablegen kann! – Bekanntlicherweise hat die Studie aber nicht unbedingt etwas mit den Wienerinnen und Wienern zu tun, sondern sie betrifft die ausländischen Residents, die Wien ein gutes Urteil geben.

Kommen wir jetzt noch zu den Unterlagen: Hier wird zum Beispiel angeführt, dass das für den Kongress-tourismus so toll ist. – Wenn Sie bedenken, dass diesfalls mit zwischen 800 und maximal 1 000 Personen zu rechnen ist und dass die Radfahrer, die dabei sind, pro Person 420 EUR ausgeben werden, glaube ich einfach, dass man sich da etwas verschätzt hat!

Wir glauben, dass diese Konferenz eher zu höheren Ehren der Frau StRin Vassilakou dient, wir meinen aber, dass das nicht unbedingt im Vordergrund dieser Konferenz stehen sollte. Man könnte dieses Geld nämlich auch

für die Sicherheit der Radfahrer einsetzen. Wenn man sich über den Inhalt dieser Konferenz informiert, dann stellt man nämlich fest, dass es dort keinen Tagesordnungspunkt betreffend Sicherheit geben wird. Wir haben vorgestern schon über undisziplinierte Radfahrer gesprochen, aber in diesen Unterlagen steht kein Wort von Sicherheit.

Ich habe übrigens auch einen Artikel beziehungsweise einen permanenten Link aus dem Internet mit dem Titel „Viva la Velocity! Direkt aus Sevilla.“ Darin stehen ganz interessante Dinge. Die Teilnehmerzahlen werden einerseits mit deutlich unter 900 beziffert, andere sprechen von 2 000. Woher diese kommen, weiß man nicht!

Dort wird übrigens von Verkehrssicherheit sehr wohl gesprochen, was sich in den Wiener Unterlagen nicht findet. Im Mittelpunkt stehen jedoch zwei Fragen: Wie bringen wir Menschen aus dem Auto auf das Rad? (*GR Mag Wolfgang Jung: Das wird Chorherr beantworten!*)

Die zweite Frage lautet: Öffentlicher Raum gehört allen. Wie wollen wir ihn aufteilen? – Darum geht es, meine Damen und Herren! Man will bei der Konferenz erörtern und bewirken, dass der Straßenraum neu aufgeteilt wird. (*GRin Dr Sigrid Pilz: Genau!*) Diese Konferenz ist klar gegen die Autofahrer in dieser Stadt gerichtet. Offenbar ist für diese Konferenz nur das Fahrrad das richtige Verkehrsmittel. Fußgänger werden übrigens gerade noch geduldet.

Meine Damen und Herren! Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. Allein die PR- und Marketingkosten für den Kongress sind mit 588 000 EUR angesetzt. Das ist auch kein Pappenstiel, um eine relativ kleine Konferenz zu bewerben! – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm. (*GR Mag Wolfgang Jung: Der Demokrat will die Wiener auf das Rad zwingen*)

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

Der Titel der Konferenz lautet „Velo City“. – Ach wie überraschend! Velo bedeutet, wenn ich das übersetzen darf, Fahrrad.

Nur zur Klärung: Dieser Kongress wird von einer internationalen Fahrradorganisation veranstaltet. Dieser Beschluss ist die Grundlage dafür, dass sich Wien darum bewirbt, dass die größte internationale Radkonferenz auch einmal in Wien tagt. Bisher hat sie in so miesen Provinzstädten wie München, Kopenhagen und Sevilla getagt, und im nächsten Jahr wird sie, wenn ich richtig informiert bin, in Vancouver tagen. Diese Städte reißen sich darum.

Übrigens ist nicht garantiert, dass sich die Veranstalter entscheiden, nach Wien zu kommen. Wir bewerben uns darum, und wir bewerben uns mit gutem Grund darum, denn all diese Städte, in denen das bisher veranstaltet wurde, haben diese größte Konferenz, die sich mit dem Thema Radfahren, Stadt, Stadtplanung auseinandersetzt, genützt, um ihre Stadt herzurichten und zu zeigen, dass im Bereich Radverkehr etwas weitergeht, und sie haben damit den Anteil des Radverkehrs in ihren Städten signifikant erhöht.

Ich darf die Zahlen noch einmal nennen: Es ist noch nicht lange her, da hatte München einen Anteil am Radverkehr wie Wien, nämlich 6 Prozent. Heute hat München einen Radverkehrsanteil von 16 Prozent, und wir haben uns das dort angeschaut ... (*Zwischenruf von GR Ing Mag Bernhard Dworak.*) Es sind jetzt 16 Prozent!

Es waren etliche dort, die sich das angeschaut haben, und die Konferenz war ein Katalysator. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Diese Konferenz hat viele Abgeordnete oder Stakeholder – wie das auf Englisch heißt, wenn ich einen fremdländischen Ausdruck verwenden darf, Herr Jung! – dazu gebracht, dass es einen Schub gegeben hat.

Sie werden sich an die Auseinandersetzung um die Weltausstellung erinnern, und wenn Sie so wollen, dann ist das eine Weltkonferenz fürs Fahrrad! Und was tut sich rund um Olympische Spiele und rund um große Konferenzen? – Man nimmt sich einen Anrang und schaut, dass man einen großen Schritt weitergeht!

Wenn Sie sich vor vielen Radlern schrecken, dann werden wir Ihnen rechtzeitig sagen, wann dieser Termin ist, dass Sie für diese paar Tage die Stadt verlassen können, wenn Sie das so rasend stört! Wir werden diese Konferenz nicht geheim halten. Es wird dabei eine Reihe von Veranstaltungen, Diskussionen und Präsentationen geben, und das könnte vielleicht auch für einen Kritiker interessant sein! Planer und Planerinnen aus verschiedenen Städten werden präsentieren, wie sie mit den Problemen, auch mit dem Problem der Sicherheit, aber auch mit vielem anderen, was sich rund um die Neuverteilung der Straße abspielt, umgehen.

Es wird einen Schub geben, und ich sage Ihnen, warum wir in den letzten zwei Monate noch mehr motiviert wurden: Wir haben auch zu unserer Überraschung heuer gewaltige Zuwachsraten im Radverkehr. Sie können sich die Zahlen anschauen. Wir haben acht Dauerzählstellen in Wien, und auf dem Radweg Ring-Rund hatten wir am Spitzentag des letzten Jahres im Mai 4 300 gezählte Radlerinnen und Radler, und heuer waren es am Spitzentag 7 200. (*GR Ing Mag Bernhard Dworak: Und wie viele Unfälle gab es?*) Das ignoriere ich jetzt!

Der Radverkehr nimmt überall spürbar und sichtbar zu. Wir haben in Anbetracht dessen darüber nachgedacht, woran das liegen kann, weil uns klar war, dass es nur an dem Engagement für den Radverkehr, das wir und insbesondere die Frau Vizebürgermeisterin in den letzten Monaten an den Tag gelegt haben, weil es noch eine Reihe von Defiziten gab, nicht liegen kann. Was aber ist im letzten halben Jahr anders, und zwar – wie ich sagen muss – auch dank FPÖ und ÖVP? Radverkehr ist auf einmal ein zentrales Thema in der Stadt! Die Leute reden – kontrovers – darüber. Am Montag gab es im „Kulturjournal“ einen durchaus kontroversen Artikel.

Radfahren ist jetzt also ein Thema, wurscht wohin man gerade kommt! Wenn ich mich richtig erinnere, war auch die heutige Fragestunde davon dominiert. Über das Rad wird in ganz Wien geredet, und ich freue mich jedes Mal, wenn Sie oder Herr Mahdalik oder andere das wieder einmal sozusagen zum zentralen Thema der Stadt machen.

Es wird jetzt darüber geredet, wenn auch kontrovers. – Ja! Es ist eine kontroverielle Frage, wie man Straßenraum neu verteilt, wie Radfahrer und Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer miteinander in der Stadt umgehen. Das ist ein Thema!

Wenn wir eine Steigerung von 6 Prozent auf 16 Prozent wollen, dann haben wir noch einiges vor. Wir wollen jetzt einmal auf 10 Prozent kommen, und wenn wir nur annähernd das halten, was wir bisher an Zuwachs im heurigen Jahr hatten, dann schaffen wir mehr als 10 Prozent!

Wir sehen aber auch, welche Schwierigkeiten das bringt, weil ein nicht beträchtlicher Teil der Radinfrastruktur in Wien für die 10 Prozent nicht geeignet ist. Und wenn wir Münchner Verhältnisse mit 15 Prozent hätten, dann wäre das schon gar nicht möglich! Darum sind die Schaffung von Räumen auf der Straße – Stichwort: Währinger Straße – und viele andere Projekte notwendig.

Ich gehe jetzt noch einen letzten Schritt in Richtung Bundespolitik: Spätestens dann, wenn jetzt auch in Wien die Zahl der Elektro-Bikes zunehmen wird und Elektro-Bikes auf schmalen Radwegen entlang zischen werden, werden hoffentlich auch die letzten Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP auf Bundesebene verstanden haben, dass die Radwegbenutzungspflicht – sagen wir es einmal so – zumindest für Elektro-Bikes ziemlich doof ist. Wir werden darüber reden müssen, dass schnelle, auch elektrisch beziehungsweise motorisch unterstützte zweirädrige Verkehrsmittel, zu denen man eigentlich gar nicht mehr Fahrräder sagen kann, auf die Straße gehören. Ebenso gehört ein schneller Radler auf die Straße. Und dann werden wir auch wieder genug Kapazität haben, dass diejenigen die Radwege benutzen können, die zum Beispiel auf ihre Kinder aufpassen und sich subjektiv sicher fühlen wollen.

Ich möchte jetzt keine Gesamträdlerdebatte führen! Wir freuen uns auf diese Konferenz, und ich wiederhole: Wir hoffen, dass diese Bewerbung auf offene Ohren stößt und dass wir entweder im Jahr 2013 oder im Jahr 2014 diese große Konferenz in Wien beherbergen dürfen. Bis dahin werden wir uns ordentlich anstrengen, um Wien zu einer Stadt zu machen, die stolz der ganzen Welt zeigen kann: Hier sind Radlerinnen und Radler zu Hause! Darum bitte ich um Zustimmung. – Herzlichen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die Postnummer 61 die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 62 der Tagesordnung zu Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7958 im 11. Bezirk, KatG Simmering. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Dr Harald Troch, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Dr Harald **Troch**: Ich bitte um

Zustimmung zum vorliegenden Poststück.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Anton Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich zum Plandokument zu Wort gemeldet, um erstens den Grund unserer Ablehnung kurz zu erklären und um zweitens drei Anträge einzubringen, die einen Mehrwert für die jeweils Betroffenen bringen sollen.

Zum Plandokument selbst ist zu sagen: Der Grund unserer Ablehnung ist, dass bei der Überarbeitung des Plandokuments nicht jene Versprechungen zu Papier gebracht wurden, die den Neuzuziehenden im Siedlungsgebiet Mehrwert Simmering zum damaligen Zeitpunkt, bevor sie die Objekte erworben haben, gemacht worden waren. Ihnen wurden nämlich – um das noch einmal kurz zu wiederholen – versprochen, dass die Bahngleise wegkommen, dass anstelle der Gleise ein begrünter Panoramaweg errichtet wird und dass ein Zentralpark realisiert wird.

Lange Zeit hat es so ausgesehen, als würde keine dieser Versprechungen, die von der Stadt und von dem Wohnbauträger mit Billigung der Stadt gemacht wurden, umgesetzt werden. In letzter Zeit hat sich durch viel Druck seitens der Bürgerinitiative und der Opposition ein bisschen etwas getan. Ein Teil der Gleise soll zumindest wegkommen, obwohl den Bürgern gesagt wurde, dass sie betriebswirtschaftlich nicht mehr notwendig sind und dass alle Gleise wegkommen. – Und das ist ein Grund für unsere Ablehnung, weil ein Teil noch für den Weiterbestand der Gleise als Verkehrsband gewidmet ist. Das ist ein Bruch der Zusagen, den wir im Interesse der Bürger nicht hinnehmen können!

Ein weiterer teilweiser Bruch dieser Zusagen ist auch die nur teilweise Errichtung des begrünten Panoramaweges. Genau diese Zusagen betreffend begrünten Panoramaweg und Zentralpark, deren Finanzierung und Realisierung noch immer unsicher ist, weil kein Mensch weiß, wer das bezahlen soll und keiner sich bis jetzt dazu bereit erklärt hat, waren nämlich für sehr viele Leute, darunter auch Jungfamilien, Gründe dafür, um sich dort um teures Geld ein Objekt zuzulegen, und wenn diese Versprechungen jetzt teilweise nicht eingehalten werden, dann können wir von der Freiheitlichen Partei das nicht gutheißen! Darum bringen wir hier und heute einen entsprechenden Antrag ein.

Bevor ich den Antrag verlese, möchte ich noch das Kapitel der Straße ansprechen, obwohl es im Moment vordergründig erledigt ist. Die GRÜNEN freuen sich, denn sie können jetzt der Bevölkerung sagen, dass die Straße eh nicht kommt. – Sie kommt aber nur deshalb nicht, weil kein Geld dafür da ist, und nicht deshalb, weil wir das aus der Widmung weggebracht haben, was auch möglich gewesen wäre. Man hätte es auch noch anders widmen können, um die grüne Forderung noch vor der Wahl mit Leben zu erfüllen. Die GRÜNEN haben gesagt, dass man das Ganze auch mit einer Sackgasse erschließen kann, weil im Fall des Baus einer Durchzugs-

straße, wie es jetzt noch in der Widmung vorgesehen ist, dort bis zu 20 000 Autos am Tag fahren würden. Man hätte also widmungsmäßig Vorsorge dafür treffen können, dass eine Erschließungsstraße für den Bereich Mehrwert Simmering festgeschrieben wird. Das hat man nicht getan, und das ist auch mit ein Grund dafür, dass wir dieses Plandokument ablehnen und folgenden Beschlussantrag einbringen:

„Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die anrainerverträgliche Sackgassenvariante als einzig mögliche Planvariante anerkannt und auch im betreffenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan festgeschrieben wird. Zudem soll der geplante Panoramaweg in seiner ursprünglich vorgesehen Länge so rasch wie möglich errichtet sowie der ebenfalls zugesagte Zentralpark in naher Zukunft realisiert werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse.“

In diesem Zusammenhang fällt mir noch etwas ein: Kollege Hora hat bei dieser Wortmeldung noch gar nicht hinausgemostert, und ich meine, aus gutem Grund! Normalerweise bemängelt er immer, dass wir unsere Anträge so spät einbringen und dass die roten und grünen Mandatäre mit dem Lesen in ein oder zwei Stunden überfordert sind.

In letzter Zeit fruchtet diese Kritik allerdings oder hat nicht mehr so eine stabile Basis, weil sich die Roten und die Grünen zu einer Rank-Xerox-Filiale gemausert haben. Ich erinnere nur an den Antrag bezüglich der Schutzwege Felderstraße und Lichtenfelsgasse: Diesfalls haben Rot und Grün den Antrag zwei Mal abgeschrieben, damit sie unserem nicht zustimmen müssen. Das war ein Gustostückerl, und heute war es ebenso! Sie haben gesehen: O je! Jetzt kommt ein Antrag von den Freiheitlichen! Da müssen wir auch was machen! Da kommen wir unter Zugzwang,

Beim Rathaus ist übrigens noch immer nichts geschehen, das möchte ich nur anmerken. Wahrscheinlich tut ihr erst wieder etwas, wenn eine Geschichte in der „Krone“ steht. Das wird auch wieder wie das Amen im Gebet kommen, außer ihr tut vorher etwas oder sagt zumindest, was ihr dort vorhabt, um die Verkehrssicherheit für die Fußgänger und die Besucher des Rathauses zu erhöhen.

Ihr habt jetzt wieder einen Antrag der Freiheitlichen zum Anlass genommen, auch einen Antrag einzubringen, dem wir selbstverständlich zustimmen werden, obwohl er natürlich ein bisschen halbwarm ist. Wir sind nicht so kindisch, dass wir Anträge ablehnen, nur weil sie von einer anderen Fraktion kommen, wenn sie zumindest halbwegs intelligent sind und halbwegs den Intentionen der Anrainer entsprechen! Diesen Blödsinn haben wir uns schon lange abgewöhnt.

Ich traue mich viel aber um viel Geld wetten, dass die Roten und Grünen unseren Antrag ablehnen werden. Das ist auch keine große Überraschung! Beim Wettpunkt werden allerdings keine Wetten mehr angenommen!

Aber jetzt zu einem anderen Thema: Auch hier handelt es sich um einen Mehrwert, den wir für die betroffenen Anrainer mit diesem Antrag erreichen wollen. Es

geht jetzt um den 23. Bezirk, die Speisinger Straße. – Ich möchte gleich dazusagen, dass sich die Anrainer dort natürlich nicht erwarten, dass sie Tag und Nacht bei Friedhofsruhe ihre Freizeit genießen können. Aber sie erwarten Folgendes vom Bezirk und von der Stadt: Sie haben schon mehrmals zumindest im Bezirk urgiert, dass durch entsprechende Maßnahmen etwas gegen die unerträglich hohe Lärmbelästigung durch die Autos und durch die Straßenbahn getan wird. Erstens muss der Straßenbelag endlich ausgebessert werden, der seit Jahren desolat ist. Und zweitens müssen die Asphaltplatten zwischen den Schienen ausgetauscht werden. Diese sind relativ kurz, nämlich etwa 2 m, und dazwischen sind große Zwischenräume, die notwendig sind, damit sich das Ganze bewegen kann. Das wissen die Anrainer, und das wissen auch wir, aber es gibt technisch jetzt schon die Möglichkeit, diese Platten durch einen neuartigen Asphalt und durch längere Stücke zu ersetzen. Auf diese Weise würde sich die Lärmbelästigung für die Anrainer um einige Dezibel verringern und würde sich die Lebensqualität um einige Prozentpunkte erhöhen.

Wir sehen das große Problem nicht, warum der Bezirk diesbezüglich noch nichts unternommen hat! Darum machen wir hier einen Vorstoß und beantragen, dass sich der Gemeinderat dafür aussprechen soll, dass Bezirk, Stadt und Wiener Linien Lösungen zur Minderung der massiven Lärmbelastung in diesem Bereich ausarbeiten und möglichst rasch umsetzen sollen, wobei wir auch diesfalls die Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse beantragen.

Zu guter Letzt wollen wir noch in Erinnerung rufen, was der damalige Stadtrat und vermeintliche Retter von Grinzing Rudi Schicker erstens den Anrainern von Grinzing und zweitens der „Kronen Zeitung“ versprochen und bis jetzt nicht umgesetzt hat. Er ist jetzt nicht mehr direkt verantwortlich, ich darf aber kurz daran erinnern, was damals alles in Aussicht gestellt beziehungsweise in die Hand versprochen wurde: Es wurde versprochen, dass ein Grinzing-Büro eröffnet wird und dass es in Grinzing einen Ombudsmann gibt und, und, und, und.

Die Busgarage wurde nach vielen Jahren endlich errichtet, wurde aber nicht ausreichend dimensioniert: Die neuen Busse sind zu lang dafür, sie fahren jetzt gar nicht mehr hinein, und die Garage steht die meiste Zeit leer. Schauen Sie einmal einen Sprung hin! Davon rede ich jetzt gar nicht. Ich rede nur von den Zusagen, die Rudi Schicker den Bewohnern von Grinzing gemacht hat und die bis heute leider noch nicht eingelöst wurden.

In Grinzing hat sich nichts zum Besseren geändert. Die großen Betriebe werden größer, und es gibt keine verlängerten Pachtverträge für die kleineren Betriebe. Diese werden kleiner oder sperren zu, was wohl nicht in unserem Interesse sein kann!

Mit diesem Ort, einem Weinbauort mit 10 000-jähriger Geschichte, einem Touristenmagneten und Wirtschaftsfaktor in Wien, geht es kontinuierlich weiter bergab wie in den letzten 10, 20 und 30 Jahren. Die Weinbauern und wir sind bereit mitzumachen, um etwas zum Besseren zu verändern. Daher müssen aber zumindest Teile der Zusagen, die damals gemacht wurden,

endlich mit Leben erfüllt werden.

Darum bringen wir auch einen Antrag ein, der besagt, dass sich der Gemeinderat dafür aussprechen soll, dass die Stadt Wien auf Basis des Leitbildes Grinzing mit einem Grinzing-Büro und einem Grinzing-Ombudsmann die infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen inklusive angemessener finanzieller Ausstattung für einen Neustart der Bemühungen schaffen soll, den Erhalt des traditionellen Weinbauortes und der kulturhistorisch überaus bedeutsamen Weingartenkulturlandschaft auf Dauer zu sichern. Dabei soll auch die potenzielle Erhebung des gesamten Gebietes zum UNESCO-Welterbe weiter verfolgt werden. – Auch diesfalls verlangen wir die Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse.

Vielleicht können sich Rot und Grün heute einmal einen Ruck geben und so agieren wie die Freiheitlichen, indem sie Anträgen auch von anderen Fraktionen, die inhaltlich in Ordnung sind, die Zustimmung erteilen. Meine diesbezüglichen Hoffnungen sind, wie gesagt, eher gering, trotzdem ersuche ich Sie, allen drei Anträgen Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Holzmann. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Liebe Damen und Herren!

Das Gasometer-Vorfeld – das ist richtig! – hat sich in den letzten Monaten und Jahren sehr stark verändert. Es wurden Wohnungen gebaut, es wurden Büroflächen geschaffen, nur die Verkehrssituation hat sich im Wesentlichen nicht verändert. Im Hinblick darauf sind wir bemüht, hier eine vernünftige Lösung zu finden.

Ich möchte kurz zu meinem Vorredner etwas zu den Versprechungen sagen, die bereits vor einigen Jahren im Hinblick auf den Panoramaweg und den Zentralpark gemacht wurden. – Das ist schon richtig! Und es ist weiterhin beabsichtigt, diese Vorhaben zu realisieren, auch wenn es Schwierigkeiten gibt und man das heute zeitlich noch nicht definieren kann.

Fairerweise muss man aber auch sagen, dass von Haus aus in diesem Projekt Mehrwert Simmering, das auch hier im Gemeinderat beschlossen wurde, damals schon eine Straße mit der Bezeichnung Nussbaum-Allee beinhaltet war. Das ist ein Versprechen, und in diesem Dokument ist eine gewisse Zahl von Punkten beinhaltet, Punkt für Punkt. Man darf aber nicht nur einzelne Punkte herausnehmen und sagen, dass man das gerne hätte, dass aber das andere nicht kommen darf, wie das jetzt bei einer Sackgassevariante der Fall wäre.

Aus diesem Grunde darf ich gemeinsam mit den GRen Troch, Hora und Maresch einen Antrag einbringen, betreffend welchen – wie ich schon gehört habe – die Freiheitliche Partei auch ihre Zustimmung signalisiert hat, was mich sehr freut. Das zeigt vielleicht, dass es nicht ganz so kindisch ist, einen eigenen Antrag zu formulieren! Ich meine nämlich, dass es in der Demokratie auch kein Fehler ist, einen Antrag einzubringen, der vielleicht größere Zustimmung findet!

Noch kurz zu den Anträgen generell: Ich war gerade verwundert über den dritten eingebrachten Antrag betreffend Speisinger Straße. Ich habe nämlich bemerkt, dass wir diesen Antrag noch nicht haben. Wir tun uns nämlich, selbst wenn wir zustimmen wollten, ein bisschen schwer, einem Antrag zuzustimmen, den wir nicht kennen! – So viel zur Speisinger Straße. Ich mache es jetzt ganz kurz. Unser Antrag bringt ein Verkehrskonzept für das Gasometer-Vorfeld Süd:

„Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass für das Gasometer-Vorfeld Süd rasch ein Verkehrskonzept unter Einbindung aller Betroffener, also der Bezirksvertretung, der Anrainerinnen und Anrainer, der Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner sowie der städtischen Fachabteilung erstellt und umgesetzt wird.“

Dieses Konzept beruht auf dem Prinzip einer intelligenten Mobilität für dieses Stadtentwicklungsgebiet.

Das Ziel lautet: Das zu entwickelnde Verkehrskonzept soll eine sinnvolle Lenkung der Verkehrsströme im Sinne des Masterplan Verkehr zur Hebung der Wohnqualität sein. Der gültige Strukturplan bezüglich Grün- und Erholungsflächen – sprich, Panoramaweg und Zentralpark – mögen rasch und zumindest schrittweise umgesetzt beziehungsweise realisiert werden. – In formeller Hinsicht wird sofortige Abstimmung verlangt. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlusswort.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer Postnummer 62 der Tagesordnung die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN. Diese Postnummer ist daher mehrstimmig angenommen.

Ich komme zu den vier Anträgen, die vorliegen.

Der erste Antrag ist von der FPÖ und betrifft die Sackgasse/Panoramaweg. Es wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie an den Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Tierschutz verlangt. Wer dieser Zuweisung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die FPÖ und damit die Minderheit.

Der zweite Antrag betrifft die Speisinger Straße. In diesem Fall wurde die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie an den Gemeinderatsausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke beantragt. Wer für diese Zuweisung ist, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die FPÖ und damit die Minderheit. Die Zuweisung hat keine Mehrheit gefunden.

Der dritte Antrag betrifft die Errichtung eines Grinzing-Büros und eines Grinzing-Ombudsmanns. Auch in diesem Fall wurde die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie an den Gemeinderatsausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke beantragt. Wer für diese Zu-

weisung ist, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und FPÖ. Der Antrag bleibt daher in der Minderheit.

Der nächste Antrag ist ein Antrag der SPÖ und der GRÜNEN betreffend Verkehrskonzept Gasometer-Vorfeld Süd. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 58 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 6916E im 21. Bezirk, KatG Groß Jedlersdorf II, Jedlesees und Strebersdorf. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Hora, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Karlheinz **Hora**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Poststück.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl-Ing Gretner. Ich erteile es ihr.

GRin Dipl-Ing Sabine **Gretner** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieser Tagesordnungspunkt ist dankenswerterweise noch auf die Tagesordnung genommen worden, weil wir einen Abänderungsantrag vorbereitet haben, und dem Vernehmen nach sehen Sie alle diesen positiv.

Es geht dabei nur darum, dass wir den Anteil an erneuerbaren und umweltschonenden Energieformen in Wien erhöhen wollen, und bei diesem Flächenwidmungsplan soll die Möglichkeit gegeben werden, dass auf einem Teilstück Einrichtungen errichtet werden können, die die Nutzung der Sonnenenergie ermöglichen. Dabei haben wir darauf geachtet, dass das nicht quasi ein Schleichweg ist, um sich hier mehr Bauvolumen zu erschleichen oder mehr Nutzfläche zu ergaunern, indem man sagt, dass auf dem Dach Einrichtungen für die Gewinnung von Sonnenenergie angebracht werden, und dafür ein Geschoß mehr bekommt.

Der Abänderungsantrag ist also insofern recht restriktiv formuliert, als man zwar die Gebäudehöhe um ein gewisses Maß übersteigen kann, aber jedenfalls nur so weit, um diese Einrichtungen zur Nutzung der Sonnenenergie zu ermöglichen.

Ich danke auch für Ihre Kooperationsbereitschaft und bitte, diesem Abänderungsantrag sowie auch dem Plandokument zuzustimmen. – Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlusswort.

Daher kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Abänderungsantrag der GRe Dipl-Ing Gretner und Hora die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig, und damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zu dem Geschäftsstück. Wer dem Geschäftsstück die Zustimmung erteilt, gebe bitte auch ein Zeichen mit der Hand – Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 67 der Tagesord-

nung zur Verhandlung. Sie betrifft den Verkauf einer Liegenschaft im 21. Bezirk, KatG Stammersdorf. Es liegt keine Wortmeldung vor. Gemäß § 25 Wiener Stadtverfassung stelle ich fest, dass die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gemeinderatsmitglieder gegeben ist.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer der Post 67 die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN, dieses Poststück ist damit mehrheitlich angenommen.

Postnummer 69 der Tagesordnung betrifft die Baureifgestaltung einer Liegenschaft im 3. Bezirk, KatG Landstraße. Auch dazu liegt keine Wortmeldung mehr vor. Auch diesfalls stelle ich fest, dass mehr als die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder anwesend ist und bringe nun das Poststück Nr 69 zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem zustimmt. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN, dieses Poststück ist damit mehrheitlich angenommen.

Postnummer 70 der Tagesordnung betrifft die Baureifgestaltung einer Liegenschaft im 11. Bezirk, KatG Simmering. Hiezu liegt keine Wortmeldung vor, und es sind auch mehr als die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer Postnummer 70 zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN, dieses Poststück ist damit mehrheitlich angenommen.

Postnummer 72 der Tagesordnung betrifft die Beteiligung der Stadt Wien an den Unterbringungskosten des Vienna Center for Disarmament and Non-Proliferation.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer der Postnummer 72 zustimmt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN, dieses Poststück ist damit mehrheitlich angenommen.

Postnummer 74 betrifft das Projekt Creative Industries. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer Postnummer 74 die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mehrstimmig mit den Stimmen der FPÖ, der SPÖ und der GRÜNEN angenommen.

Postnummer 76 betrifft die 5. Gemeinderatssubventionsliste. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Es wird getrennte Abstimmung verlangt.

Daher stimme ich zunächst die Subvention an den Verein Wiener Wohnberatung ab. Wer dieser Subvention die Zustimmung erteilen möchte, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN.

Ich lasse nunmehr über die restliche Subventionsliste abstimmen. Wer dieser die Zustimmung erteilt, gebe bitte ebenfalls ein Zeichen mit der Hand. – Das sind ÖVP, die FPÖ, die SPÖ und die GRÜNEN.

Ich danke allen Damen und Herren, die via Internet dabei waren, und wünsche noch einen schönen Tag!

Damit kommen wir zur nichtöffentlichen Sitzung, und ich darf alle Personen bitten, die nicht zum Gemeinderat gehören, den Saal zu verlassen.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 15.44 Uhr.)